

Willy Klages

**Offene Fragen
der
Geschichte**

**Der
2. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
Mai 1945 bis 1949, Teil 2**

Sonderheft Nr. 35



**Der
2. Geheimkrieg der Westalliierten
gegen die Deutschen
von
Mai 1945 bis 1949, Teil 2**

Sonderheft Nr. 35

2. Geheimkrieg, Teil 2

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vorbemerkungen	2
Die Besatzungspolitik der westlichen Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges	2-51
Der Kalte Krieg	51-62
Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde	62-72
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	72-93
Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte	93-95
Hinweise für den Leser	96-98
Quellen- und Literaturnachweis	

Chronik der Geschichte des 2. Geheimkrieges der Westalliierten gegen die Deutschen von Mai 1945 bis 1949, Teil 2

Zweifellos ist es für das Wohl der Nationen wichtig, daß die Regierenden Tugenden und Talente besitzen. Aber vielleicht noch wichtiger ist, daß die Regierenden keine im Gegensatz zu den Regierten stehenden Interessen haben.

Alexis Comte de Tocqueville (1805-1859, französischer Historiker)

Vorbemerkungen

Der Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert. Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden durch die Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges jahrzehntelang konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert. Ferner wurden die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands systematisch zerstört.

Die Besatzungspolitik der westlichen Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

11.05.1945

Frankreich: Die französische Nachrichtenagentur "AFP" meldet am 11. Mai 1945, daß die militärische Besetzung Deutschlands in der Hauptsache nach dem Morgenthau-Plan erfolgen soll (x043/31): >>>**Zertrümmerung des deutschen Industriestaates**

Die militärische Besetzung durch die Truppen der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs erfolgt nach den Plänen des amerikanischen Finanzsekretärs Morgenthau, der

das hochindustrialisierte Deutschland zu einem reinen Agrarstaat machen will.

Für die amerikanische Besatzungszone gelten folgende Richtlinien: Vollständige Entwaffnung der Deutschen, Ausschaltung der Rüstungsbetriebe, Überführung der deutschen Industrieunternehmen nach den von den Nationalsozialisten verwüsteten europäischen Ländern, Aufstellung deutscher Arbeiterbataillone für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete, Beschlagnahme der deutschen Patente, Kontrolle über die Finanzoperationen der deutschen Banken, Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes in Bauernhöfe, Lieferungen von Rohstoffen nach den alliierten Ländern, Verbot des Baues von Flugzeugen, Beschränkung der deutschen Industrieproduktion, Kontrolle der örtlichen Verwaltungen, Rückführung der während des Krieges geraubten Güter, Schadenersatz usw.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die Verwirklichung von Teilen des "Morgenthau-Plans" (x028/152-153): >>... Und wenn auch manche der schlimmsten Punkte des "Morgenthau-Plans" beiseite geschoben wurden, war die Potsdamer Regelung teilweise sogar noch härter.

So war Morgenthau davon ausgegangen, daß Polen, "den Teil Ostpreußens, der nicht an die UdSSR geht, und den südlichen Teil Schlesiens" erhalten sollte; es war keine Rede davon, Polen - nicht einmal zur "provisorischen Verwaltung" – irgendeinen Teil der Provinzen Pommern und Brandenburg oder den nördlichen Teil Schlesiens zu überlassen. Die Flüsse Oder und Neiße wurden in dem Plan niemals als Westgrenzen Polens genannt.

Doch trotz solcher einzelner Abweichungen hatten Morgenthau-Plan und Potsdamer Protokoll einen entscheidenden gemeinsamen Hintergrund: Im Mittelpunkt der Zukunftsvorstellungen stand die paradoxe Politik, aus Deutschland ein Agrarland zu machen, während man ihm zu gleicher Zeit seine wertvollsten Agrargebiete raubte und die Einheimischen in den übervollen Rumpf verbannte, der nach den Niederlanden und Belgien die größte Bevölkerungsdichte in Europa aufwies.

Selbst das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, das um fast 60 Prozent größer als der Torso von 1945 war, hatte sich nur zu 80 Prozent mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen selbst versorgen können. 1922, nach dem Verlust von mehr als 3 Millionen Hektar Agrarland (Posen, der Korridor, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy und ein Teil Oberschlesiens) durch den Versailler Vertrag, waren es nur noch 75 Prozent des Bedarfs, den Deutschland selbst erzeugen konnte. Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte einen weiteren Verlust von reichlich 4,3 Millionen Hektar Ackerland, so daß Deutschland nur noch 61 Prozent seines Nahrungsbedarfs produzieren konnte.

Wie also sollte es jemals zu einem Agrarstaat werden, den sowohl der Morgenthau-Plan wie auch Punkt 13 von Artikel III des Potsdamer Protokolls anvisierten? Jedem Amateur – Nationalökonom mußte es einleuchten, daß Restdeutschland sich nicht selbst ernähren, geschweige denn Nahrungsmittel exportieren konnte. Andererseits mußte natürlich exportiert werden, damit ein Mindestmaß an Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung eingekauft werden konnte. Aber was konnte Deutschland exportieren?

Ähnlich wie in Großbritannien war Kohle der einzige Bodenschatz von Bedeutung, hatte bisher aber den eigenen Bedarf gedeckt; selbst wenn ein Überschuß an Kohle ausgeführt werden konnte, hätte es nicht die notwendige Einfuhr aufwiegen können.

Mitteleuropas Wirtschaftssituation brachte es mit sich, daß Deutschland nur als industrieller Produzent überleben, sonst aber verhungern mußte. Die Alliierten selbst hatten, als sie ihm ein Viertel des kultivierten Bodens entrissen, unabsichtlich eine Lage geschaffen, in der Deutschlands Existenz noch stärker als vor dem Krieg von der Industrialisierung abhing. ...<<

12.05.1945

Deutsches Reich: Diese Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 vom 12. Mai 1945 verbietet z.B. (x111/21): >>... Das Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerb-

liche Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikalien und sonstigen gedruckten (mechanisch) vervielfältigten Veröffentlichungen.<<

14.05.1945

Großbritannien: Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>**Deutschland muß sich selbst ernähren**

Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschifft werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.

Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<

USA: US-Präsident Truman genehmigt am 14. Mai 1945 die nordamerikanische Geheimdirektive JCS 1067/6 vom 26.04.1945, die bis zum 17.10.1945 als Top Secret behandelt wird.

Der Grundsatz dieser Direktive, die bis zum 15.07.1947 in Kraft bleibt, lautet (x063/613): >>... Deutschland wird nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt, sondern als eine besiegte Feindnation. ... (Die Befehlshaber werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen

a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

US-General Lucius D. Clay schreibt später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

18.05.1945

USA: Die US-Zeitung "Stars and Stripes" berichtet am 18. Mai 1945 (x111/24): >>Viele Jahre, vielleicht eine Generation, werden vergehen, bis die 70 Millionen Menschen im eroberten Deutschland wieder in der Lage sein werden, in der Weltpolitik mitzureden oder versuchen können, sich selbst zu regieren. ...<<

26.05.1945

Deutsches Reich: Die US-Militärregierung veröffentlicht am 26. Mai 1945 die Hauptziele der Alliierten (x073/216): >>Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland:

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung und Verwaltung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. ...<<

16.06.1945

Berlin: Die alliierten Militärbehörden veröffentlichen am 16. Juni 1945 eine Vielzahl von Bestimmungen (x111/38): >>Die Flaggen der Alliierten sind von deutschen Männern mit Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen.

Englisch ist Amtssprache. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und alle Dokumente der alliierten Behörden müssen auf Englisch abgefaßt sein, bei der Übersetzung ins Deutsche hat der englische Text Gesetzeskraft; alle an die Militärregierung gerichteten Briefe und Schriftstücke müssen auf Englisch abgefaßt sein. ...<<

WBZ: Die US-Militärregierung entläßt am 16. Juni 1945 alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verwaltung, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten sind (x111/38).

29.06.1945

Berlin: Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschließen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhalten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschieren vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

Juni 1945

WBZ: Die US-Soldatenzeitung "Stars and Stripes" warnt im Juni 1945 nordamerikanische Soldaten vor "Nazi-Deutschland" (x114/2.94): >>... Die Amerikaner sind nicht nach Deutschland gekommen, um Kindermördern die Köpfe zu streicheln und SS-Verbrecher zu päppeln, die Amerikaner sind in dieses Land von Gangstern gekommen, um hier Ordnung zu schaffen und die Verbrecher der Justiz zu überantworten.<<

Eine US-Informationsschrift berichtet im Juni 1945 über "Deutschland heute" (x114/2.93): >>Nach sechs Jahren der Propaganda wirst du überrascht sein, wenn du zum erstenmal Deutsche siehst. Man hat so viel über sie gesprochen und gelesen, hat sie so sehr gehaßt, daß man geneigt ist zu glauben, sie seien anders als andere Menschen. Dies stimmt zwar, aber auf eine schwer erkennbare Weise.

So wie die deutschen Städte euch an Amerika erinnern mögen, so können euch auch die Menschen an Amerikaner denken lassen. Oberflächlich gesehen, können sich Deutsche und Amerikaner ähnlicher sehen, als etwa Franzosen oder Russen und Amerikaner.

Deutsche Tatkraft und deutscher Fleiß, deutscher Erfindergeist, deutsche Rohranlagen und Zentralheizungen ist für Deutschland typisch, aber Buchenwald war es auch. Deutsche Reinlichkeit ist typisch so sehr, daß man Seife aus menschlichen Körpern verfertigt hat. Deutsche Medizin ist so hoch entwickelt, daß sie Menschen als Experimentierobjekte zu verwenden lernte. Die Nazikunst schenkte der Welt Lampenschirme aus menschlicher Haut. So sind Amerikaner nicht!

Halte dein Mitleid zurück. Eine der wenigen Waffen, die den "kleinen" Deutschen geblieben ist, ist diejenige zu erreichen, daß sie uns leid tun. Da sind Kinder, die von einem Fuß auf den andern trippeln, wenn sie in der Kälte vor eurem Speisesaal herumstehen, zu höflich oder ängstlich, um zu betteln, aber in ihren Augen kann man den Hunger lesen. Da sind alte Männer und Frauen mit Handwägelchen, junge Mädchen in fadenscheinigen Kleidern. Das sind keine Nazis, wirst du sagen.

Es wird dir schwerfallen zu gestehen, daß diese Leute, so elend sie aussehen, viel besser dran sind als Tausende der Griechen, Polen und Holländer, die von ihnen versklavt worden sind. Diese "kleinen" Deutschen sind die gleichen Menschen, die sich Sklavenarbeit gefallen ließen und froh darüber waren. Noch leben viele Opfer der Nazi-Brutalität in Deutschland. Sprich mit einem Polen oder Franzosen oder Holländer, den man zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt hat, und er wird dir erzählen, wie ihn die "kleinen" Deutschen behandelt haben.

... Wir dürfen den Deutschen keineswegs glauben. Sie sind Meister in der Propaganda gewor-

den. Nach 12 Jahren in Goebbels Lügenfabrik ist jeder Deutsche, dem du begegnest, ein Experte in all den Lügen, Halbwahrheiten und gemeinen Andeutungen, die er dir aufbindet, um dich alles glauben zu machen, was er will. Der Deutsche kennt seine Lügen auswendig. Seine Kanonen und seine Panzer kann man ihm wegnehmen, aber diese nicht. Die Denkfehler, die den Durchschnittsmenschen dazu geführt haben, die Heuchelei und Brutalität der Nazis anzunehmen, sind heute noch so stark wie vor der Niederlage. Dies ist eine der Waffen, die ihnen geblieben ist und gewissermaßen ist es auch die gefährlichste Waffe. ...

Vergiß nicht, Deutschland ist noch immer Feindesland.<<

01.07.1945

SBZ: Aufgrund der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) kritisiert später den völlig unerwarteten Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<

Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere größere Wanderungsbewegungen in den Westen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Besatzungszonen" (x051/-73): >>Besatzungszonen, die nach der Kapitulation des Deutschen Reiches (8.5.45) aufgrund der Junideklaration vom 5.6.45 gebildet vier, jeweils von den Truppen Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA besetzten Zonen.

Im Protokoll der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) vom 12.9.44 waren noch drei Besatzungszonen vorgesehen, eine vierte, französische, wurde erst in Jalta (11.2.45) vereinbart. Endgültige Festlegung der Zonengrenzen im 3. Zonenprotokoll der EAC (26.7.45). Ihm zufolge umfaßte die sowjetische Besatzungszone die Länder Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die amerikanische Bayern, Hessen, Württemberg-Baden und (als Exklave) Bremen, die britische Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die französische Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden.

Formelle Aufhebung der Besatzungszonen mit der Gründung der BRD (September 49) und der DDR (Oktober 49). Ähnlich wie Deutschland wurde auch Österreich am 4.7.45 in vier Besatzungszonen aufgeteilt.<<

Die Nachkriegsziele der Siegermächte

Das Deutsche Reich sollte ursprünglich nicht langfristig aufgeteilt oder vollständig besetzt werden, sondern die Deutschen sollten lediglich bedingungslos kapitulieren.

Gemäß den Vereinbarungen der Atlantik-Charta wollte man nach dem Kriegsende eigentlich wieder einen "Status quo ante" (den Zustand, wie er vorher war) herstellen, denn die westlichen Alliierten hatten den Krieg nicht zu Eroberungszwecken, sondern nur zur Verteidigung geführt.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat (bestehend aus den Hauptsiegermächten bzw. den 4 Oberbefehlshabern der Besatzungszonen) die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Die Anglo-Amerikaner unterstützten mit der Auslieferung Mitteldeutschlands Stalins Terrorregime und ermöglichten die Durchsetzung der maßlosen osteuropäischen Gebietsansprüche sowie die kommunistische Machtergreifung in den baltischen Staaten, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und in Bulgarien.

Mit der Auslieferung Mitteldeutschlands gab US-Präsident Truman vor den Potsdamer Ver-

handlungen außerdem eine äußerst wichtige Trumpfkarte aus der Hand, obgleich die westlichen Alliierten völlig unbedrängt waren (x114/2.102). Für Stalin, der bisher fast alle Zusagen mißachtet hatte, kam der freiwillige Abzug der Amerikaner und Briten jedenfalls völlig überraschend, denn die Sowjets waren damals überhaupt nicht in der Lage, militärische oder politische Druckmittel einzusetzen.

Großbritannien: Churchill kritisiert am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Auslieferung Mitteldeutschlands an die Sowjets (x068/283-287): >>... "Im Herzen Europas", jammerte Churchill. Aber schließlich hatten die Amerikaner den Sowjets 1945 noch Gebiete überlassen, die sie selber schon besaßen, große Gebiete und ganz kleine Plätze, wie im Harz, als sie allzu generös die Voraussetzungen dafür schufen, daß die Russen mit dem Sputnikstart die technische Führung der USA in Frage stellten, überrundeten.

Damals hatten Teile der 3. US-Panzerdivision am 11. April 1945 bei Nordhausen die "Mittelwerke" erreicht, das Herz der deutschen V2-Fabrikation. Sie fanden nicht nur riesige Raketen, die deutsche "Wunderwaffe", abschußbereit vor, sondern auch sonst alles unversehrt in gigantischen, peinlich sauberen Anlagen der größten unterirdischen deutschen Waffenfabrik.

In einem ersten Sonderbefehl zwar sollte dies offenbar viele Milliarden Dollar schwere Beutegut natürlich sichergestellt werden. Doch ein zweiter, von einer "sehr hohen Dienststelle" ausgehender Befehl instruierte den technischen Experten Major Hamille, "daß Nordhausen zur russischen Zone gehören würde und daß alle Dokumente und Gegenstände für die Sowjets an Ort und Stelle gelassen werden sollten".

In einem weiteren Befehl verfügte der Oberkommandierende Eisenhower: "Alle Fabriken, Anlagen, Werkhallen, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsanstalten, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen müssen intakt und in gutem Zustand für die alliierten Vertreter zur Verfügung gehalten werden".

Einiges requirierte Major Hamille nun zwar auf eigene Faust. Doch staunten die Russen Stein und Bein über die Großzügigkeit ihrer Verbündeten, als sie das Erbe von Nordhausen unversehrt antraten. Ein Sowjetoberst lachte schließlich laut und meinte: "Das alles haben uns die Amerikanski geschenkt! Aber in zehn Jahren werden sie weinen!" Und der Oberstleutnant Taranakov rief: "Was für Idioten diese Amerikaner sind!"

Die Amerikaner hielten damals ihre Heere von Berlin ab, von Prag, von Wien, um den Russen den Vortritt zulassen. Sie wichen 250 Kilometer auf einer Breite von 650 Kilometern zurück. Und so saßen die Sowjets zuletzt von Bulgarien und Rumänien über Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen bis hinauf ins Baltikum. Natürlich hatte Stalin dort überall Regierungen nach seinem Gutdünken eingesetzt und ohne Amerika zu fragen - das sich im Übrigen im Westen nicht anders verhielt und, wo immer es Macht hatte, nur Regierungen seines Vertrauens zuließ. Doch waren all die von den Russen kontrollierten Länder nicht vielmehr Schutzwall für sie als Aufmarschbasis?

Die Russen haben nie einen Ausfall gemacht. Und ein russisches Geheimdokument, das dem englischen Intelligence Service im Herbst 1947, ein halbes Jahr also etwa nach der Truman-Rede vom 6. März in Texas, in die Hände fiel, nannte als das "wichtigste Aktionsfeld der russischen Politik" den Vorderen Orient. Man erkannte die Ölfelder in Persien, Arabien, im Irak als Schwachstelle der USA und wollte hier den Kalten Krieg aufnehmen.

Gewiß verweigerten die USA nun schon eine von den Sowjets angestrebte Anleihe von mindestens 10 Milliarden Dollar, hatten zunächst aber weder etwas gegen die Demontage deutscher Industrieanlagen noch gegen den völkerrechtswidrigen Einsatz deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR, noch gegen eine Entschädigung Polens für die Abtretung Ostpolens an

die Sowjetunion, noch gegen die Austreibung von immerhin 6,5 Millionen Deutschen aus Osteuropa, erfolge sie nur "in ordnungsgemäßer und humaner Weise".

In Kürze freilich waren nicht mehr die Braunen die Bösen, sondern die Roten. Dabei wußte die amerikanische Führung aber immer, daß die Sowjetrussen keinen Krieg mit ihr wollten. Nie sah sie sich in all diesen Jahren auch nur irgendwie ernsthaft bedroht.

Nicht als ihr Generalstab, bereits im Frühjahr 1944, den Dritten Weltkrieg erwog, einen Kampf auf Leben und Tod "zwischen Gut und Böse". Nicht 1945, als sie, im Alleinbesitz der Atombombe, diesen weiteren Weltkrieg schon vorbereitet hat. Nicht in den folgenden Jahren. Im Gegenteil. Man gab durchaus zu, daß die UdSSR "keine unmittelbare Gefahr" bedeute, daß ihre Wirtschaft, ihr Arbeitskräftepotential, "vom Krieg ausgelaugt" sei, weshalb sie sich "in den nächsten Jahren auf den inneren Wiederaufbau und begrenzte diplomatische Zielsetzungen konzentrieren" werde.

Amerikanische Regierungsdokumente bekunden solche Überzeugungen und die Memoiren bekannter Politiker. Wie Churchill 1946 sagte: "Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg wünscht", so telegraphierte im selben Jahr einer der besten amerikanischen Diplomaten, der Historiker George F. Kennan, aus Moskau (wo er ab 1952 Botschafter war), die Sowjetmacht gehe, im Gegensatz zu Hitlerdeutschland, "keine unnötigen Risiken" ein; sie sei nicht "auf Abenteuer" aus und "gemessen an der westlichen Welt insgesamt ... bei weitem schwächer".

Noch 1949, als die Amerikaner bereits 400 Flotten- und Luftstützpunkte in aller Welt errichtet hatten und die Vereinigten Stabschefs in ihrem Kriegsplan "Dropshot" vom 19. Dezember schon damit rechneten oder wenigstens vorgaben, damit zu rechnen, daß im "Laufe der Zeit" das steigende Militärpotential der Sowjets "den Krieg von ihrem Standpunkt aus als weniger gewagt erscheinen lasse", meinten sie: "Ein dritter Weltkrieg wird vom Kreml wahrscheinlich als die aufwendigste und am wenigsten wünschbare Methode zur Erreichung des grundlegenden Ziels angesehen".

Viele erkannten dies, aber wollten oder konnten, durften es nicht sagen, je höher sie standen, desto weniger. Und doch hatte 1947 Handelsminister Henry A. Wallace, von 1941 bis 1945 Vizepräsident der Vereinigten Staaten, den Mut, den antisowjetischen Kurs zu kritisieren, hatte er die Redlichkeit zu bekennen: "Für mich liegt die Kriegsgefahr viel weniger im Kommunismus als im Imperialismus". Ein einziger Entrüstungssturm fegte ihn beiseite. (Ehrlichkeit zahlt sich in der Politik nur in jenen seltenen Fällen aus, wo sich Unehrlichkeit nicht auszahlen würde.)

Die Zeitschrift Newsweek schrieb 1948, es sei das Ziel der amerikanischen Strategen, "den Ring der Luftstützpunkte um Rußland zu schließen und ihn dabei so lange immer kleiner und enger zu machen, bis die Russen ersticken". Doch die US-Nachkriegspolitik hat immer und unentwegt die Russen der Aggressivität beschuldigt und sich als "defensiv" bezeichnet. In Wirklichkeit war es (aus vielen Gründen) eher umgekehrt.

Ein erst Jahre später, 1964, bekannt gewordenes Dokument ist hier erhellend. Im Januar 1950 nämlich beauftragte Präsident Truman den Außen- und Verteidigungsminister, "eine erneute Überprüfung unserer Ziele in Frieden und Krieg und der Auswirkung dieser Ziele auf unsere strategischen Pläne vorzunehmen ..." Das Ergebnis dieser Zwischenbilanz verschiedener Stellungnahmen, enthalten in der Dokumentenreihe Nr. 68 des Nationalen Sicherheitsrates (National Security Council 68 Series: NSC-68) - nach Außenminister Dean Acheson "eines der großen Dokumente in unserer Geschichte" -, prägte maßgeblich den Kalten Krieg.

Es weist einmal mehr die USA als seine Initiatoren aus und macht sie verantwortlich für die Geschichte der fünfziger Jahre. Fordert es doch gegenüber der Sowjetunion weiterhin "kühne Angriffsfreudigkeit" (bold aggressiveness) - übrigens zwei Monate vor Beginn des Korea-Kriegs. Ja, das NSC 68 fordert nicht nur "kühne Angriffsfreudigkeit", sondern erkennt auch

die militärische Überlegenheit der Russen in sämtlichen Waffen, außer Atomwaffen, an. Warum aber, wenn sie aggressiv waren, nützten das die Russen nicht aus? Wegen der atomaren Überlegenheit der Amerikaner? Doch die Amerikaner besaßen nach dem Krieg gar keine Atombomben mehr, wenn auch offizielle Persönlichkeiten mit "Dutzenden und Dutzenden" von solchen Bomben Rußland und die Welt blufften, so daß nicht wenige Nationen angesichts dieser Macht und der Legende von der "russischen Gefahr" das atlantische Bündnis mit den USA eingingen. Dabei pfiffen es dort bald die Spatzen von den Dächern, und natürlich wußten dies auch die Russen:

Amerika hatte nur drei Atombomben besessen, zwei wurden über Japan abgeworfen, das größte Kriegsverbrechen der bisherigen Geschichte, die dritte verschwand spurlos mit einem Kriegsschiff auf der Fahrt nach der Insel Tinian (an Westrand des Marianengrabs) im Pazifik. Erst im Lauf des Jahres 1948 kamen die Amerikaner in den Besitz weiterer Nuklearwaffen.

Doch zu ihrer Bestürzung zündeten die Russen 1949, fünf Monate nach Gründung der NATO, ebenfalls eine (selbst von US-Experten noch nicht erwartete) Atombombe, worauf ein gesteigertes Wettrüsten begann, das der Korea-Krieg noch angefacht hat.<<

15.07.1945

WBZ: Das südliche Rheinland wird von der US-Militärregierung am 15. Juli 1945 unter französische Verwaltung gestellt.

Die Zeitung "Süddeutsche Mitteilungen" berichtet am 15. Juli 1945 über die "Säuberung" in der US-Besatzungszone (x114/2.135): >>Ausmerzung nationalsozialistischer Elemente geht weiter.

Frankfurt. – Die Säuberungsaktion des deutschen öffentlichen und Wirtschaftslebens in der von den Amerikanern besetzten Zone Deutschlands geht weiter. Die deutschen Zivilbehörden und die amerikanische Militärregierung arbeiten harmonisch zusammen, um diese Aktion durchzuführen.

Außer den höheren Beamten, Gauleitern und Kreisleitern der NSDAP, außer den Funktionären der SS und anderen Parteimitgliedern, die selbstverständlich hinter Schloß und Riegel sitzen, ist in der letzten Zeit der Entfernung von Nationalsozialisten aus dem Wirtschaftsleben und aus höheren und niederen Regierungsstellen mit Energie angegangen worden.

Bremen. – Bisher wurden in Bremen-Stadt 1.831 Beamte wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassen; Bremen-Land ist zu 85 Prozent von Nationalsozialisten in Verwaltungsämtern gereinigt worden. Stadtkreis Wesermünde zu 94 Prozent, Landkreis Wesermünde zu 90 Prozent, Kreis Osterholz zu 91 Prozent und Kreis Wesermarsch zu 85 Prozent. ...<<

20.07.1945

WBZ: Der katholische Kardinal Faulhaber und der evangelisch-lutherische Landesbischof Meiser kritisieren am 20. Juli 1945 die Entnazifizierungsmethoden der US-Militärregierung in Bayern (x111/51): >>... Die Vertreter der beiden christlichen Bekenntnisse in Bayern halten es für ihre Pflicht, bei der Besatzungsbehörde vorstellig zu werden mit der Bitte, in den Strafgerichten über das System des Unheils die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die Schuld der einzelnen durch persönliche Überprüfung, also nicht pauschal, zu bemessen.

Die geistige Umschulung unseres Volkes von den nationalsozialistischen Irrtümern zu den Grundsätzen der christlichen Moral, die Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung im Geiste des Christentums, der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau, zu dem wir alle beitragen wollen, dürfen nicht durch vermeidbare Härten in der Rechtspflege gestört werden.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die "Entnazifizierung im Westen" (x026/64-65): >>... Auch in den drei Westzonen wurden insgesamt etwa 250.000 Menschen in Lagern interniert. Als Rechtsgrundlage fungierte die berühmt-berüchtigte Direk-

tive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis zum Sommer 1947 Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik war; danach waren nicht nur alle mutmaßlichen Kriegsverbrecher zu verhaften, sondern auch alle Personen, die die Durchführung der Ziele der Besatzungsmächte gefährden könnten.

Der parteilose Schriftsteller Ernst Salomon, der zusammen mit seiner jüdischen Frau verhaftet und so gründlich "verhört" worden war, daß er einige Zähne verlor, berichtet über seine Lagererfahrungen in der amerikanischen Besatzungszone:

"Geprügelt wurde so gut wie ausnahmslos jeder, der in das Lager eingeliefert wurde; die Amerikaner nannten das "overwork" ("überarbeiten"). Geprügelt wurden selbst diejenigen Internierten, die aus einem anderen Lager kamen, in welchem sie bereits ihren Tribut empfangen hatten, und auch die Generale, die aus dem Kriegsgefangenenlager kamen."

Während in einigen – nicht in allen – US-Lagern ehemalig "Kapos" aus den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten eingesetzt wurden und gewisse vorhersehbare Folgen eintraten, war auch die Behandlung der Gefängnisinsassen nicht immer rechtsstaatlich. Im Malmedy-Prozeß (es ging um den Tod amerikanischer Kriegsgefangener) z.B. mußte sich auf Veranlassung des Verteidigers eine Kommission aus zwei Richtern nachträglich mit den angewandten Verhörmethoden beschäftigen.

Das Ergebnis: Folter dritten Grades war angewendet worden, und "sämtliche Deutsche bis auf 2 in den 139 von uns untersuchten Fällen hatten durch Fußtritte in die Hoden unheilbare Schäden erlitten. Dies war die übliche Untersuchungsmethode unserer amerikanischen Untersuchungsbeamten".

In der britischen Besatzungszone ereigneten sich solche Vorfälle nur sehr selten. Unter französischer Regie allerdings waren Menschenrechtsverletzungen keine Seltenheit. Eine traurige Berühmtheit erreichte das ehemalige NS-KZ Schirmeck/Natzweiler im Elsaß, wo ab 1944 mutmaßliche französische Kollaborateure und Deutsche unter menschenunwürdigen Zuständen interniert waren. ...<<

01.08.1945

WBZ: Feldmarschall Montgomery ruft Anfang August 1945 zur Umerziehung der deutschen Jugend auf (x117/73): >>>An die deutschen Eltern! ...

1. Die Nationalsozialisten haben das deutsche Erziehungswesen in den Staub gezogen. Sie wollten Eure Kinder geistig vergiften. Das Wahre haben sie ihnen vorenthalten und haben ihnen dafür falsche Werte gegeben. Sie haben ihnen beigebracht, Freiheit und Duldsamkeit zu verachten, Gewalt und Unterdrückung zu bewundern. ...

3. Was die Nationalsozialisten angerichtet haben, beabsichtige ich wieder in Ordnung bringen zu lassen. ...

4. ... Bis zum Oktober dürften alle verfügbaren Schulen ... wieder in Betrieb sein.

5. Drei Dinge sind nötig, um Schulen wieder aufzumachen: Gebäude, Lehrmaterial und zuverlässige Lehrkräfte. ...

7. Die Schulbücher, mit denen die Nationalsozialisten die Kindergemüter vergifteten, werden im Schulunterricht nicht mehr verwendet. Ich lasse als Notmaßnahme Neuauflagen von Schulbüchern drucken, die vor den Nationalsozialisten in Gebrauch waren. Neue Schulbücher, von Deutschen in Deutschland geschrieben, aus denen ein gesunder Geist sprechen wird, sind in Vorbereitung; sie werden so rasch wie möglich gedruckt werden.

8. Der Mangel an Lehrkräften wird ernst sein. Ich werde keinen Lehrer in der Schule dulden, dessen Vergangenheit nicht den eingehendsten Nachforschungen standhält. Lehrer, die zu Unrecht entlassen wurden, werden wieder eingestellt. Ich werde alle kriegsgefangenen Lehrer freilassen, die würdig sind, bei der Neuerziehung ihrer Söhne und Töchter mitzuarbeiten. ...

12. Mein Ziel auf lange Sicht ist, das deutsche Jungen und Mädels durch eine frohe Schulzeit zu würdigen Staats- und Weltbürgern heranwachsen sollen. Ihre eigene Urteilskraft muß sie

vor falschen Lehren der Gewalt und Tyrannei sichern. Auch Sie, deutsche Männer und Frauen müssen Ihre Verantwortung lernen, besonders für das, was im Leben der Gemeinschaft geschieht, in der Sie leben.

13. In allen diesen Dingen werden wir mit den Amerikanern, mit den Russen und den Franzosen zusammenarbeiten.

14. Ich werde Ihnen keine fremden Erziehungsgrundsätze und Lehrmethoden aufzwingen. ... Was ich aber niemals dulden werde, ist eine Rückkehr zum Nationalsozialismus, zum Militarismus oder zum Angriffsgeist in irgendeiner Form.

15. Sie, deutsche Väter und Mütter, müssen Ihr Teil dazu beitragen, um Ihre Kinder auf einen gesunden Lebensweg zurückzuführen. Ich werde Ihnen helfen, und Sie müssen mir helfen! Das ist mein Befehl!<<

28.08.1945

Berlin: Die US-Militärregierung verbietet am 28. August 1945 die Beschlagnahmung von Radios, da Rundfunksendungen zur Umerziehung des deutschen Volkes eingesetzt werden sollen (x116/74,76).

30.08.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat übernimmt am 30. August 1945 die Regierungsgewalt in Deutschland.

Artikel 3 der Proklamation Nr. 1 des Alliierten Kontrollrates (AKR) vom 30. August 1945 lautet (x111/69): >>Alle Militärgesetze, Proklamationen, Befehle, Verordnungen, Bekanntmachungen, Vorschriften und Anweisungen, die von den betreffenden Oberbefehlshabern oder in ihrem Namen für die Besatzungszonen herausgegeben worden sind, verbleiben auch weiterhin in diesen ihren Besatzungszonen in Kraft. ...<<

04.09.1945

Berlin: Mit der Anweisung Nr. 2 vom 4. September 1945 unterdrückt der Alliierte Kontrollrat bis etwa 1948 kritische Veröffentlichungen und Publikationen über die Vertreibungsverbrechen gegenüber den Deutschen (x025/201): >>... (Es dürfen keine Artikel gedruckt werden), die eine Respektlosigkeit gegenüber den Besatzungsbehörden oder Mitgliedern der Vereinten Nationen darstellen.<<

WBZ: Die US-Behörden schaffen am 4. September 1945 die Vorzensur zugunsten der Nachzensur ab.

Diese Maßnahme wird jedoch durch besonders rigorose Lizenzierungsverfahren abgesichert (x115/271-273,275-277): >>... So vergaben sie Publikationsgenehmigungen grundsätzlich nicht an einzelne Personen, sondern an mehrere Bewerber, die verschiedenen politischen Richtungen angehören mußten. ... Die Bewerber durften nicht der NSDAP angehört, keine ihrer Organisationen unterstützt oder deren Interessen vertreten haben, sie mußten Gegner des Nazismus und seiner Ideologie sein und möglichst aktiven Widerstand geleistet haben. ...

Die Amerikaner erwarteten von ihren Lizenzzeitungen vor allem das Bemühen, die Deutschen mit dem Gedanken der Demokratie und der Toleranz vertraut zu machen. ...

Auch die Briten sahen neben der Umerziehung, der Demokratisierung und der Überwindung der geistigen Isolation der Deutschen eine wichtige Aufgabe der Presse. ... Die Medien sollten vor allem als "Wächter" und "Bremsen" gegenüber totalitären Tendenzen wirken. ...<<

>>... Die Etablierung der Lizenzpresse in den Westzonen vollzog sich in der Zeit vom Juni 1945 bis zur Selbstaflösung der Militärregierungen Ende September 1949. In diesem Zeitraum entstanden 169 Blätter, davon 20 in West-Berlin, 71 in der britischen Zone, 58 in der amerikanischen und 20 in der französischen Zone. In der sowjetischen Zone waren bis Herbst 1948 29 Zeitungen erschienen. ...

Als Beschaffer der in Zeitungen publizierten Informationen bildeten die Nachrichtenagenturen nicht nur eine unverzichtbare Grundlage des neuen Pressewesens, sondern übten durch eine

Vorauswahl der zu übermittelnden Nachrichten auch wichtige Kontroll- und Zensurfunktionen im Sinne der Militärregierungen aus. Auslandskorrespondenten besaß ohnehin keine deutsche Zeitung in jenen Jahren, so daß die Presse völlig auf die von den Alliierten neu gegründeten und kontrollierten Agenturen angewiesen war. ...<<

In einer US-Geheimstudie vom 4. September 1945 heißt es zur Entnazifizierung (x114/2.136):
>>Die Anwendung der Direktiven ... hat häufig nur die alte, diskreditierte Elite aus der Zeit vor Hitler an die Macht gebracht. ...<<

10.09.1945

WBZ: Radio München beginnt am 10. September 1945 einen Englischkurs ("Englisch macht Spaß").

29.09.1945

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" berichtet am 29. September 1945 über den Hunger in Berlin (x111/84): >>... Blickt man von den Kleidern auf die Gesichter, so wird deutlich, was es heißt, halb verhungert zu sein. Was auffällt, ist nicht die Magerkeit, nicht einmal die allgemeine Müdigkeit, sondern die Gesichtsfarbe.

Die Gesichter der Babys in den Kinderwagen sind leichenfahl; das Fleisch hat ein wächsernes oder seifenartiges Aussehen. Kleine Kinder sind gelb, aber die 12jährigen weisen die Blässe der Erwachsenen auf, außer wenn sie offenbar von der Gelbsucht verfärbt sind.

Die Gesichter der wenigen Alten sind genauso totenblaß wie die der Babys und Kleinkinder. Es gibt ein paar Ausnahmen; aber rosige, runde Gesichter gehören gewöhnlich Prostituierten oder dem Personal, das in Diensten der Alliierten steht.<<

15.10.1945

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Oktober 1945 (x111/91): >>Nach Frankreich 125.000 t, nach Belgien 281.000 t, in die Niederlande 144.000 t, nach Dänemark 123.000 t, nach Norwegen 80.000 t und nach Luxemburg 105.000 t.<<

17.10.1945

USA: Am 17. Oktober 1945 wird die "Direktive JCS 1067" (Weisung) an den Oberbefehlshaber der US-Militärregierung in Deutschland veröffentlicht (x156/30).

Die geheime Richtlinie "Direktive JCS 1067" des Oberbefehlshabers der US-Militärregierung in Deutschland vom 26. April 1945 lautete wie folgt (x156/30-31): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klagemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer

Grundlage.

d) Andere allierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

5. Wirtschaftskontrollen

a) Als Mitglied des Kontrollrats und als Zonenbefehlshaber werden Sie sich von den Grundlagen leiten lassen, daß der deutschen Wirtschaft in dem Maße Kontrollen auferlegt werden können, als erforderlich ist, um die in der vortreffenden Ziffer 4 aufgezählten Ziele zu erreichen und außerdem soweit sie zum Schutz der Sicherheit und zur Befriedung des Bedarfs der Besatzungsstreitkräfte und zur Sicherheit der Produktion und Aufrechterhaltung von Lieferungen und Dienstleistungen notwendig sind, um Hungersnot oder Krankheiten und Unruhen, die eine Gefährdung dieser Streitkräfte darstellen würden, vorzubeugen.

Sie werden bei der Durchführung des Reparationsprogramms anderweitig nichts unternehmen, was geeignet wäre, die grundlegenden Lebensbedingungen in Deutschland oder in ihrer Zone auf einem höheren Stand zu halten als in irgendeinem benachbarten Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen. ...

Teil II Wirtschaftliche Angelegenheiten

Allgemeine Ziele und Kontrollmethoden

16. Sie werden dafür sorgen, daß die deutsche Wirtschaft so verwaltet und kontrolliert wird, daß die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive enthaltenen Hauptziele erreicht werden. ...

Abgesehen von den für diese Zwecke erforderlichen Maßnahmen werden Sie keine Schritte unternehmen, die (a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnte oder (b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken. ...

b) Im Kontrollrat auf keinen Fall die Errichtung einer zentralisierten Kontrollverwaltung über die deutsche Wirtschaft vorschlagen oder billigen, außer in den Fällen, wo eine solche Zentralisierung der Verwaltung zur Erreichung der in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive aufgeführten Ziele unbedingt notwendig ist. Die Dezentralisierung der Verwaltung darf nicht verhindern, daß im Kontrollrat die weitestgehende Einigkeit über die Wirtschaftspolitik erzielt wird.

...

31. Als weitere Abrüstungsmaßnahme sollte der Kontrollrat

a) vorläufig alle Forschungstätigkeit verbieten und alle Laboratorien, Forschungsinstitute und ähnliche technische Organisationen schließen, mit Ausnahme derer, die zum Schutz der öffentlichen Gesundheit für notwendig gehalten werden;

b) alle diejenigen Laboratorien und ähnliche Institute abschaffen, deren Arbeit mit dem Aufbau der deutschen Kriegsmaschine im Zusammenhang stand, und diejenigen Laboratorien vorläufig sicherstellen und ihr Personal in Gewahrsam nehmen, die für ihre technologischen Untersuchungen von Interesse sind, und ihre Einrichtungen danach entfernen oder vernichten

...

32. Bis zum Abschluß eines endgültigen Abkommens zwischen den Alliierten über Reparationen und die Kontrolle oder Ausschaltung der für die Kriegsproduktion geeigneten deutschen Industrien soll der Kontrollrat

a) die Produktion von Eisen und Stahl, Chemikalien, Nichteisenmetallen (ausschließlich Aluminium und Magnesium), Werkzeugmaschinen, Rundfunk- und elektrischen Geräten, Kraftfahrzeugen, schweren Maschinen und wichtigen Ersatzteilen für solche, verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;

b) die Wiederherstellung von Anlagen und Ausrüstungen für solche Industrien verbieten und verhindern, außer für die in den Ziffern 4 und 5 dieser Direktive angeführten Zwecke;

c) die Anlagen und Ausrüstungen dieser Industrien zur Übernahme auf (das) Reparationskonto

sicherstellen. ...

36. Sie werden alle Kartelle und sonstigen Geschäftsabmachungen oder kartellähnliche Organisationen verbieten, einschließlich solcher, die öffentlichen oder halböffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Wirtschaftsgruppen, die einer Regulierung der Marktverhältnisse, einschließlich der Produktion, der Preise, des exklusiven technischen Erfahrungs- und Verfahrensaustausches und der Zuweisung von Absatzgebieten dienen. Die von diesen Organisationen ausgeübten notwendigen öffentlichen Funktionen sollen so schnell wie möglich von genehmigten öffentlichen Dienststellen übernommen werden.

37. Es ist die Absicht Ihrer Regierung, eine Aufteilung der Besitzrechte und der Kontrollverhältnisse über die deutsche Industrie herbeizuführen. ...<<

11.11.1945

WBZ: In Frankfurt wird am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Im Begleittext des Films heißt es (x116/113): >>Über 300 Lager: Todesfabriken, eins wie das andere, 20 Millionen Tote.

Tote in Nordhausen, verhungert und erschossen. Oft genug noch Lebende, oder besser, nur Halbtote achtlos unter die Leichen geworfen. Tote ... in Dachau: verbrannt, vergast, verhungert; in Auschwitz, vergast, erschossen und verhungert, und neben den gemordeten Müttern die Leichen neugeborener Kinder; in Ebensee verhungert; in Belsen verhungert und erschossen; in Mauthausen vergast, verhungert und erschossen; in Leipzig: verkohlt an den Hochspannungsdrähten ... –

Von den vielen Millionen überlebten nur wenige die Jahre der Pein.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über den US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" (x025/146-147): >>Als man 1945 daran ging, im Rahmen des amerikanischen Umerziehungsprogramms den KZ-Film "Todesmühlen" für das deutsche Publikum zusammenzustellen, vermerkte der Bericht des zuständigen Kriegsinformationsamtes vom 23.02.1945, der Initiator des Projekts, ein gewisser James Pollock, sei der Ansicht, "daß die Mehrzahl der Deutschen das Ausmaß der von Deutschen begangenen Greuelthaten vermutlich wirklich nicht kenne und daß die Vorführung dieser Filme ihnen zu einem guten Teil erklären könne, warum die Alliierten sichergehen müßten, daß die Deutschen nicht noch einmal die Chance bekämen, einen Krieg anzuzetteln".

Der Schock und die spontane Entrüstung der meisten Zuschauer sprachen für Mr. Pollocks Ansicht und veranlaßten die US-Behörden zu dem Eingeständnis, daß der weitere Zweck des Filmes, nämlich "ein Gefühl der individuellen und kollektiven Schuld zu wecken, total verfehlt" worden sei.<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schreibt später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/191-192): >>... Als 1945 die Konzentrationslager befreit wurden, lud das Kriegsministerium der USA mehrere Hollywood-Mogule auf eine Tour nach Europa ein, darunter Harry Cohn, Jack Warner und Darryl Zanuck. Sie besuchten auch Dachau. Danach gaben sie eine gemeinsame Erklärung heraus:

Der Film könne helfen, "den Geist der Deutschen zu reinigen, ihre Haltung zu ändern und letztlich ihre Kooperation zu gewinnen". Filme seien "Frontkämpfer im psychologischen Krieg um Ideen".

Ein Produzent formulierte es später etwas flapsiger: "Donald Duck als Weltdiplomat." Washington gefiel das – Ein Senator sprach von einem "Marshallplan der Ideen".

Bereits in den fünfziger Jahren war Deutschland wieder der größte Exportmarkt für Hollywood geworden. ...<<

12.11.1945

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 12. November

bis zum 9. Dezember 1945 täglich nur 1.701 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt (x117/31).

Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 12. November 1945 (x124/62):
>>... Unter amerikanischen Auspizien (Schirmherrschaft) begann als erste Universität in der US-Zone die Heidelberger mit ihren Vorlesungen.

Aus der medizinischen Fakultät wurden 44 Ordinarien, aus der theologischen 6 entfernt. Ausländische Hörer müssen bevorzugt werden.<<

USA: Die US-Zeitschrift "TIME" berichtet am 12. November 1945 über völlig unterernährte ostdeutsche Kinder, die täglich in der britischen Besatzungszone eintreffen (x028/112-113):

>>Diese ... deutschen Kinder büßen für Sünden, die ihre Eltern vielleicht begingen. Weggejagt aus einem polnischen Waisenhaus in Danzig, wurden sie in vollgestopften Viehwagen, ohne ärztliche Betreuung und beinahe ohne Lebensmittel, nach Deutschland zurückgeschickt.

Die Polen, deren Kinder vor gar nicht langer Zeit ähnlich aussahen, sind dabei, sämtliche Krankenhäuser von Deutschen, egal wie krank, zu säubern. ...<<

15.11.1945

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. November 1945 (x111/104): >>Nach Frankreich 216.000 t, nach Belgien 216.000 t, in die Niederlande 133.000 t, nach Dänemark 140.000 t, nach Norwegen 77.000 t und nach Luxemburg 100.000 t.<<

22.11.1945

WBZ: Die britische Militärregierung veröffentlicht am 22. November 1945 eine "Anweisung über Erziehung, Jugendpflege und deutsche kirchliche Angelegenheiten" (x117/84): >>... Jeder Unterricht in irgendeinem Fach (ist) verboten, ... wodurch ... der Militarismus verherrlicht wird, die Lehren des Nationalsozialismus verbreitet, erneuert oder entschuldigt werden oder wodurch die Leistungen nationalsozialistischer Führer gepriesen werden; ... eine Politik der unterschiedlichen Behandlung aus Gründen der Rasse, Farbe, politischen Anschauung oder Religion begünstigt wird; Feindschaft gegen irgendeine Nation erzeugt oder internationale Uneinigkeit geschaffen werden kann, oder ... Krieg, Mobilmachung oder Vorbereitung zu Krieg ... erläutert oder das Studium von militärischer Erdkunde oder Kriegsgeschichte gefördert wird.<<

29.11.1945

Berlin: US-General Joseph McNarney (1893-1972, 1945-47 Militärgouverneur) erklärt während einer Pressekonferenz am 29. November 1945 (x116/16): >>... Die Säuberung vom Nationalsozialismus wird nach festgesetzten Richtlinien restlos durchgeführt werden.

Mir tun auch jene Nationalsozialisten nicht leid, die nur Mitläufer waren. Ich möchte jeden ehemaligen Nazi soweit wie möglich von jeder verantwortlichen Stellung entfernt als gewöhnlichen Tagelöhner sehen. Wenn jemand behauptet, daß die Leistungsfähigkeit mancher Industrien und Ämter durch die Entfernung der Nazis und Nazi-Mitläufer leiden würde, dann erkläre ich: Kein Mensch ist unentbehrlich!<<

06.12.1945

WBZ: In der US-Zone hat man bis zum 6. Dezember 1945 bereits 141.070 ehemalige Mitglieder der NSDAP aus ihren Ämtern entlassen und 117.512 Personen interniert (x111/111).

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 6. Dezember 1945 (x111/111): >>Nach Frankreich 261.000 t, nach Belgien 183.000 t, in die Niederlande 112.000 t, nach Dänemark 144.000 t, nach Norwegen 66.000 t und nach Luxemburg 109.000 t.<<

04.12.1945

USA: Angesichts der bitteren Kälte und des großen Hungers fordert US-Senator Hawkes am 14. Dezember 1945, daß der nordamerikanische Präsident endlich private Hilfslieferungen nach Westdeutschland erlauben soll (x025/120).

17.12.1945

Berlin: Die AKR-Direktive Nr. 23 befiehlt am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

21.12.1945

Großbritannien: Nach den Nordamerikanern und Sowjets fordern auch die Briten am 21. Dezember 1945 deutsche Wissenschaftler und Experten an, um sie in britischen Staatsunternehmen einzusetzen (x111/115).

USA: US-Präsident Truman erklärt am 21. Dezember 1945 (x025/120): >>... Wenn wir auch nicht wünschen ungebührlich grausam gegen Deutschland zu verfahren, kann ich doch nicht viel Sympathie für diese Leute aufbringen, die den Tod so vieler Menschen verursacht haben.

...

Bevor nicht das Unglück jener, die von Deutschland bedrückt und gequält wurden, vergessen ist, scheint es nicht richtig, unsere Bemühungen den Deutschen zugute kommen zu lassen.

Ich gebe zu, daß es natürlich viele Unschuldige in Deutschland gibt, die mit dem Naziterror wenig zu tun hatten. Aber die administrative Last, diese Leute herauszufinden, um sie anders als die übrigen zu behandeln, ist fast untragbar.<<

Das State Department meldet am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hat. Die letzten 20.000 Russen sollen ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

22.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung beschlagnahmt am 22. Dezember 1945 alle deutschen Kohlenbergwerksgesellschaften mit 225 Kohlenbergwerken (x111/116).

Die letzten Schiffe der deutschen Flotte verlassen am 22. Dezember 1945 Wilhelmshaven und werden von den Alliierten übernommen (Reparationen).

Frankreich: Bei der Reparationskonferenz in Paris wird am 22. Dezember 1945 entschieden, daß folgende Länder Entschädigungen erhalten sollen (x111/115-116):

>>Vereinigte Staaten = 28,00 % Kategorie A und 11,80 % Kategorie B,

Großbritannien = 28,00 % Kategorie A und 27,80 % Kategorie B,

Frankreich = 16,00 % Kategorie A und 22,80 % Kategorie B,

Jugoslawien = 6,60 % Kategorie A und 9,60 % Kategorie B,

Niederlande = 3,90 % Kategorie A und 5,60 % Kategorie B,

Belgien = 2,70 % Kategorie A und 4,50 % Kategorie B,

Tschechoslowakei = 3,00 % Kategorie A und 4,30 % Kategorie B,

Kanada = 3,50 % Kategorie A und 1,50 % Kategorie B,

Griechenland = 2,70 % Kategorie A und 4,35 % Kategorie B,

Ägypten = 0,05 % Kategorie A und 0,20 % Kategorie B.

Kategorie A (die Reparationen, die aus deutschen Guthaben, deutschem Goldbesitz und aus den Bezügen der laufenden Produktion geleistet werden).

Kategorie B (Reparationen, die aus Fabrikeinrichtungen, Maschinen und Schiffen bestehen).<<

27.12.1945

WBZ: Die US-Militärzeitschrift "ARMY TALKS" veröffentlicht am 27. Dezember 1945 Verhaltensregeln für nordamerikanische Soldaten (x124/81-82): >>... Sei mißtrauisch gegen jedermann. Prüfe sorgfältig, was sie dir erzählen. Äußere nichts Abfälliges über die USA, die Armee, unsere Verbündeten.

Melde sofort verdächtige Nazis oder Verstöße gegen Befehle der Militärregierung und Anordnungen lokaler Behörden. ...

Verhalte dich immer wie ein guter Soldat. Achte auf deine Uniform und benimm dich ordentlich in der Öffentlichkeit. Vergiß nie, daß du als Eroberer hier bist und nicht als Befreier. Entlarve die Lügen, an die Deutsche mit ihrer Nazi-Schulung unbewußt glauben. Und vergiß nie ihre schlechten Eigenschaften, wenn du ihre guten bewunderst. Wirb für die Demokratie, wann immer sich Gelegenheit bietet. Wenn du in ein Fräulein verliebt bist, dann verkaufe dich nicht ihretwegen an Deutschland. Sei höflich aber kurz angebunden mit Deutschen. Alle Deutschen sind Schuld am Kriege. ...<<

28.12.1945

WBZ: Die britische Militärregierung veröffentlicht am 28. Dezember 1945 die Erziehungskontrollanweisung Nr. 35 (x117/91): >>1. Um die Unterernährung schulpflichtiger Kinder in der britischen Zone zu bekämpfen, sind die in Absatz 2 aufgeführten Maßnahmen sofort zu ergreifen.

2. a. In allen Gebieten, wo ernsthafte Unterernährung herrscht, haben die deutschen Erziehungsbehörden Schulmahlzeiten zu organisieren, wobei nach Möglichkeit markenfreie Nahrungsmittel zur Verwendung gelangen sollen. Sollten diese nicht vorhanden, oder nur in ungenügender Menge erhältlich sein, so wird ein Minimum rationierter Nahrungsmittel ausgegeben werden, für die die Kinder Marken abliefern müssen.

b. Deutsche Schulärzte sind für die Auswahl der Kinder verantwortlich, die solcher Mahlzeiten am dringendsten bedürfen. ...<<

31.12.1945

WBZ: Der Kabarettist Werner Finck erklärt damals während einer Silvesterrede (x111/118): >>Können wir Deutschen diesem 45. Produkt des 20. Jahrhunderts eine Träne nachweinen? Nein, denn wir haben keine mehr. ...<<

In den westdeutschen Besatzungszonen sind im Dezember 1945 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt und 50 % leiden an Hungerschäden (x117/28). Viele Kinder haben aufgedunsene Leiber sowie geschwollene Beine und Füße. Diese Hungerödeme bzw. Ansammlungen von Gewebswasser unter der Haut und in den Körperhöhlen entstehen durch Unterernährung und Vitamin- sowie Kalorienmangel.

Ein Zeitzeuge berichtet damals über den Alltag im Westen (x073/218): >>Unsere Tagesverpflegung sieht etwa so aus. Morgens eine Tasse Kaffee oder auch nichts, Frühstück fällt aus. Mittags einen halben Liter Kaffee zu geröstetem Brot, abends 18-20 Uhr, je nachdem wie der Ofen brennt (Gas gibt es bei uns noch nicht und elektrischer Strom ist rationiert) zusammengefaßtes Mittag- und Abendessen: eine Mehltunke mit Kartoffeln, Mehlklöße oder Brot, was man gerade so hat, Vielleicht dann um 22 Uhr noch eine Tasse Mehlsuppe, solange der Vorrat reicht. ...

Die Hausfrauen haben es sehr schwer. Gibt es mal Fleisch, hat man keine Kartoffeln, hat man Kartoffeln, ist kein Fett zu bekommen usw. Und wir haben ewig Hunger. Wir sind dünn geworden wie Gandhi und manchmal wird uns auf der Straße ganz schwindlig. ...<<

Die britische Erziehungskontrollanweisung Nr. 34 berichtet über den Schulunterricht in Westdeutschland (x117/72): >>... Eine Anzahl von Grundschulkindern einschließlich der Kinder, die darauf warten, auf die höhere Schule zu gehen, erhalten noch immer keinen Schulunterricht. ...<<

USA: Während Briten und Franzosen im Oktober und Dezember 1945 die Lieferung von Medikamenten, Lebensmitteln und Kleidung durch das Rote Kreuz erlauben, verbieten die Nordamerikaner und Sowjets in ihren Besatzungszonen weiterhin westeuropäische Hilfslieferungen. Obwohl die Hilfsgüter ausdrücklich für Deutschland bestimmt sind, schlagen die US-Militärbehörden vor, diese Spenden in den osteuropäischen Ländern zu verteilen.

Trotz bitterer Kälte und großer Hungersnot verbietet US-Präsident Truman im Dezember

1945 die Verteilung von privaten Hilfsgütern, die überwiegend aus Irland und der Schweiz kommen, an die deutsche Bevölkerung.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schreibt später über die fehlende Hilfsbereitschaft des US-Präsidenten Truman (x028/151): >>... Diese Entscheidung wirkte sich bei den Heimatvertriebenen besonders verheerend aus, "deren Lage viel prekärer war als die der übrigen Bevölkerung.

Schließlich konnten ab 1946 Spenden in die amerikanische, ab April auch in die sowjetische Zone geliefert werden. Doch Zehntausende von Deutschen waren inzwischen verhungert, und viele mußten noch sterben, ehe die Spendenvorräte des Internationalen Roten Kreuzes sie erreichen konnten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche (der Zivilbevölkerung) das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

01.01.1946

Berlin und WBZ: Nach dem Zweiten Weltkrieg liegt das Deutsche Reich größtenteils in Schutt und Asche. Überall herrschen chaotische Zustände, so daß die Versorgung der einheimischen Bevölkerung kaum möglich ist. In Mittel- und Westdeutschland sind fast alle Großstädte sowie das Verkehrs- und Nachrichtenwesen zerstört. Der ehemalige deutsche Binnenmarkt wird durch Zonengrenzen unterbrochen. Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen kommen damals zwangsweise in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhalten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchen.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt später über die damalige wirtschaftliche Lage in Deutschland (x028/155): >>... Der Zustand der deutschen Wirtschaft war so schlimm, wie er nur sein konnte. Ihre industrielle Produktion erreichte nur 27 Prozent des Vorkriegsvolumens.

Dieser alarmierende Rückgang lag zum Teil an der gründlichen Demontage der deutschen Industrie, wie sie der Potsdamer Politik der "Reparationen durch Sachleistungen" entsprach, sie lag aber auch an der Verwüstung durch den Krieg, an der Spaltung des alten Wirtschaftsgefüges durch die Aufteilung in Zonen, schließlich aber auch an mangelnden Arbeitskräften, denn Millionen waren noch in Kriegsgefangenschaft, und die Menschen in Deutschland waren durch Unterernährung und Krankheiten in ihrer Arbeitsleistung deutlich beeinträchtigt. ...<<

02.01.1946

WBZ: Sämtliche Bergwerke des Saarlandes werden am 2. Januar 1946 unter französische Verwaltung gestellt.

06.01.1946

WBZ: Das Jahr 1946 bringt keine Verbesserung der Lebensverhältnisse, so daß die Deutschen weiterhin hungern müssen.

In der nordamerikanischen und britischen Zone betragen die Lebensmittelzuteilungen für den

"Normalverbraucher" nicht einmal 50 % des Mindestbedarfs.

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 10.12.1945 bis 6.01.1946 täglich lediglich 1.699 bzw. 1.521 Kalorien zugeteilt, obwohl ein Erwachsener, der eine normale körperliche Tätigkeit ausübt, täglich rund 3.000 Kalorien benötigt. Obgleich die Vereinten Nationen täglich 2.650 Kalorien für notwendig halten, beträgt die offizielle Tagesration der Deutschen in der ersten Nachkriegszeit höchstens 1.500 Kalorien und sinkt oftmals sogar erheblich unter 1.000 Kalorien (x062/584). Im Ruhrgebiet sind Anfang 1946 etwa 80 % aller Deutschen unterernährt, 50 % leiden an Hungerschäden und 40 % sind tuberkulosegefährdet.

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortet nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisiert damals die ungenügende Lebensmittelversorgung in der britischen Zone (x131/101-102): >>... Ich möchte hungernden Deutschen etwas zu essen geben, und ich möchte Ihnen nicht aus politischen Erwägungen heraus etwas zu essen geben, sondern weil sie mir leid tun. Und ich bin fest davon überzeugt, daß ich damit nicht alleine dastehe. ...

Schenkte man den Männern unseres öffentlichen Lebens Glauben, dann müßte man meinen, daß Mitleid und Barmherzigkeit ausgesprochen schändlich seien, und das Eigennutz eine grundlegende ethische Pflicht sei. ...

Der Gedanke an Epidemien in Deutschland ist mir unerträglich, ... weil sie furchtbar sind für die Menschen, die von ihnen heimgesucht werden. ...

Es war kein Vergnügen, dies alles zu schreiben. Ich habe es mit einem immer stärker werdenden Gefühl der Scham geschrieben, das, wie ich mit Sicherheit glaube, sehr viele meiner Leser teilen werden, und ich wage zu hoffen, daß es eine Mehrheit ist.<<

07.01.1946

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 7. Januar bis zum 3. Februar 1946 täglich nur 1.675 bzw. 1.576 Kalorien zugeteilt (x117/31).

In der britischen Besatzungszone beginnt am 7. Januar 1946 eine Hilfsaktion des schwedischen Roten Kreuzes, um deutsche Kinder vor dem Hungertod zu retten.

In Hamburg fordert der Schwarzhandel mit Methylalkohol (giftiger Holzgeist) wieder mehrere Todesopfer.

14.01.1946

Frankreich: In Paris einigen sich 18 Staaten über die Verteilung der deutschen Auslandsguthaben und unterzeichnen am 14. Januar 1946 ein Reparationsabkommen.

Bis 1947 werden Reparationsforderungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar geltend gemacht (x111/125).

15.01.1946

WBZ: Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. Januar 1946 (x111/125): >>Nach Frankreich 286.000 t, nach Belgien 255.000 t, in die Niederlande 171.000 t, nach Dänemark 156.000 t, nach Norwegen 72.000 t und nach Luxemburg 122.000 t.<<

01.02.1946

WBZ: In der britischen Zone wird am 1. Februar 1946 die Schulspeisung eingeführt.

Die Nahrungsmittelrationen in der französischen Zone werden am 1. Februar 1946 um 25 % gekürzt und betragen täglich nur noch 1.075 Kalorien (x111/132).

USA: Im US-Senat wird am 1. Februar 1946 der Bericht eines britischen Majors zitiert (x028/226): >>... Die schlimmsten Greuel der modernen Geschichte finden in Ostdeutschland statt. Viele Millionen von Deutschen sind auf die Straße geworfen worden. ... (Sie) sterben zu Tausenden auf den Straßen an Hunger, Dysenterie und Erschöpfung. Sogar ein flüchtiger Be-

such in Berliner Krankenhäusern ist ein Erlebnis, neben dem Konzentrationslager normal erscheinen. ...<<

10.02.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1933-45 fast ständig in KZ-Haft, ab Mai 1946 SPD-Vorsitzender) weist am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

18.02.1946

WBZ: Der deutsche Schriftsteller Wolfgang Langhoff berichtet am 18. Februar 1946 über die damaligen Lebensverhältnisse in Düsseldorf (x111/138): >>... Verschiedene Kinos lassen alte deutsche Filme laufen; Cafés und kleine Restaurants sind zwischen den Ruinen eröffnet.

Auf den Straßen wimmelt es von Menschen, die ihrem Beruf nachgehen, alle mit etwas bleichen und verschlossenen Gesichtern und ziemlich reduzierter Kleidung, aber keine Lumpen. ... Es sieht alles ein wenig nach verschämter Armut aus ...

In ganz zerfallenen Häusern haben sich einige Zimmer oder Etagen erhalten, die bewohnt sind. Ofenrohre ragen wie Kanonen aus leeren Fensterhöhlen und verraten durch den Rauch, daß in dieser Trümmerstätte Menschen hausen. ...

Die Autofahrer beschwerten sich oft, daß tollkühne Stummelsucher sich mitten auf die Fahrbahn stürzen, wenn aus einem Militärwagen so ein Stummel (Zigarettenstummel) fliegt.<<

19.02.1946

WBZ: Das "Schweizer Hilfswerk" verteilt am 19. Februar 1946 im Saarland erstmalig Speisen an hungernde Schulkinder.

26.02.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat veröffentlicht am 26. Februar 1946 Entnazifizierungsrichtlinien (x116/16-17): >>Anordnung. - Um den Einfluß des Nationalsozialismus und Militarismus in dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben völlig auszumerzen und die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen zu fördern, wird hiermit angeordnet:

1. Es ist ungesetzlich ... nationalsozialistische Parteimitglieder anzustellen oder in ihren Stellungen zu belassen, die mehr als nominell an den Tätigkeiten der NSDAP teilgenommen haben oder die dem Vorhaben der Alliierten feindlich gegenüber stehen. ...

5. Sie sollen durch solche Personen ersetzt werden, die sich durch ihre politischen oder moralischen Eigenschaften als fähig erwiesen haben, zur Entwicklung echter demokratischer Einrichtungen in Deutschland beizutragen.<<

Februar 1946

WBZ: Das IKRK und andere Hilfsorganisationen werden Ende Februar 1946 weiterhin daran gehindert, Hilfsgüter für deutsche Kinder und Kranke in die US-Zone zu bringen (x131/87).

Die britische Militärregierung berichtet im Februar Jahre 1946 über die katastrophale Lage in der britischen Besatzungszone (x114/1.143): >>... Während des Winters haben sich die Lebensbedingungen der Deutschen wegen Mangel an Lebensmitteln und Brennstoff verschlechtert.

Es ist vorstellbar, daß unsere Unterkünfte von einer Menge von Leuten angegriffen werden. Die Unterkünfte und Hauptquartiere werden aber nur von wenigen Leuten besetzt sein, die in diesem Fall wohl versuchen werden, auf die Menge zu schießen oder selbst hergestellte Bomben durch die Fenster hinauszuerwerfen.<<

USA: Der Ökumenische Rat verurteilt im Februar 1946 die UN-Organisation wegen des Ausschlusses der deutschen Vertriebenen und weist auf das Elend und die unsägliche Not der

deutschen Vertriebenen hin (x024/217): >>... Die Vorschläge der Potsdamer Konferenz sind nicht ausgeführt worden; vielmehr haben die Umsiedlungsmaßnahmen große Härten, Not und Leid für Millionen Menschen, einschließlich vieler Frauen und Kinder, mit sich gebracht. Krankheit und Tod in erschreckendem Ausmaß sind die Folge. Dieser Zustand ist eine Herausforderung des christlichen Gewissens.<<

04.03.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 4. März 1946 aus München (x124/137): >>In ein paar Tagen tritt das Entnazifizierungsgesetz in Kraft.

Es stellt den Versuch dar, ein ganzes Volk zu kriminalisieren. Jeder volljährige Deutsche muß in der US-Zone den Fragebogen mit 132 Fragen ausfüllen, was bisher nur für Leute galt, die beim Amerikaner in der Verwaltung oder im Geschäftsleben unterkommen wollten. Diese Listen werden von Kommissionen bearbeitet, die Strafen bis zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Vermögensentzug verhängen können.

Die Dragonaden der Religionskriege nehmen sich damit verglichen bescheiden aus. Die Amerikaner rechnen in ihrer Zone mit 1.000.000 Betroffenen.

Das Erbauliche der Prozedur liegt darin, daß wir uns selbst richten müssen. ...<<

05.03.1946

WBZ: Die Besatzungsbehörden verstärken am 5. März 1946 ihre Entnazifizierungsmaßnahmen (Gesetz Nr. 104 "zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus").

In dem "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" vom 5. März 1946 heißt es (x114/2.141): >>Artikel 1 (1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur dauernden Befriedung werden alle, die sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben. ...<<

Die deutsche Bevölkerung wird in Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete aufgeteilt.

In der nordamerikanischen Zone werden später fast 13 Millionen Fragebögen ausgefüllt und geprüft (x092/938). Der Fragebogen enthält 133 Fragen (Lebenslauf, Beruf, politische Vergangenheit usw.) und muß von allen Deutschen, die älter als 18 Jahre sind, ausgefüllt werden.

15.03.1946

WBZ: In Bremen wird am 15. März 1946 der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt. Alle deutschen Erwachsenen müssen den Film über die Greuel in den NS-Konzentrationslagern ansehen. Es finden täglich 7 Vorstellungen statt.

Ungeachtet des großen Kohlenmangels in Westdeutschland beträgt die monatliche Kohlenausfuhr aus der britischen Zone am 15. März 1946 (x111/145): >>Nach Frankreich 155.000 t, nach Belgien 175.000 t, in die Niederlande 98.000 t, nach Dänemark 125.000 t, nach Norwegen 45.000 t und nach Luxemburg 113.000 t.<<

16.03.1946

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 16. März 1946 (x095/42-43): >>... Das deutsche Volk ist seelisch und materiell in einer Tiefe angelangt, die Schrecken erregend ist. Es wird einer sehr langen, sehr mühsamen und sehr planmäßigen Aufbauarbeit bedürfen, die natürlich in erster Linie vom deutschen Volk selbst geleistet werden muß, bei der es aber der Hilfe anderer Nationen bedarf. ...

USA kennt Europa nicht. Ich stand mit den Offizieren der amerikanischen Besatzung hier ganz ausgezeichnet und habe das immer wieder erfahren müssen, daß sie Europa nicht ken-

nen.

Daher ist USA auch geneigt, sich nicht für europäische Angelegenheiten zu interessieren. Und doch ist das ganz falsch. Wenn die europäische Kultur, die seit 30 Jahren schwer gelitten hat, ganz zugrunde geht, so wird das auch für USA von großer Bedeutung sein.

Die Gefahr ist groß. Asien steht an der Elbe. Nur ein wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs, ein Westeuropa, zu dem als wesentlicher Bestandteil der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands gehört, kann das weitere geistige und machtmäßige Vordringen Asiens aufhalten. ...<<

22.03.1946

Berlin: In allen Kinos des US-Sektors wird am 22. März 1946 der nordamerikanische Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt, um über die NS-Verbrechen in den Konzentrationslagern aufzuklären.

26.03.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat beschließt am 26. März 1946 den ersten Industrieplan für Deutschland. Die Industrieproduktion soll etwa 50-55 % der Produktionsmenge des Jahres 1938 betragen. Höhere produzierte Mengen sollen als Reparationsgüter an das Ausland verteilt oder vernichtet werden (x101/12).

Großbritannien: "The Times" berichtet am 26. März 1946 über die Hungersnot in der französischen Besatzungszone (x043/163): >>Für die Einwohner der französischen Zone in Deutschland ist der Kaloriengehalt in der Normalration um 220 Kalorien beschnitten worden, so daß derselbe heute nur noch 915 Kalorien beträgt. Es ist die kleinste zur Verteilung gelangende Ration in allen 4 Zonen.<<

Laut Untersuchungsberichten von UNRRA-Sachverständigen sind für einen gesunden, arbeitenden Menschen etwa 2.500 Kalorien absolut notwendig (x043/163).

31.03.1946

WBZ: In der US-Zone werden am 31. März 1946 die täglichen Lebensmittelrationen von 1.550 auf 1.270 Kalorien gekürzt.

März 1946

WBZ: Bischof Clemens August Graf von Galen erklärt während seiner Rede "Rechtsbewußtsein und Rechtsunsicherheit" im März 1946 (x358/10): >>Die Alliierten setzten in Deutschland eine Militärpolizei ein, die außerhalb des Bereichs aller ordentlichen Gerichte steht und keinem Gericht verantwortlich ist. ... Sie verhaftet, genau wie die Gestapo, die Männer nachts, holt sie ohne Angabe des Grundes der Verhaftung aus den Häusern, schafft sie weg, ohne der Familie Mitteilung zu machen, wohin sie gebracht werden, schneidet jede Verbindung zwischen der Familie und den Häftlingen ab, hält sie monatelang im Lager, ohne sie zu verhören, kurz, sie hat die Methoden der Gestapo übernommen.<<

USA: "The Reader's Digest" berichtet im März 1946 über die nordamerikanischen Besatzungssoldaten in Westdeutschland (x114/2.96): >>**Warum die GIs die Deutschen so gern haben!**

Annähernd 4 von 5 zurückgekehrte Soldaten ziehen Deutschland allen alliierten Ländern vor, die sie gesehen hatten. Die zu Hause gebliebenen Amerikaner mag dies verblüffen, wird aber keinen Soldaten überraschen, der auf dem europäischen Kriegsschauplatz war.

Man hört oft GIs die Engländer kritisieren und die Franzosen verdammen. Aber es war eine Seltenheit, Amerikaner in Deutschland den Feind verwünschen zu hören. Die wenigen, die dies taten, hatten ihre Freunde in der Schlacht sterben sehen oder stießen auf Körper von erschossenen gefangenen Kameraden oder hatten die Leichen von Buchenwald und Dachau gerochen. Gewiß, diese blieben unversöhnlich, aber die Ersatzleute, die sie ablösten, kannten die Deutschen nur als friedvolle, freundliche Gastgeber.

Die "Krauts", ein freundschaftlich gebrauchter Ausdruck der GIs für die Deutschen, zu has-

sen, wurde mit der Zeit direkt ungehörig. In Deutschland stationierte Soldaten, die einen Urlaub nach Paris oder die französische Riviera erhielten, kamen nicht selten zurück, bevor ihr Urlaub zu Ende ging, sie kehrten "heim" nach Deutschland.

Was ist die Ursache dieser Gefühlswelle, die unseren Sieg bedroht?

Der amerikanische Soldat fühlt sich vor allem in "Übersee" einsam und heimwehkrank. Die Deutschen scheinen ihm nun weniger fremd als irgendein anderes Volk, ja sogar als die Engländer. Er kam mit der Idee nach England, daß er dort Leute finde, die ähnlich wie er seien. Das Ergebnis war aber überraschend, denn über die bestehenden Differenzen zwischen dem amerikanischen und britischen Charakter war er verärgert.

In Deutschland dagegen erwartete er erhebliche Wesensverschiedenheiten, und dann konstatierte er mit Vergnügen so viele Ähnlichkeiten.

Und jetzt kommen wir zu einer der Hauptursachen für die Haltung der GIs Deutschland gegenüber. Nachdem er die ersten Hemmungen überwunden hatte, sah er sich einer Flut williger Mädchen gegenüber. Er fand sie in den engstmöglichen Badeanzügen am Strand der Flüsse, ihre Beine verführerisch zur Schau gestellt, und wollte er ein Mädchen, so hatte er nichts weiter zu tun, als seinen Jeep zu stoppen.

Warum zeigten sich eigentlich deutsche Frauen den amerikanischen Soldaten so mit vollem Herzen zugetan? Einer der Gründe war wahrscheinlich die einfache Tatsache, daß sie ihre Männer seit langem entbehren mußten. Ein anderer Grund ist der Niedergang der Moral, eine der Früchte der Nazi-Propaganda. ...

Das Verblüffende daran ist, wie die GIs die Haltung der deutschen Frauen auslegen. In Frankreich hatten die GIs fast ausschließlich Kontakt zu Prostituierten, und dies machte bei ihnen der Auffassung Platz, daß das französische Volk unmoralisch sei. In Deutschland aber, wo ihnen im allgemeinen jede Frau zur Verfügung stand, sahen sie dies als romantisch an und als Zeichen der Freundschaft und der Großzügigkeit seitens der deutschen Frauen.

Der amerikanische Soldat ist jeden Tag einer kein Ende nehmenden Propaganda seitens der hartnäckig freundlichen deutschen Bevölkerung ausgesetzt. Weil er offen und von Natur aus nicht mißtrauisch ist, verfehlt diese Propaganda ihren Zweck nicht, ja sie hat sogar tiefen Eindruck auf ihn gemacht.

Kommt der GI heim, so hat er eigentlich das Gefühl, daß ihm der Feind näher steht als seine Alliierten, und er kommt zu Millionen zurück und wird seine Meinung in jeden Winkel der Vereinigten Staaten mitnehmen.<<

05.04.1946

WBZ: Bomber der Royal Air Force zerstören am 5. April 1946 die letzten Festungsanlagen der Insel Helgoland.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 5. April 1946 über den Schwarzmarkt in Hamburg (x299/137): >>... In einer Toreinfahrt tuscheln vier Männer, Bohnenkaffee geht von Hand zu Hand, die Güte wird geprüft und kleine Geldscheine werden gezählt, ein ganzes Bündel.

Ein Soldat sammelt Kippen, seine viel zu großen Stiefel werden durch Bindfäden gehalten, zwei Sicherheitsnadeln zwingen die Uniformjacke zusammen.

Ein Bursche ruft keck: "Feuersteine gefällig, vier Stück 18 Mark". ...<<

15.05.1946

USA: US-Senator Shipstead kritisiert am 15. Mai 1946 die nordamerikanische Besatzungspolitik. In einer Rede vor dem US-Senat bezeichnet er den Morgenthau-Plan als "Amerikas ewiges Schanddenkmal ... für die Vernichtung der deutschsprachigen Menschen" (x028/152).

16.05.1946

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat verbietet am 16. Mai 1946 weiterhin die Gründung von Sportvereinen.

18.05.1946

Großbritannien: Die britische Wochenzeitung "The New Stateman and Nation" berichtet am 18. Mai 1946 (x124/191-192): >>... Die Deutschen in unserer Zone befinden sich in einer bedauernswerten Unwissenheit über unsere Absichten, unsere Schwierigkeiten und über die Welt, in der auch sie wieder eine Rolle spielen sollen.

Die Nachrichtenversorgung in der britischen Zone ist kläglich unzureichend und kontrastiert scharf mit der Flut russischer Propagandaschriften oder dem modernen Zeitungsdienst der Amerikaner, die keine Dollarsorgen kennen und es mit dem Nachschub so viel leichter haben. Auch fürchten wir Briten eine deutsche Aktivität auf breitester Grundlage. Mit größtem Widerstreben haben wir Gewerkschaften zugelassen, obwohl diese die einzige wirklich anti-nationalistische Großorganisation waren.

Viele Parteigenossen sitzen im Ruhrgebiet noch auf wichtigen Posten, angeblich weil sie unersetzbar sind. So kommt es vor, daß aus dem KZ Zurückgekehrte diejenigen, die sie hineingebracht haben, als ihre Vorgesetzten wiederfinden. ...

Wiederum ist es seltsam aber wahr, daß die Gewerkschaftsbewegung, die Basis jeder demokratischen Erneuerung, nur unter größten Schwierigkeiten Boden gewinnt und sie die Briten nur auf lokaler Ebene operieren lassen.<<

02.06.1946

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 2. Juni 1946 während einer Rundfunkrede die Entnazifizierungsmaßnahmen für deutsche Jugendliche und die föderative Zergliederung Deutschlands (x101/13, x111/175): >>... Das ganz überwältigende Gros der jungen Menschen, die mehr oder weniger gezwungen in der Hitler-Jugend waren, die als Soldaten das taten, was ihnen befohlen war, und was sie als ihre Pflicht ansahen, sind im tiefsten Sinn nicht verantwortlich. Sie haben die Knochen hingehalten für ein vermeintliches Ideal. ...<<

>>... Wir wollen kein "Gasthaus zum bayerischen Löwen", ... keine "Herberge zum springenden Ross", ... sondern wir wollen ein Deutschland, bei dem der Träger der Reichsgewalt das deutsche Reichsvolk ist.<<

06.06.1946

WBZ: Der US-Militärgouverneur unterzeichnet am 6. Juni 1946 den "CARE-Vertrag" (CARE = "Cooperative for American Remittances to Europe"), so daß endlich Hilfslieferungen der privaten CARE-Hilfsorganisation erfolgen können (x175/425).

In den ersten 12 Monaten nach Aufnahme des Postverkehrs schickt man fast 11 Millionen CARE-Pakete aus Amerika, um die Nachkriegsnot in Europa und vor allem in Deutschland zu lindern. Die CARE-Pakete werden durch den "Deutschen Zentralauschuß für die Vereinigung ausländischer Liebesgaben" verteilt. Diese Hilfsmaßnahmen können die katastrophalen Lebensverhältnisse der deutschen Zivilbevölkerung zwar nicht entscheidend verändern, aber jedes CARE-Paket bringt den verzweifelten Menschen wenigstens etwas Hoffnung und Zuversicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die CARE-Hilfe für Deutschland (x051/99): >>CARE (englisch Fürsorge), Akronym für Cooperative for American Remittances to Europe (Vereinigung für amerikanische Hilfslieferungen nach Europa), 1946 in den USA gegründete Hilfsorganisation, die auf privater Basis zur Linderung der Nachkriegsnot in Europa, insbesondere in Deutschland beitrug.

Inbegriff der Hilfe waren die CARE-Pakete, die Angehörige, Freunde und Unbekannte für notleidende Europäer bei der CARE-Zentrale in New York in verschiedenen Ausführungen bestellen konnten (Baby-Ausstattungspaket, Kinder-Nahrungspaket, Fettpaket u.a.).

Die CARE-Sendungen für die Bundesrepublik wurden 1960 eingestellt; geschätzter Gesamtwert der CARE-Hilfe für Deutschland über 300 Millionen DM.<<

10.06.1946

USA: Die "New York Times" schlägt am 10. Juni 1946 die Zersplitterung des Deutschen Reiches vor. Deutschland soll in 12 unabhängige Staaten geteilt werden, die wirtschaftlich eine Zollunion bilden (x111/178).

16.06.1946

WBZ: In Marl beginnt am 16. Juni 1946 die "Vier-Zonen-Presseschau".

Bis zum 30.06.1946 werden 34 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der nordamerikanischen Zone, 34 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der britischen Zone, 15 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der französischen Zone und 30 deutsche Zeitungen und Zeitschriften in der sowjetischen Zone vorgestellt.

20.06.1946

WBZ: In Stuttgart wird am 20. Juni 1946 der "Deutsche Zentralausschuß für die Verteilung ausländischer Liebesgaben" ("CARE-Pakete") eingerichtet.

Die aus Nordamerika kommenden CARE-Pakete enthalten damals etwa 40.000 Kalorien Nährwert (x111/182): >>8,8 Pfund Fleisch, 5,8 Pfund Nahrungsmittel und Kekse, 3,5 Pfund Zucker und Schokolade, 3,2 Pfund Marmelade und Pudding, 2 Pfund Gemüse, 1 Pfund Kakao, Kaffee und Getränkpulver, 350 g Milch, 200 g Butter und 200 g Käse.<<

24.06.1946

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 24. Juni bis zum 21. Juli 1946 täglich nur 1.065 bzw. 1.286 Kalorien zugeteilt (x117/31).

25.06.1946

WBZ: Die US-Militärregierung reduziert am 25. Juni 1946 die Auflage der "Süddeutschen Zeitung", weil diese Zeitung die Vertreibung der Sudetendeutschen kritisiert hatte (x111/184).

28.06.1946

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 28. Juni 1946 (x114/2.152): >>... Wegen eines Verstoßes gegen Anordnungen der Militärregierung ist der Umfang der in München erscheinenden "Süddeutschen Zeitung" für die Dauer eines Monats von den üblichen 6 Seiten auf 4 Seiten pro Nummer beschränkt worden.

In ihrer Ausgabe vom 4. Juni hatte die "Süddeutsche Zeitung" unter dem Titel "Sie ernten den Haß" einen Titel veröffentlicht, der die Ausweisungsmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung gegen Deutsche scharf kritisiert.

Dieser Artikel stellt einen Verstoß gegen die Anordnung der Militärregierung dar, die lizenzierten Zeitungen Kritik an alliierten Regierungen verbietet.

In einem Brief an die Lizenzträger der "Süddeutschen Zeitung", in dem der Verleger und die verantwortlichen Redakteure darauf aufmerksam gemacht wurden, daß weitere Verstöße gegen Direktiven der Militärregierung zur Suspendierung der Zeitung oder zum Entzug der Lizenz führen, erklärte Oberst Bernhard B. McMahon, der Chef der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung für Bayern:

"Die deutschen Lizenzzeitungen in der amerikanischen Zone unterliegen keiner Zensur, doch werden sie für ihre Veröffentlichungen verantwortlich gemacht. Die Verleger haben Anordnungen erhalten, die jede Kritik an der Militärregierung, an alliierten Mächten oder an den Vereinten Nationen ausdrücklich verbieten".

Die Redakteure der "Süddeutschen Zeitung" waren sich im klaren, daß ihr Angriff gegen die tschechoslowakische Regierung einen zusätzlichen Verstoß gegen diese Anordnung darstellte.<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht.

Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist:

Christian Morgenstern hat darauf eine glänzende Satire geschrieben. In seinem Gedicht geht ein solider Bürger namens Palmström eine Straße entlang, als er von einem Auto angefahren wird. Verletzt und halb bewußtlos wankt Palmström nach Hause und fragt sich, was da eigentlich passiert sei. In feuchte Umschläge gehüllt, studiert er seine Gesetzbücher und entdeckt, daß Autos in jener Straße gar nicht fahren dürfen. Palmström gelangt daher zu der Überzeugung, daß er keineswegs von einem Auto angefahren worden sei, "denn nicht sein kann, was nicht sein darf". Er redet sich ein, daß es alles nur ein Traum war.

So glaubten die verwundeten Deutschen, überzeugt wie wir, daß wir solche Dinge nie und nimmer tun könnten, ebenso fest wie wir, daß wir solche Dinge auch nie getan hätten.

... Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

29.06.1946

Großbritannien: Der Erzbischof von Canterbury kritisiert am 29. Juni 1946 die ungenügende Versorgung der deutschen Bevölkerung (x111/185): >>... Die Verschlechterung der Lebensbedingungen in Deutschland, die eine steigende Verzweiflung erzeugt, muß durch eine klare Politik konstruktiver Hoffnung aufgehalten werden, ehe es zu spät ist.<<

Juni 1946

WBZ: Die "Stuttgarter Zeitung" berichtet im Juni 1946 über das "Hamstern" auf dem Lande (x117/40): >>... Quer durch die britisch besetzte Zone Deutschlands ... geht seit vielen Wochen ein seltsamer Zug vor sich, der in seiner Unbeirrbarkeit an die Gesetzmäßigkeit des Vogelzuges erinnert. Auch die Menschen, die hier ziehen, folgen einem Gesetz: dem des Hungers und der Not.

Eigentlich "steigt" man nicht in den Zug. Man stürmt den Zug. Viele Hunderte warten bereits 2 und 3 Stunden vor der Abfahrtszeit auf dem Endbahnhof, in dem der Zug eingesetzt wird. Sie springen auf die Trittbretter, hängen sich an die Türgriffe, erobern sich einen Platz.

Sie sind rücksichtslos und haben verschlossene Gesichter. Menschen, die sonst teilnehmend sein können, werden brutal.

Es ist eine Vision, die sie treibt. In ihrer Vorstellung entsteht ein Bild: Sie sehen sich selbst mit leerem Rucksack heimkommen. Hoffnungsvoll blicken ihnen Kinderaugen entgegen, über die jähe Enttäuschung fällt. ...

So fahren sie und ihr Ziel ist die Gegend zwischen Celle und Lüneburg. Sie stehen viele Stunden im rüttelnden Zug, sie übernachten in Wartesälen, bleiben 36, 48 und mehr Stunden ohne Schlaf, sie kommen tagelang nicht aus den Kleidern, sie müssen Stolz und Scham niederzwingen, wenn sie von Hof zu Hof gehen, und sie fühlen sich mit ihren Kartoffeln nicht sicher, ehe sich die Wohnungstür hinter ihnen geschlossen hat.

Die Kartoffeltrecks überschneiden sich: Aus dem Industriegebiet kommen sie herauf bis Celle und Uelzen, von Schleswig-Holstein fahren sie bis Uelzen und Celle. Sie berichten einander und manches verschweigen sie voreinander, denn sie sind zugleich Kameraden und Konkurrenten.<<

Schweiz: Die "Schweizer Illustrierte Zeitung" berichtet im Juni 1946 über den Hunger in Gelsenkirchen (x117/30): >>Die tägliche Ration beträgt für (den Industriearbeiter) B. zurzeit 950 Kalorien. Sein Mittagmahl ... besteht aus einer fettreichen Erbsensuppe.

Ein amerikanischer Experte, der einen Monat von dieser Ration lebte, nahm 25 Pfund ab. ...<<

USA: Die US-Zeitschrift "LIFE" berichtet im Juni 1946 über "Probleme" der nordamerikanischen Soldatenfrauen (x124/200): >>Die deutschen Flüchtlinge sehen mit stumpfen und neidischen Augen auf unsere Soldatenfrauen, die von der Armee täglich 3.000 Kalorien bester Kost geliefert erhalten, während die Deutschen mit 1.350 vorliebnehmen müssen.

Unsere Frauen ziehen in die schönsten deutschen Häuser ein, wo auf sie bereits ein deutsches Dienstmädchen wartet. Das größte Problem für unsere Frauen in diesem Land ist die Frage, ob sie ihre Kinder mit den deutschen Kindern spielen lassen sollen. ...<<

15.07.1946

Europa: In den europäischen Staaten stehen der Bevölkerung damals pro Tag folgende Kalorienwerte zur Verfügung (x111/192): >>Irland 3.200 Kalorien, Dänemark 2.920 Kalorien, Großbritannien 2.850 Kalorien, Schweiz 2.800 Kalorien, Schweden 2.790 Kalorien, Norwegen 2.480 Kalorien, Frankreich 2.300 Kalorien, Italien 1.800 Kalorien, Österreich 1.700 Kalorien und Deutschland 1.550 Kalorien.<<

Juli 1946

Schweiz: Die "Neue Berner Zeitung" berichtet im Juli 1946 über die Hungersnot im Ruhrgebiet (x117/112): >>Soll man sich auf den Standpunkt stellen, je mehr Deutsche zugrunde gehen, um so besser?

Das würde nicht weniger bedeuten, als daß der schlimmste Naziungeist auch uns erfaßt hat.

Oder soll man nicht eher den Notleidenden die helfende Hand reichen?

Wollen wir nicht gerade darum, weil wir keine Nazis sind, auch zeigen, daß wir anders sind und die reine Menschlichkeit höher stellen als alle politischen Rechnungen? ...<<

13.08.1946

Die US-Militärregierung veröffentlicht am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen.

Der Zusammenbruch der Zentralregierung in Deutschland hat mit sich gebracht, daß Zivilunternehmen wie Schulen, literarische Gesellschaften, Büchereien, Wohlfahrtsbehörden und Krankenhäuser von örtlichen Stellen übernommen wurden. Außer der an sich gesunden kulturellen Betätigung in örtlich begrenztem Rahmen ist es jedoch wesentlich, daß die kulturelle Wiederbelebung auf staatlicher Basis erlaubt wird.

Die Möglichkeit der Grundlage für eine deutsche Selbstachtung ist der berechtigte Stolz auf ihre früheren großen Kulturbeiträge in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Religion.

Die Besatzungsbehörden werden sich dessen bewußt sein, daß dauernde kulturelle Veränderungen nur erzielt werden können, wenn sie von den Deutschen selbst entwickelt und aufrechterhalten werden.

Nach der Ausmerzung der Nazi-Elemente werden die Besatzungsbehörden versuchen, die Aufgabe der Umerziehung in fortschreitendem Maße auf verantwortungsbewußte Deutsche zu übertragen, und zwar so schnell es die Verhältnisse zulassen. Auch die möglichst baldige Wiederherstellung kultureller Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Nationen wird angestrebt werden.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland (x051/471): >>Reeducation (englisch Umerziehung), Bezeichnung für die Maßnahmen und Pläne der Alliierten zur Tilgung des nationalsozialistischen Ge-

dankenguts in Deutschland, zur Rückführung der Deutschen zu Demokratie, rechtsstaatlichem Denken und einer auf den Menschenrechten beruhenden Gesinnung sowie zur Vorbereitung einer friedlichen deutschen Mitarbeit am internationalen politischen und kulturellen Leben nach 1945.

Mit welcher "Behandlung" eine solche Reeducation am besten zu erreichen sein würde, war allerdings nicht nur zwischen den Alliierten strittig, sondern unterlag auch Schwankungen je nach politischer Opportunität (Entnazifizierung).

Der zunächst eingeschlagene Weg der Schockbehandlung durch den Vorwurf der Kollektivschuld an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen führte jedoch eher zu Abwehrhaltungen und ließ Reeducation v.a. in politisch rechtsstehenden Kreisen zum Negativbegriff werden. Im Zuge der Ost-West-Entfremdung nach dem Krieg wurde die Reeducation-Propaganda bald modifiziert und schließlich eingestellt.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Umerziehung seit 1946 (x306/121-126): >>**Pädagogen am Werk**

Die Re-education (Umerziehung) des deutschen (und japanischen) Volkes trug einen Januskopf. Nach rückwärts zeigte er die mürrischen Züge der Sozialpsychologie, jenem Versuch wissenschaftlicher Bewältigung gescheiterter Hoffnungen, nach vorne erglänzte er im rotwangigen Optimismus der Pädagogik und verkündete:

"Das einzige und beste Werkzeug, um noch im gegenwärtigen Geschlecht in Deutschland die Demokratie zu erreichen, ist die Erziehung."

Für die Sozialpsychologen war Reeducation der Terminus für den mühsamen Versuch der Resozialisierung von Alkoholikern, Drogensüchtigen, Gestrandeten aller Art für die Pädagogen bedeutete er die Fortsetzung der Erziehung eines Kindes, das eine Zeit lang in die Hand schlechter Lehrer geraten war. Für den mißtrauischen und empfindlichen Sozialpsychologen war die Gefahr eines Rückfalls immer gegeben, für den optimistischen Pädagogen konnte nichts schiefgehen, da der Zögling doch jetzt in den einzig richtigen Händen war.

In der weltweiten Verbreitung des pädagogischen Optimismus sahen viele Amerikaner den wichtigsten Kriegsbeitrag der USA. So hatte sich schon vor dem amerikanischen Kriegseintritt die Pädagogik mit einem Manifest von Ann Arbor als gestaltende Kraft für die Errichtung der Nachkriegsordnung empfohlen. Auch während des Krieges wurden die Pädagogen nicht müde, in Tagungen, Rundtischgesprächen und Vorlesungen die Probleme einer Reeducation auszuloten. Weniger Geschick zeigten sie bei den Positionskämpfen um die Einflußverteilung in der zukünftigen Militärregierung.

Die Erziehung wurde Aufgabe einer Unterabteilung, an deren Spitze zwei Hauptleute standen. Pädagogik war in den ersten Besatzungsmonaten wenig gefragt. Auch auf dem Erziehungssektor hatte zunächst der Viermächte Kontrollrat das Wort. In seiner Direktive Nr. 54 legte er fest, daß in ganz Deutschland das gleiche Erziehungssystem gelten solle. Alle Schulen sollten zur demokratischen Lebensform erziehen. Was hinter dieser zu verstehen war, blieb allerdings der Vorstellungskraft der Zonenbefehlshaber überlassen. Diese fanden heraus, daß die demokratische Lebensform die Lebensform just ihres Landes sei. Übertrüge man diese Lebensform auf Deutschland, dann habe man auch dort die demokratische Lebensform eingeführt. Nur die Franzosen hüteten sich, den Pariser Zentralismus auf Deutschland zu übertragen, für das sie eine extrem föderalistische Entwicklung bevorzugten, und priesen lieber die Hochleistungen französischer Kultur und Zivilisation an.

Auch die Amerikaner befanden sich in einigen Schwierigkeiten, da sie hin- und herschwankten, ob sie die amerikanischen Zustände, wie sie sich geschichtlich entwickelt hatten, auf Deutschland übertragen oder ob sie von der sich in ihren Vorstellungen anbahnenden künfti-

gen Weltordnung ausgehen sollten. Immerhin hatte die Harvard Universität 1945 ein Manifest erlassen, das in den Worten gipfelte: "Alle Nationen bedürfen der Reeducation." Die Amerikaner waren nicht ausgenommen worden.

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen habe, sollte von einer 10köpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an Clay, "wie Deutschland am besten durch Erziehungsmaßnahmen, in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte".

Für Pädagogen eröffnete sich in Deutschland ein weites Feld. "Da sich keine Ideologie selbst verwirklicht oder auch nur erklärt, muß die Demokratie, unser positiver Beitrag, bis ins einzelne gelehrt werden, damit die Deutschen nicht unabsichtlich - wie es die Nazis absichtlich taten - von dem gesteckten Ziel abkommen."

Doch dürfte man nicht bei der Belehrung, "dem unfruchtbaren Tat der dünnen Gebeine", stehen bleiben, sondern vielmehr "als wesentlichen Beitrag zur Überwindung der selbstverschuldeten gegenwärtigen Lage Deutschlands die Methoden demokratischer Lebensführung empfehlen". Denn der "Begriff Demokratie enthält Forderungen für den Marktplatz ebenso wie für den Altar und das Heim". "So müssen wir auch die Erwachsenen erziehen, um zu verhindern, (daß das Heim, die Kirche und der Marktplatz die Früchte systematischer Erziehung vergiften und ihr Ergebnis verderben."

Wie aber werden Erwachsene erzogen. Indem ihnen beigebracht wird, daß "die Politik der demokratische Kampfplatz der Erwachsenen ist, daß sie die unmittelbare und dauernde Voraussetzung einer Erziehung zur demokratischen Lebensform darstellt."

"Diese Schule der sittlichen Toleranz und der bürgerlichen Weisheit für alle Deutschen haben wir bereits errichtet. ... Von den ersten Wahlen in den Gemeinden hat sich die staatsbürgerliche Kunst der geordneten Mitwirkung aufwärts bewegt."

Die Reform der Erwachsenen durch Wahlurne, kontrollierte politische Diskussionen und Bürgerversammlungen hatte also schon Fortschritte gemacht. Was aber sollte in den Schulen geschehen? Diese hätten zunächst die Trennung von Volksschulbildung und höherer Schulbildung zu beseitigen, da hierdurch bei einer kleinen Gruppe ein Überlegenheitsgefühl, bei der Mehrzahl ein Minderwertigkeitsgefühl erzeugt worden sei, das "jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh".

Als erster Schritt sei eine gemeinsame Grundschule in 6 Klassen vorzusehen. Desgleichen dürfe die Ausbildung der Volksschullehrer nicht von der der Lehrer an Höheren Schulen getrennt werden. Den Fächern, "die mit akademischer Tradition überlastet und lebensfremd sind", sei der Krieg anzusagen.

"Klassenausschüssen, Diskussionsgruppen, Schulbeiräten, Schülervereinigungen, Vorhaben im Dienste der Gemeinschaft" die Tür zu öffnen. Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als "wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist", nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. "Dann werden die Sozialwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten."

Nach dem Besuch der Erziehungsmission konnte die Unterabteilung Erziehung nicht mehr das bisherige Schattendasein führen. Man stellte sie ans Licht, indem man an ihre Spitze einen "großen Namen" setzte, H. B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der sich auf die Verwendung von New Deal Geldern so gut verstand, daß er mit ihrer Hilfe aus einer hinterwäldlerischen Bildungsstätte eine der modernsten Universitäten Amerikas gemacht hatte. Aus der Unterabteilung Erziehung wurde eine Abteilung, und ein großer Stab ging daran, gewaltige Reformschlachten (auf dem Papier) zu schlagen.

Als Wells 1948 nach Amerika zurückfuhr, ließ sein Nachfolger Alonzo G. Grace das ganze Reformprogramm kurzerhand in der Schublade verschwinden. Auf einer Konferenz in Berchtesgaden verkündete Grace die Abkehr von der Politik seines Vorgängers und die neue Ära in der Umerziehung. Sein Programm enthielt u.a.

Punkt 1: "Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. Die Schultypen sind von geringerer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und der Welt als das, was gelehrt wird, wie gelehrt wird und durch wen gelehrt wird."

Punkt 6: "Wir müssen nicht Schuld daran tragen, daß wir versuchen, in Deutschland, inmitten einer Umgebung, die von Verwirrung und Unsicherheit erfüllt ist, ein Ideal zu verwirklichen, das anderswo nicht vollendet wurde."

Punkt 8: "Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland umerziehen und neu orientieren sollen. Es wird daher das Ziel der Militärregierung sein:

- a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.
- b) Ein wirksames Deutschland Programm der UNESCO zu ermutigen.
- c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.
- d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen in Deutschland, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen."

Die Erklärung von Berchtesgaden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten gingen die Amerikaner davon ab, den Deutschen Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne daß der amerikanische Einfluß auf den ersten Blick erkennbar war. Ein schönes Beispiel bietet das neuerdings an allen deutschen Universitäten gelehrt Fach "Politische Wissenschaften".

Dieses Fach hat zwei Väter: die sozialdemokratische hessische Regierung und die amerikanische Militärregierung. Die hessische Regierung, die schon frühzeitig an den ihr unterstehenden Universitäten Lehraufträge an Männer ihrer Couleur vergeben hatte, berief im September 1949 eine Tagung auf das Jagdschloß Waldleiningen im Odenwald ein, auf der über die Einführung der Politischen Wissenschaften auch auf den nichthessischen Universitäten beraten werden sollte. Das Protokoll dieser Tagung stimmt ironisch. Die anwesenden deutschen Professoren versuchten in alter Gelehrtentradition zu erörtern, ob die Politischen Wissenschaften Wissenschaftscharakter trügen und methodisch entsprechend ausgebaut seien.

Die als "Berater" anwesenden Amerikaner unter dem Vorsitzenden des Verbandes der Politischen Wissenschaftler erklärten, daß die Politische Wissenschaft in ihrem Lande deshalb eine Wissenschaft sei, weil sie über so und so viele Lehrstühle, Zeitschriften und Institute verfüge. Der Vertreter der Militärregierung Prof. Kurt Loewenstein meinte kurzerhand, daß man einem geschenkten Gaul nicht in das Maul schauen solle und die Amerikaner für die Finanzierung der neuen Wissenschaft und Stellung von Lehrpersonen schon Sorge tragen würden. Er führte selber später den Erfolg der Tagung und die Errichtung des neuen Faches auf seine Erzählung des folgenden Witzes zurück:

Ein Irrer kam zum Professor Specht. Dieser fragte ihn, wie er heiße.

Antwort: Schneider.

Was er von Beruf sei: Schuster.

Ob es ihm nicht seltsam vorkomme, wenn er Schuster sei und Schneider heiße.

Antwort: Der Professor hieße ja auch Specht und sei ein Gimpel.

Wer bei der Errichtung des Faches Politische Wissenschaften die Gimpel waren, hat Prof. Loewenstein nicht näher ausgeführt. Nach dem Gesetz, wonach sie angetreten, entwickelte sich die Politische Wissenschaft fort. Zunächst wurden sämtliche verfügbaren Lehrstühle mit ehemaligen Amerika-Emigranten besetzt, die bei ihrer Rückkehr nach Deutschland meist weder ihre amerikanische Staatsangehörigkeit noch ihre amerikanischen Lehrstühle aufgaben. In Süddeutschland wurden auf diese Weise etwa die Lehrstühle in Heidelberg (Friedrich), Freiburg (Bergsträsser), München (Voegelin), Stuttgart (Golo Mann) besetzt. Später rückten dann deren (meist in Amerika ausgebildete) Schüler auf.

In einem Nachruf der Akademie für Politische Bildung (Tutzing) auf den Inhaber des Freiburger Lehrstuhls lesen wir: "Sein gedrucktes wissenschaftliches Oeuvre seit seiner Rückkehr ist schmal. Für das akademische Bewußtsein, für das deutsche in besonderem Maße, ist aber der wissenschaftliche Erweis das Buch ... Der Professor ... hat die darin enthaltene Bestreitung seines Gelehrtentums selbst sehr ernst genommen. In der von ihm vollzogenen und mehrmals wiederholten Güterabwägung waren jedoch andere Gesichtspunkte gewichtiger ...

Vordringlich war es ihm, der Politischen Wissenschaft nach dem Abbrechen der in der 1. Republik begonnenen Bemühungen die Dignität der klassischen Universitätsdisziplinen und also ihren Einbau in das alte Gefüge der deutschen Universität zu verschaffen. Das ist durch keine noch so hervorragende wissenschaftliche Leistung eines Einzelnen zu erreichen, sondern, unter den Bedingungen eines Neubeginns, nur, indem an einigen Universitäten eine große Zahl von Studenten gesammelt, intensiv gefördert und zur Promotion und Habilitation geführt werden."

Das Fach Politische Wissenschaft hat bisher nichts hervorgebracht, was in der Geschichte der politischen Ideen, in die sich so mancher deutsche Nationalökonom, Jurist oder Historiker eingezeichnet hat, festgehalten zu werden verdient. Die verbissene Wut, mit der die Politologen gegen Carl Schmitt polemisieren, scheint nicht zuletzt daraus zu resultieren, daß diesem der Platz in der Geschichte der politischen Theorien sicher ist, um den sie sich vergeblich bewerben. Der Fernsehschirm verhilft eben doch nur zu Stundenruhm.

Da es ein Gesetz zu sein scheint, daß wissenschaftliche Leistung und politischer Einfluß sich umgekehrt proportional verhalten, ist den Politologen ein beträchtlicher Einfluß sicher. Wenn voller Optimismus erklärt werden kann:

"Die Existenz der deutschen Demokratie wird von der Sozialwirksamkeit der politischen Bildung abhängen" (F. M. Schmölz), dann zeigt sich, daß die Politische Wissenschaft (bei nicht-akademischen Adressaten Politische Bildung geheißen) jenes Medium der Charakterwäsche ist, das zur Zeit mit die besten Resultate zeitigt. ...<<

16.08.1946

WBZ: Der US-Politikwissenschaftler James K. Pollock (1898-1968, von 1945-46 Sonderberater der US-Militärregierung) erklärt am 16. August 1946 vor dem Länderrat (x111/205): >>... Im neuen Deutschland muß die Macht der Behörden geschwächt werden, wenn das Volk zum Kontrollorgan der Regierung werden soll.

Nach meiner Ansicht muß Deutschland politisch wie auch verwaltungsmäßig dezentralisiert werden, wenn dem Volk die Möglichkeit gegeben werden soll, seinen Einfluß auf die Staatsführung geltend zu machen.<<

Die US-Spruchkammer in Passau entnazifiziert am 16. August 1946 den Regierungsbaumeister Dipl. Ing. Josef P (x114/2.142): >>... Vor der Spruchkammer Passau hatte sich der 42jährige, ehemalige Regierungsbaumeister Dipl. Ing. Josef P., Passau, der Blutordensträger war und den Demonstrationszug am 9. November 1923 mitgemacht hat, zu verantworten.

In der SA bekleidete er seit 1932 den Rang eines Obersturmführers und war ... in zahlreichen anderen Nazi-Organisationen tätig. Sein Einkommen stieg von 1934 bis 1942 von 3.000 auf

40.000 Mark.

Der Betroffene führte zu seiner Entschuldigung an, daß er im Demonstrationszug am 9. November 1923 "als junger Esel" mitgelaufen sei.

Die Spruchkammer verurteilte ihn unter Einreihung in die Gruppe II zu 2 Jahren Arbeitslager und 75prozentigem Entzug seiner Vermögens.<<

Die US-Spruchkammer in Landshut entnazifiziert am 16. August 1946 den Steuerhelfer Martin K. (x114/2.142): >>... Der Steuerhelfer Martin K., Nicht-Parteigenosse, wurde von der Spruchkammer in die Gruppe der Aktivisten eingereiht, auf drei Jahre in ein Arbeitslager verwiesen und sein Vermögen zu 75 Prozent beschlagnahmt.

Wie die Beweisaufnahme ergab, wollte K. 1938 der Partei beitreten, wurde aber wegen seiner kriminellen Vergangenheit abgelehnt. Er hat sich jedoch, wie es in der Spruchkammerbegründung heißt, seit der Machtübernahme als Angehöriger mehrerer Naziorganisationen und als Denunziant aktiv für den Nationalsozialismus eingesetzt.<<

17.08.1946

WBZ: Die "Neue Presse" berichtet am 17. August 1946 (x114/2.142): >>... "Wenn ich die Herren von der Spruchkammer mal auf der Straße treffe, ich möchte ihnen ins Gesicht spucken, ich empfinde es als eine Gemeinheit, daß Deutsche sich für solche Arbeit hergeben".

Diese Äußerung machte der praktische Arzt Dr. Paul von D. am 1. Juli 1946. Er wurde deshalb durch die Spruchkammer Erding am 8. August mit einjähriger Bewährungsfrist und 5.000 Mark Sühne in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht.

Der Betroffene, der nie der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehörte, darf während dieser Zeit seine Praxis weiterführen.

Die Spruchkammer entschied einstimmig, daß durch den Ausspruch des Betroffenen der Tatbestand des Artikels 7/3 des Gesetzes erfüllt ist, in dem es heißt:

"Aktivist ist auch, wer nach dem 8. Mai 1945 durch Wirken für den Nationalsozialismus und Militarismus den Frieden des deutschen Volkes oder der Welt gefährdet".<<

23.08.1946

WBZ: Die britische Militärregierung löst am 23. August 1946 in der britischen Zone die Provinzen des ehemaligen Landes Preußen auf und gründet aus den Provinzen Rheinland und Westfalen das Land Nordrhein-Westfalen.

24.08.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 24. August 1946 aus Bayern (x124/223-225): >>... Seit zwei Wochen leben meine Eltern bei uns.

Mein Vater ist für seine 62 Jahre noch recht rüstig; den ganzen Tag rodet er im Wald Baumstümpfe. Wir werden in diesem Winter nicht frieren, sagt er, wenn ich einwende, daß diese Arbeit für sein Alter und unsere Ernährung viel zu schwer ist.

Alle Leute in der Kolonie und ein guter Teil der Stadtbevölkerung verbringen ihre Freizeit mit Holzsammeln. Der Wald sieht auch wie leergefegt aus und man muß schon weit hineingehen, um am Boden noch einen trockenen Ast zu finden. Am Abend sieht man ganze Scharen mit hochbeladenen Karren heimwärts ziehen.

... Täglich, entweder auf dem Wege zum Amt oder auf der Rückkehr, grase ich die Märkte ab, ob es nicht Gemüse zu kaufen gibt, während meine Freunde mit ländlichen Verbindungen auf der Jagd nach Kartoffeln sind, deren Transport mit der Eisenbahn oder mit Lastwagen durch ein unbegreifliches Gesetz verboten ist.

... Von Zeit zu Zeit komme ich in ein Flüchtlingslager oder besuche ein Dorf, wo Flüchtlinge einquartiert sind. Ich bin ja auf bescheidenste Weise motorisiert.

Die Menschen werden in die Dörfer gepreßt, weil es in den zerstörten Städten keine Unterkünfte für sie gibt. Oft weigern sich die Bauern, sie gegen Verpflegung mitarbeiten zu lassen, weil sie nicht kräftig genug sind. Denn die Leistungsfähigen werden von den Vertreibern zu-

rückgehalten und zu jenen Arbeiten herangezogen, für die sich diese nun, unter den gewandelten Umständen, zu gut halten.

Aber auch diejenigen, die durch den Luft- und Bodenkrieg, durch Plünderung und Entnazifizierung ihre Habe eingebüßt haben, sind nicht viel besser dran. Langsam, aber unentrinnbar fallen auch sie der Verelendung anheim, wenn sie nicht sehr zäh, lebenskräftig und erfindungsreich sind.

Für die ... 50- bis 60jährigen ist die Aussicht gering, bessere Tage zu erleben. Und was haben sie alles durchgemacht! Den Ersten Weltkrieg, die Niederlage, die Inflation, die Weltwirtschaftskrise, die Nazi-Zeit, den Zweiten Weltkrieg und den zweiten Zusammenbruch.

Was haben sie zu erwarten? Das ihr Land Kampfplatz zwischen den Weltmächten wird? Es ist wirklich kein gutes Los und sie sind um ihre gestiegene Lebenserwartung nicht zu beneiden.

In letzter Zeit hatte ich Gelegenheit, einige vor wenigen Jahren noch prominente Leute kennen zu lernen; Bildhauer, Schriftsteller, Verleger, Universitätslehrer. Über ihren Lebenstrümmern liegt kein Hoffnungsschimmer.

So bleiben meine Jahrgänge, reduziert durch den Krieg, aber dank geringerer Vergangenheitsbelastung lebensgierig um jeden Preis. Der Krieg hat sie realistisch und pragmatisch gemacht. Ihre soziale Verpflichtung fassen sie eng; zunächst wollen sie, daß ihre Familien überleben. ... Sie halten die Augen offen und warten ab. Das Überleben ist schon schwierig genug, auch für sie. Ein Engagement wird man ihnen erst abgewinnen, wenn man allen Chancen gibt und keine bloß negative Besatzungspolitik praktiziert.

Leid tun können einem die Kinder, die in diesem Milieu heranwachsen. Von Zeit zu Zeit veröffentlichen unsere Zeitungen die Ergebnisse von städtischen Schuluntersuchungen (ob es so etwas auf dem Lande gibt, weiß ich nicht, doch dürfte dort angesichts der vielen Flüchtlinge die Lage der Kinder noch trostloser sein). So hieß es gestern in einem Bericht aus Nürnberg, daß dort nur 14 % der Schulkinder als zureichend ernährt bezeichnet werden können; 30 % leiden an Hungerödemen. ...<<

Oktober 1946

WBZ: Aufgrund der großen Wohnungsnot beschließen die Briten im Herbst 1946, weitere Wohnräume zu beschlagnahmen (x021/465): >>... Die Notlage infolge des Wohnraummanagements ist außerordentlich ernst. Zahlreiche Flüchtlinge und Evakuierte sind menschenunwürdig untergebracht. In den nächsten Wochen werden weitere Flüchtlingstransporte eintreffen. Bis zum Eintritt des Winters, also binnen sechs Wochen, muß die größtmögliche Ausnutzung aller verfügbaren Räume zu Wohnzwecken mit allen Mitteln durchgesetzt werden. Es wird daher angeordnet:

1. Sämtliche vorhandenen Wohneinheiten sind nochmals streng durchzuprüfen, um Räume für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderer unangemessen untergebrachter Personen verfügbar zu machen.

2. Wohnungsinhaber dürfen nicht zugleich über Wohnräume und über hinreichende Schlafräume verfügen. Das gilt besonders dann, wenn Küchen von einem Flächenraum von mehr als 10 Quadratmetern zur Verfügung stehen, Geschäftsräume, Läden, Gastwirtschaften, Lagerräume und andere für Wohnzwecke geeignete Räume sind gegebenenfalls für die Unterbringung von Flüchtlingen freizumachen.<<

Franz J. Bauer berichtet Ende Oktober 1946 über die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern (x020/165-166): >>... Die bäuerliche Bevölkerung trug die Hauptlast der Beherbergung. Etwa jeder zweite Flüchtling in Bayern war auf einem Bauernhof untergebracht. Da die in der agrarischen Besitzstruktur Bayerns überwiegenden klein- und mittelbäuerlichen Anwesen schon nach ihren baulichen Anlage nicht geeignet waren, mehreren selbständigen Familien auch nur notdürftig abgeschlossene Wohneinheiten zu bieten, mußten sich Quartiergeber und Zwangsgäste zumeist konfliktträchtig die Benützung der zentralen Funktionsräume

(Küche, Kochherd, Waschküche, Waschgelegenheit, Abort etc.) teilen.

Dieses bis zur Ungeschiedenheit selbst der privatesten Lebensphäre enge Zusammenhausen einander zudem in aller Regel nach ihrer jeweiligen sozialen Charakteristik fremder Bevölkerungselemente belastete generell die Begegnung von Flüchtlingen und Eingesessenen – und dies um so mehr, als die Beschaffung von Privatquartieren und die Einweisung der Flüchtlinge in diese Wohnungen ausgesprochenen Zwangscharakter trug und angesichts der Not und der Umstände wohl auch tragen mußte.

Die Flüchtlingskommissare in den Landkreisen, strikt gehalten, möglichst keine Dauerlager entstehen zu lassen, verfahren bei der Requirierung von Wohnraum kraft ihrer Sondervollmachten mit einer Rigorosität, die bei der einheimischen Bevölkerung und bei den demgegenüber weitgehend ohnmächtigen Dienststellen der regulären Verwaltung gleichermaßen als "Diktatur" verschrien wurde.

Bei aller Beengtheit und Dürftigkeit gestalteten sich indes die Lebensumstände der privat einquartierten Flüchtlinge in der Regel wohl doch bereits erträglicher als die ihrer Schicksalsgenossen, die längere Zeit in Massenunterkünften verweilen mußten.

Auch im Windschatten der Autorität der Besatzungsmacht gelang es den Organen des Staatskommissars nicht zu verhindern, daß sich im Verteilungssystem ein Stau von Ausgewiesenen bildete, für die kein wie auch immer bescheidener Privatwohnraum beschafft werden konnte. Dieser Stau erreichte zum Zeitpunkt der Volkszählung Ende Oktober 1946 mit 146.000 Insassen in insgesamt 1.375 Lagern seinen Höhepunkt. ...<<

Der Landrat des Landkreises Bruchsal in Nordbaden, Werner Middelmann (1909-1985), berichtet damals über einige bemerkenswerte Erlebnisse, die er im Verlauf der Überprüfung von Vertriebenenunterbringungen erlebte (x024/189-190): >>... In der streng orthodox evangelischen Gegend herrschte einfache Kleidung vor. Die Bauersfrau und ihre Tochter saßen in ihrer Küche und machten schweigend Handarbeiten. Auf meine Frage "Haben Sie Vertriebene aufgenommen?" sagte die Frau, "Ja, die wohnen oben über uns."

Mit ihrer Einwilligung ging ich hinauf und traf auf eine lebhaft schlesische Familie. Auf meine Frage: "Verstehen Sie sich mit den Bauersleuten?" erfuhr ich: "Ja, es sind gute Leute. Sie haben uns sogar von ihrem kleinen Garten ein Stück zur eigenen Bewirtschaftung eingeräumt. Sie reden nicht viel, aber sie helfen, wo sie können."

Bevor ich das Haus wieder verließ, dankte ich noch im Erdgeschoß der Bauersfrau für die gute Aufnahme; ohne ein weiteres Wort sagte sie: "Das ist meine Christenpflicht."...

... (Besuch einer ehemaligen ostdeutschen Gutsbesitzerin, die in einer kümmerlichen Holzbaracke wohnt:) Der Raum war absolut schmucklos, bis auf eine hölzerne Kiste in der Mitte, auf der eine zerbrochene, große Vase mit frischen Blumen stand.

Auf meine Frage: "Wie groß ist ihre Familie?" erfuhr ich: "Wir sind zehn Personen, meine neun Kinder und ich selbst."

Ihr Mann berichtete sie, sei von den Sowjetrussen verschleppt worden und bisher nicht zurückgekehrt. In der Heimat besaß die Familie ein Gut mit 300 Hektar Land und konnte, als sie fliehen mußte, nur das nackte Leben retten.

"Mir geht es gut", sagte die Frau, "meine Kinder sind gesund und arbeiten. Der Kleinste kommt jetzt in die Schule, drei gehen zur Schule, und die älteren Kinder arbeiten bei den Bauern in der Umgebung. Sonntags treffen wir uns alle wieder hier in der Hütte. Uns geht es gut." ...<<

01.11.1946

WBZ: Die britische Militärregierung gründet am 1. November 1946 das Land Niedersachsen. Das neue Land Niedersachsen besteht aus den alten Ländern und Provinzen Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und Hannover.

18.11.1946

WBZ: Der britische Schriftsteller Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortet nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt") kritisiert in der "Neuen Zeitung" vom 18. November 1946 die britische Besatzungspolitik (x111/247): >>... Gebt der Bevölkerung genug zu essen, um sie gesund zu erhalten!

Beschlagnahmt nicht die guten Häuser für unsere Armee und für englische Frauen, während die Einheimischen in Ruinen leben!

Achtet die zivilen Rechte!

Unterstützt die demokratischen Parteien! Gebt der Demokratie eine Chance! ...<<

Die "Neue Zeitung" berichtet am 18. November 1946 über den Prestigeverlust der deutschen Sprache (x111/247): >>Wer heute außerhalb der Sprachgrenze Deutsch spricht, wird unwillig angesehen, auch wenn er neutrale oder alliierte Abzeichen angesteckt hat. ...<<

22.11.1946

WBZ: In Bremen protestieren am 22. November 1946 Betriebsräte gegen die Ausführung von weiteren Demontagen (x111/248): >>Wir sind nicht gewillt, uns zu unseren eigenen Totengräbern zu machen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böldcker (1933-2012) berichtet später über die Demontagen der Besatzungsmächte (x021/470-471): >>... Hunger und Not schienen für lange Zeit das Leben der Deutschen zu bestimmen: Denn die Besatzungsmächte begannen nach der Konferenz von Potsdam mit der Demontage deutscher Industrieanlagen, wie die Großen Drei es vereinbart hatten:

"Deutschland soll gezwungen werden, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen."

Stahlwerke, Röhrenwerke, Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, Werften wurden abgebaut und abtransportiert, die Sieger waren gründlich. Doch jedes Werk, das demontiert oder durch einen Eingriff in seine Eingeweide lahmgelegt worden war, bedeutete den Verlust von Arbeitsplätzen und zugleich die Verringerung der Möglichkeiten durch Produktion und Export industrieller Erzeugnisse Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln zu verdienen. So erreichte die industrielle Produktion Deutschlands in den ersten Jahren nach dem Krieg nur knapp ein Drittel dessen, was sie vor dem Krieg ausgemacht hatte.<<

26.11.1946

Berlin: Die französische Besatzungsmacht fordert am 26. November 1946 die Sprengung der Berliner Siegestsäule von 1871 (x116/150).

Alle deutschen Denkmäler, die angeblich den deutschen Militarismus und Nationalismus verherrlichen, sollen ebenfalls zerstört werden (x116/151).

19.12.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 19. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273): >>In der Amtsstube (herrscht) schreckliche Kälte; wir rückten so nahe an unseren Elektro-Ofen, daß unsere Kleider zu rauchen anfangen.

Mittags versuchte ich vergeblich, etwas zu erledigen. Die verhungerten und frierenden Leute, die in den Geschäften herumstanden, taten mir leid.

Nachmittags der Besuch eines Schauspielers, der seine Erlebnisse im US-Gefangenenlager Heilbronn erzählte. Sie waren den Tschechen-Greueln durchaus ebenbürtig, die wir durch Monate übersetzt hatten.

Zu Hunderten ließ man die Gefangenen verhungern, während die Wachen die ihnen abgenommenen Lebensmittel vernichteten. Armlose, Beinamputierte versanken im Morast, ohne daß man den Gesunden gestattete, ihnen beizustehen – und das nicht etwa im Rachetaumel der

ersten Wochen, sondern Monate hindurch, in systematischer Vernichtungswut.

Die Ereignisse in einem besiegten Land sind wahrlich nicht dazu angetan, das Schuldgefühl des Besiegten zu stärken. ...<<

20.12.1946

WBZ: Der deutsche Historiker Karl Jering (1914-1990) berichtet am 20. Dezember 1946 aus Bayern (x124/273-274): >>Wiederum ganz paralysiert durch die Kälte, die sich um -15° Celsius bewegt und entgegen den Voraussagen weiter anhält. Seit vorgestern besteht unsere Heizung wieder ausschließlich aus dem kleinen elektrischen Ofen, in den wir abwechselnd hineinkriechen. ...

Morgens (war ich) mit Vater beim Arbeitsamt. Die Angestellten, in Mantel und Hut, verheizten alte Karteien. Ein Einarmiger gab meinem Vater für die nächsten 10 Monate die Stempel auf seine Arbeitskarte. Wenn das Stempeln wiederum fällig wird, ist er 62 Jahre alt und der Gefahr der Zwangsarbeit enthoben. ...

... Die Nacht war noch frostiger als die vorhergehenden (Nächte).

Mehrere hundert Deutsche überquerten den zugefrorenen Bodensee und verschwanden in der Schweiz. Diese hat jetzt Wachen in der Mitte des Sees aufgestellt, die ein Einsickern unerwünschten Bevölkerungszuwachses verhindern sollen.

Der Stettiner Hafen ist vom Sowjetischen Kommandanten an die polnische Verwaltung übergeben worden. ...

Alle Stadtgebiete Hamburgs erhalten fortab am Tage nur 2 Stunden lang elektrischen Strom. ...<<

Australien: Die australische Regierung betont am 20. Dezember 1946, daß man im Rahmen der Reparationsabkommen möglichst viele deutsche Wissenschaftler nach Australien holen will (x111/259).

31.12.1946

WBZ: Josef Kardinal Frings (1887-1978, 1942-69 Erzbischof von Köln) erläutert am 31. Dezember 1946 während seiner Predigt im Kölner Dom das siebente Gebot "Du sollst nicht stehen ..." (x111/261): >>... Wir leben in Zeiten, da in der Not auch der einzelne das wird nehmen dürfen, was er zur Erhaltung seines Lebens und seiner Gesundheit notwendig hat, wenn er es auf andere Weise durch seine Arbeit oder durch Bitten nicht erlangen kann.<<

Belgien: Die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 31. Dezember 1946 in Brüssel, daß die deutschen Reparationslieferungen des letzten Jahres 14 vollständige Industrieanlagen, 17 teilweise demontierte Industrieanlagen und 227 Handelsschiffe umfassen (x111/263).

USA: US-Präsident Truman verkündet am 31. Dezember 1946 die "Beendigung der Feindseligkeiten des Zweiten Weltkrieges" und läßt mehrere Kriegs- und Notverordnungen außer Kraft setzen (x028/163): >>Obwohl noch ein Kriegszustand besteht, ist es heute möglich zu erklären, ... daß die Feindseligkeiten beendet sind.<<

Die bisherige nordamerikanische Besatzungspolitik wird jedoch nicht grundlegend verändert.

WBZ: Der britische Feldmarschall Montgomery erklärt während einer Rede im Jahre 1946 (x268/32): >>... Die deutschen Lebensmittelbeschränkungen werden bleiben. Wir werden sie bei 1.000 Kalorien halten. ... Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die Hungerrationen der Nachkriegszeit (x063/619): >>Das Wort "Kalorien" war ein wichtiger Begriff des täglichen Lebens. Noch im Frühling 1945 erhielt der "Normalverbraucher" über 2.000 Kalorien täglich, gegen 2.000 bis 3.000 vor dem Kriege. Dann sank die Kalorienmenge für die anglo-amerikanische Zone auf 1.550 – 1946 und 1947 in Wirklichkeit für längere Zeit auf 700 bis 1.200. Es kann nicht wundern, daß bei dieser Ernährungslage allein in der anglo-amerikanischen Zone im Sommer 1947 wenigstens 40.000 Fälle offener Tuberkulose auftra-

ten. ...<<

Der Bayerische Staatskommissar für das Flüchtlingswesen meldet, daß man im Jahre 1946 in der US-Besatzungszone insgesamt 1.111 Eisenbahnzüge mit 1.183.370 Ausgewiesenen aus der Tschechoslowakei registriert hat. 661 Transporte gehen nach Bayern und 450 Transporte nach Hessen sowie Württemberg-Baden. Ferner werden noch etwa 100.000 Sudetendeutsche, die man bereits 1945 nach Österreich ausgetrieben hat, in die nordamerikanische Besatzungszone abgeschoben (x004/123).

Infolge der großen Kälte lehnt es die britische Militärregierung ab, weitere polnische Vertreibungstransporte abzufertigen, so daß zahlreiche überfüllte Güterzüge nach tagelanger Fahrt umkehren müssen.

Ein Minister der vorläufigen Volksvertretung Württemberg-Badens warnt im Jahre 1946 vor dramatischen Flüchtlingsproblemen in Deutschland (x024/206-207): >>Wollte man uns im Osten die wichtigsten Erzeugungs- und Überschußgebiete wegnehmen und 60 bis 70 Millionen Deutsche in einem nicht lebensfähigen Rumpfdeutschland zusammenpressen, so wäre es die Atombombe für die deutsche Demokratie und für ein friedliches und harmonisches Mitteleuropa. ...

Das Flüchtlingsproblem ist keine Frage mittlerer Ordnung, die mit kleinen Hilfsmitteln zu lösen wäre. Es ist vielmehr ein einmaliges, in das nächste Jahrzehnt hineingreifendes, sehr kompliziertes bevölkerungspolitisches und soziologisches Zentralproblem, das unsere Volks- und Wirtschaftsstruktur aufs tiefste beeinflußt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die katastrophalen Lebensbedingungen des Jahres 1946 in Deutschland (x021/466-468): >>... Deutschland hungerte.

Die Bevölkerung der amerikanischen Besatzungszone erhielt in den ersten Jahren nach dem Krieg nur noch knapp 2 Drittel der Nahrungsmittel der Vorkriegszeit, die Bevölkerung der britischen Besatzungszone nicht viel mehr als die Hälfte.

Der Pein des Hungers lehrte die Deutschen, was die Gebiete östlich von Oder und Neiße für ihre Ernährung bedeuteten hatten.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 470 Kilogramm Roggen erzeugt worden – rund viermal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Dort waren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 3 Tonnen Kartoffeln geerntet worden - fünfmal soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Und dort waren, wieder pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, 620 Liter Milch jährlich produziert worden, fast doppelt soviel wie im Durchschnitt des Reichs.

Die deutschen Ostgebiete hatten das Deutsche Reich mit einem Viertel seines gesamten Getreideverbrauchs, eines Viertel seines Hackfruchtverbrauchs und mehr als 40 Prozent seines Verbrauchs an Hülsenfrüchten versorgt. Das Land, auf dem all dies geerntet worden war, die Weiden, auf denen das Vieh gegrast hatte, und das Vieh selbst, die Pferde, die Rinder, Schweine – all dies stand jetzt für die Ernährung Deutschlands nicht mehr zur Verfügung.

Die meisten Deutschen hatten in jenen Tagen nicht genug zu essen, die meisten Flüchtlinge aber litten bitteren Hunger. Sie verfügten nicht – wie viele Einheimische - über "Beziehungen" – jene Kenntnisse von Personen und Umständen, die den Zugang zu zusätzlicher Nahrung öffnen konnte. Und so hatten sie nichts, was sie gegen Lebensmittel hätten eintauschen können.

Hunger trieb Flüchtlingskinder dazu, in den Städten die Abfalltonnen auf der Suche nach Nahrungsresten zu durchwühlen. Mitleidige US-Soldaten in Berlin stellten in den Höfen der Gebäude, in denen sie wohnten, dreierlei Tonnen auf – eine für "eßbaren Abfall", eine zweite für "nicht eßbaren Abfall", eine dritte für "ausschließlich Müll".

Das Hilfswerk der evangelischen Kirche in Deutschland wandte sich 1946 in einem Aufruf an

Menschen im Ausland mit der Bitte um Hilfe: "Hunger ist mehr als Nichtsattwerden!
Hunger, das heißt: Zu schwach zum Arbeiten, zum Lernen, zum Bestehen im Leben ... zu schwach, um auch die leichteste Krankheit zu überstehen. ...

Hunger, das heißt: Gelähmter Lebenswille und Lebensmut, Gleichgültigkeit gegen das eigene Schicksal, gegen den Mitmenschen, gegen Gottes Schöpfung."

Die Flüchtlinge litten nicht nur ärger unter dem Hunger als die Menschen, die in Westdeutschland zu Hause waren, sie erschienen in aller Regel auch abgerissener, oft zerlumpt. Ihre Besitzlosigkeit und härtere Armut waren augenfällig: Zum Beispiel hatte eins von zehn Flüchtlingskindern, die 1946 eine Schule in der Stadt Oldenburg besuchten, nicht einmal ein Hemd, eins von fünf keine Strümpfe, eins von vier keine Schuhe.

Im Jahre 1946 auch stellten die Flüchtlingskommissare in der amerikanischen Besatzungszone fest, daß sie nur jeden zehnten Vertriebenen oder Flüchtling, der ins Land kam, mit Bekleidung und Wäsche, Decken und Matratzen versorgen konnten, und jeden siebten mit einem Bett, nur jeden zwanzigsten mit einem Ofen oder Herd und nur jeden hundertsten mit einem Topf, einem Teller, einem Besteck. ...<<

Die deutsche Schauspielerin und Kabarettistin Ursula Herking (1912-1974) erinnert im Jahre 1946 mit ihrem erfolgreichen "Marschlied 1945" an das große Elend der Nachkriegszeit (x115/238):

>>In den letzten dreißig Wochen
Zog ich sehr durch Wald und Feld.
Und mein Hemd ist so durchbrochen,
daß man's kaum für möglich hält.
Ich trag' Schuhe ohne Sohlen,
und der Rucksack ist mein Schrank.

Meine Möbel hab'n Polen
und mein Geld die Dresdner Bank.
Ohne Heimat und Verwandte,
und die Stiefel ohne Glanz, -
Ja, das wär nun der bekannte
Untergang des Abendlands!<<

Ein französischer Journalist, der im Jahre 1946 durch die britische Besatzungszone reist, berichtet (x114/1.142-143): >>Nichts verursacht so viele Angst- und Wahnvorstellungen wie eine Reise durch ein Land, das in Trümmern liegt.

In Hannover bestieg ich die Straßenbahn vor dem Hauptbahnhof und fuhr fast eine Stunde lang Kilometer für Kilometer an ausgebombten Häusern, Ruinen und verbrannten Gebäuden vorbei. In Bremen war es das gleiche. In Köln und Hamburg dann wieder dieselbe Erfahrung.

...

Die Tagesrationen, von denen die Menschen lebten, waren absurd. In Essen war ich bei einer Familie, deren junge Tochter frühmorgens zur Arbeit ging. Sie nahm eine einzige Scheibe Brot und eine Tomate als Essen für den ganzen Tag mit.

Die ganze Sache kam mir wie ein expressionistischer Film vor, den man nach 1918 in Deutschland gedreht hatte – in einer feindlich-grausamen und irrealen Atmosphäre.<<

01.01.1947

WBZ: Die nordamerikanische und die britische Besatzungszone werden am 1. Januar 1947 zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt (sog. "Bizone").

Konrad Adenauer erklärt am 1. Januar 1947 in einem CDU-Aufruf, daß kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben werde, in dem man die Oder-Neiße-Linie anerkennen müßte (x111/269).

In der nordamerikanischen Zone werden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt.

Alle deutschen Erwachsenen (ab 18 Jahre) werden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigert, diesen Fragebogen auszufüllen, erhält kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" enden mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es ist die Zeit der sog. "Jagd nach Persilscheinen" ("Persilscheine" = Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Persilschein" (x051/441):
>>Persilschein, nach dem bekannten Waschmittel gebildete ironische Bezeichnung für Ehrenerklärung ("weißwaschen").

Der Begriff entstand während der Entnazifizierung, als positive Aussagen für Betroffene von anerkannten Gegnern des Nationalsozialismus, am besten von einem ehemaligen KZ-Häftling, buchstäblich hoch im Kurs standen. Es entwickelte sich ein verzweigtes Gefälligkeitssystem, das die ohnehin problematischen Entnazifizierungsmethoden weiter in Verruf brachte.<<

Die schwierige Beweislage führt häufig zu Ungerechtigkeiten. Ungezählte Personen, die über Beziehungen und finanzielle Mittel verfügen, haben keine großen Probleme, ihre "Unschuld" bestätigen zu lassen. Als besonders ungerecht wird empfunden, daß zunächst nur die leichteren Fälle entnazifiziert werden, weil man "die größeren Nazis" erst später zur Verantwortung ziehen will.

Die "Demokratisierung der Gesellschaft" und die vollständige Ausschaltung der ehemals aktiven Nationalsozialisten wird in Westdeutschland nicht realisiert. Während "kleine Mitläufer" relativ hart bestraft werden, entgehen viele führende Personen des NS-Regimes einer Bestrafung. Die Entnazifizierung wird von den meisten Deutschen als ungerechte "Umerziehung" betrachtet und verachtet.

Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schreibt damals über die Entnazifizierung (x115/239): >>Es steht mir natürlich kein Urteil zu. Aber, es ist das unangenehme Gefühl, daß man nicht mehr weiß, wer ist nun belastet und wer entlastet und wer ist Ankläger und wer ist Mitläufer. Vielleicht ist es in ein paar Jahren soweit, daß man auch da einen Schlußstrich macht.

Ich denke mir die Krönung der Entnazifizierung, daß die Spruchkammern vielleicht noch entnazifiziert werden, und wenn, dann wird man die Sache von vorn anfangen. Aber es muß mal zu einem Ende kommen.<<

Der deutsche Journalist Reinhard Henkys (1928-2015) schreibt später über die Probleme der Entnazifizierung (x129/161-162): >>Die Spruchkammern hatten zunächst damit begonnen, sich jenen – zum Teil auf Grund automatischen Arrests in Lagern einsitzenden – Personen zuzuwenden, von denen sie annahmen, daß sie als gering Belastete einzustufen wären, um ihnen nicht eine unzumutbar lange Haft aufzubürden.

Tatsächlich schnitten diese dadurch schlechter ab, daß das Gesetz zunächst mit Strenge gehandhabt wurde. Als schließlich die vermutlich Hauptbelasteten in größerer Zahl vor die Kammern kamen, hatte die öffentliche Meinung sich bereits grundlegend gewandelt, und die meisten von ihnen erhielten nur noch formale Strafen.

Abgesehen von den bei einem formellen Verfahren unvermeidlichen Fehlern in der Bemessung von Schuld und Strafmaß hatte das Entnazifizierungssystem die bedenkliche Folge, daß zahlreiche tatsächlich verbrecherischer Handlungen Schuldige nicht zur Verantwortung gezogen wurden und - mit dem Entnazifizierungsbescheid in der Tasche - bald wieder Positionen im öffentlichen Leben einnehmen konnten.

Die Spruchkammern waren nicht in der Lage, die ihnen in allzu großer Zahl zugeführten frü-

heren Nationalsozialisten der Verbrechen zu überführen, deren sie in Wirklichkeit schuldig waren.

Das sog "Persilscheinsystem" kam in Schwung. Da die Spruchkammern nicht Schuldige ihrer Schuld zu überführen hatten, sondern die Angeschuldigten sich vor diesen Gremien "reinwaschen" mußten, besorgte sich jeder, der es irgend konnte, von früher verfolgten Menschen, von kirchlichen Stellen usw. schriftliche Bezeugungen, daß er verfolgten Menschen geholfen, abfällige Äußerungen über das nationalsozialistische System gemacht oder passiven Widerstand geleistet habe. ...

Ebenso schädlich war die psychologische Folge des Entnazifizierungssystems. Da praktisch durch die kollektive Verfolgung das ganze Volk unterschiedslos unter Anklage gestellt war, blühte die Selbstrechtfertigung auf. Man identifizierte zudem weithin die Spruchkammerverfahren mit den ordentlichen Prozessen und lehnte in der Folge die Suche nach nationalsozialistischen Verbrechern weithin ab.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtet später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... (133) zum Teil schlichtweg törichten Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11.674.152 Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Entnazifizierung" (x051/154-155): >>Entnazifizierung, Entfernung von Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und führenden Positionen der Wirtschaft nach 1945 in Deutschland (und Österreich); im weiteren Sinne auch die "Säuberung" des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens von nationalsozialistischem Gedankengut.

Ziel der von den USA konzipierten Entnazifizierung war, die personellen und ideellen Grundlagen des Nationalsozialismus und seines Herrschaftssystems völlig zu beseitigen und so die Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands zu schaffen.

Schon auf ihrer Konferenz in Jalta (Februar 45) hatten die Alliierten die Entnazifizierung zu einem Hauptziel ihrer Politik im besiegten Deutschland erklärt; im Potsdamer Abkommen vom 2.8.45 ordneten sie folgende Entnazifizierungsmaßnahmen an:

- 1) Auflösung der NSDAP, ihrer "Gliederungen und Unterorganisationen";
- 2) Verbot "jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda";
- 3) Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetze;
- 4) Verhaftung und Internierung der nationalsozialistischen Parteiführer, "einflußreicher" Anhänger des Nationalsozialismus, der Leiter der nationalsozialistischen Ämter und Organisationen "und aller anderen Personen, die für die Besetzung (Deutschlands durch die Alliierten)

und ihre Ziele gefährlich sind";

5) Entfernung aller mehr als bloß nominellen Mitglieder der NSDAP und "aller Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen", aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern sowie aus Führungspositionen der Privatwirtschaft;

6) völlige Reinigung des Erziehungs- und Bildungswesens von "nazistischen und militaristischen Lehren" und dessen Überwachung (Reeducation).

Die Entnazifizierung wurde zunächst auf der Grundlage der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Gesetze, insbesondere Nr. 1 (vom 20.9.45) und Nr. 2 (vom 10.10.45), durchgeführt, am intensivsten in der amerikanischen Zone. Hier mußte jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes oder einer sonstigen höheren Stellung und jeder Bewerber dafür einen ausführlichen Fragebogen ausfüllen; aufgrund seiner Angaben wurde der Betreffende in eine von sechs Kategorien ("automatisch zu arretieren", "entlassungspflichtig", "Entlassung empfohlen", "Entlassung nicht empfohlen", "kein Beweis für NS-Aktivitäten" oder "Anti-NS-Aktivität bewiesen") eingestuft.

Dieses durch Kontrollratsgesetz vom 25.12.45 auch auf die anderen Besatzungszonen übertragene, dort aber nur teilweise durchgeführte Entnazifizierungsverfahren wurde schon Ende 45 revidiert, wohl auch deshalb, weil es zu einem akuten Personalmangel v.a. in der öffentlichen Verwaltung führte.

Das von der Landesregierung der US-Zone erlassene "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialisten und Militarismus" vom 5.3.46 teilte die (ehemaligen) Nationalsozialisten (ohne die eines Kriegsverbrechens Beschuldigten) in fünf Kategorien ein: 1) Hauptschuldige, 2) Belastete, 3) Minderbelastete, 4) Mitläufer, 5) Entlastete.

Die Entnazifizierung wurde lokalen deutschen "Spruchkammern" übertragen, die der Aufsicht der "Befreiungsministerien" der Länder unterstanden. Die Kontrollratsdirektive vom 12.10.46 übertrug dieses Verfahren auch auf die anderen Zonen.

Die v.a. von den Kirchen und den konservativen deutschen Parteien kritisierte Entnazifizierung mit ihrer Persilschein-Korruption wurde seit Ende 47 gemäßigt: Die US-Militärregierung gewährte jungen und sozial schwachen Betroffenen eine Amnestie (rund 2,8 Millionen Fälle); der französische Militärgouverneur amnestierte alle bloß nominellen Nationalsozialisten (Verordnungen vom 17.11.47 und 13.7.48); in der sowjetischen Zone hatte schon ein Befehl der Militärregierung vom 16.8.47 die bloß nominellen Nationalsozialisten mit den übrigen Bürgern gleichgestellt; der Befehl vom 26.2.48 beendete dort die Entnazifizierung.

Nach Gründung der Bundesrepublik (September 49) ging die Zuständigkeit für die Entnazifizierung in Westdeutschland völlig auf die Länder über; doch wurden nur noch Personen der Kategorien 1 und 2 weiter verfolgt und auch diese zum Großteil amnestiert. Die in allen Ländern zwischen 1949 und 54 erlassenen "Abschlußgesetze" schränkten die Entnazifizierung und ihre Folgen weiter ein: Aufgrund des sogenannten 131er-Gesetzes vom 11.5.51 (Ausführungsgesetz zum Artikel 131 Grundgesetz) wurden fast alle von der Entnazifizierung betroffenen Beamten wieder eingestellt.

In der DDR stellte das Gesetz vom 2.10.52 alle ehemaligen Nationalsozialisten (außer den "Kriegsverbrechern") rechtlich mit den übrigen Bürgern gleich.

Nach einer Aufstellung des Bundesinnenministeriums vom Februar 50 wurden von der Entnazifizierung in den westlichen Zonen bzw. der Bundesrepublik rund 6,08 Millionen Menschen betroffen. Davon wurden fast 1.700 in die Kategorie 1, rund 23.000 in 2, rund 150.400 in 3 und rund 1,006 Millionen in 4 eingestuft; bei 3,939 Millionen wurde das Verfahren eingestellt. Insgesamt gingen so fast 98 % der Betroffenen als "Entlastete" oder bloße "Mitläufer" aus den Entnazifizierungsverfahren hervor.<<

13.01.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 13. Januar 1947 über die Folgen des außerordentlich strengen Winters (x114/2.172): >>Die Auswirkungen der Kohlennot und Kältewelle fordert zahlreiche Todesopfer. Der Kohlenmangel und die Krise in der Stromversorgung haben in Verbindung mit der jetzt allmählich nachlassenden Kältewelle in allen Teilen Deutschlands eine überaus ernste Lage geschaffen, die die ohnehin geschwächte Widerstandskraft des deutschen Volkes auf eine harte Probe stellt.

Im Personenverkehr treten in der US-Zone am 31. Januar verschiedene Einschränkungen in Kraft. Die Zahl der Schnellzüge wird um die Hälfte vermindert.

Nach einer Mitteilung der Oberbetriebsleitung Frankfurt am Main reichen die Kohlenvorräte nur noch fünf Tage. Die Ruhrkohlenlieferungen für die US-Zone werden nicht eingehalten werden können.

Aus diesem Grund werden in Bayern für Schulen, Theater, Kinos und andere Vergnügungstätten im Januar und Februar keine Kohlen zur Verfügung stehen. Wo der Kohlenvorrat bereits aufgebraucht ist, ist der Schulbetrieb eingestellt worden. ...<<

18.01.1947

WBZ: Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schreibt am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

25.01.1947

WBZ: Der Chef der französischen Such- und Umsiedlungskommission schlägt am 25. Januar 1947 im Hauptquartier in Baden-Baden vor, elternlos gewordene Vertriebenenkinder nach Frankreich zu überführen, um sie dort von französischen Adoptiveltern erziehen zu lassen. Die Herkunft der Kinder soll verschwiegen werden (x153/53).

Januar 1947

Großbritannien: Anfang 1947 erklärt ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:

- a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
- b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem Verhungern bewahren.
- c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ... Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...

Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<

25.02.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat führt am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erlassen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser will-

kürlichen Auflösung Preußens handelt es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

18.03.1947

USA: Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist ist, veröffentlicht am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.

Der Hoover-Bericht fordert in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtet später über den Hungertod der Deutschen in den westdeutschen Besatzungszonen (x131/227-228): >>... Als der frühere Präsident Herbert Hoover 1946 in Deutschland war, stellte er fest, daß es unter den US-Offizieren weiterhin viele Gerüchte um die Situation in Deutschland gebe. Laut einem Hoover vorgelegten Bericht des US-Geheimdienstes " kann man den Zahlen über die wirtschaftliche Leistung nur zu einem Fünftel glauben, ... der Rest ist gefälscht, um mit den Spitzenzahlen einen guten Eindruck zu erwecken. Das niedere Personal ist vom Morgenthau-Plan durchdrungen.

Diese Politik hieß Hungertod, sowohl in den Gefangenenlagern als auch generell in der Zivilbevölkerung. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden hat die vorsichtige Schätzung geäußert, daß von den 15 Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, die nach dem Krieg aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, dem Sudetenland, aus Polen, der Tschechoslowakei usw. vertrieben wurden, 2,1 Millionen Zivilisten gestorben seien. Viel mehr noch starben unter den deutschen Zivilisten, die nicht deportiert wurden.

Trotz der weltweiten Lebensmittelknappheit von 1946 ist es klar, daß die alliierte Politik länger als ein Jahr, von Mai 1945 an, die Deutschen wissentlich bei dem Versuch hinderte, sich Lebensmittel zu beschaffen und zu exportieren, um die Lebensmittelimporte zahlen zu können. Auch wurde anfangs keine Hilfe von Wohltätigkeitsverbänden zugelassen.

Die Regierungen Schwedens und der Schweiz versuchten 1945, Lebensmittel nach Deutschland zu schicken. Beiden Regierungen wurde das verboten. Während die Alliierten die ganze Zeit über fehlende Mittel klagten, lieferten sie selbst den Deutschen Weizen. Jedoch nicht annähernd genug, um den Wert der demontierten Fabriken auszugleichen. Nicht einmal genug, um viele vor dem Hungertod zu retten. Gerade genug, um eine kommunistische Revolution abzuwehren.

Es ist mit Sicherheit an der Zeit, mit all den Vermutungen und Lügen aufzuhören. ... In der gesamten westlichen Welt sind entsetzliche Greuelthaten gegenüber Armeniern, Ukrainern und Juden bekannt. Nur die Greuelthaten gegenüber den Deutschen werden abgestritten. Sind die Deutschen in unseren Augen keine Menschen? ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtet später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und

Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die völkerrechtswidrigen Handlungen in den westdeutschen Besatzungszonen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den Westalliierten nicht zu stören oder zu gefährden.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 9. August 2008) über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...):

>>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...

Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie." Der Bericht zerpflückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" (Level of German Economy Plan) vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen". Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument. Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach dem Level of German Economy Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!

Die Liste der "Verbotenen Industrien" ("um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen") war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsuperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden! "Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<

24.04.1947

Belgien: Die Interalliierte Reparationskonferenz legt am 24. April 1947 in Brüssel die jeweiligen Länderanteile an den westdeutschen Reparationslieferungen fest (x111/309-310):

>>Albanien = 0,4 %,

Belgien = 3,6 %,

Tschechoslowakei = 3,65 %,

Frankreich = 19,4 %,

Indien = 2,45 %,

Niederlande = 4,75 %,

Norwegen = 1,6 %,

Großbritannien = 27,78 %,

Jugoslawien = 8,1 %,

Australien = 0,8 %,
 Kanada = 2,5 %,
 Dänemark = 0,3 %,
 Ägypten = 0,1 %,
 Griechenland = 3,5 %,
 Luxemburg = 0,27 %,
 Neuseeland = 0,5 %,
 Südafrika = 0,4 %,
 USA = 19,9 %.<<

29.04.1947

USA: Außenminister George Marshall kritisiert am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

30.04.1947

USA: Außenminister George Marshall beauftragt am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

05.06.1947

USA: US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959, Verfasser der "Truman-Doktrin = wirtschaftliche Hilfe - Waren und Kredite - für nichtkommunistische Länder) stellt am 5. Juni 1947 das nordamerikanische Hilfsprogramm für Europa vor.

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, beginnt ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern.



Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?

Abb. 76 (x067/204): Plakat der SED, 1947

Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 1,5 Milliarden Dollar (x073/225). Die Nordamerikaner können die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielen. Von 1938-47 kann Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage ist, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Marshall-Plan (x068/275-278): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden.

Man pumpte also zwischen 1948 und 1952 rund 13 Milliarden ins christliche Abendland: 3,1 Milliarden für Großbritannien, 2,6 Milliarden für Frankreich, 1,4 Milliarden für Italien, 1,3 Milliarden für Westdeutschland, 1,0 Milliarden für die Niederlande, um nur die Spitzenempfänger zu nennen. Mit humanitärer Hilfe hatte das so gut wie nichts zu tun, so gut wie alles aber mit geschäftlichen und machtpolitischen Bedürfnissen – selbst da, wo man nicht langfristige Kredite dafür nahm, sondern sogar schenkte.

Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".

Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederauf-

rüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.

"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. Und natürlich treibt er sie nur für jene, die bereit sind, sich in seinem Sinn, für seine Sache, seine Geschäfte zu engagieren. So sagte Dean Acheson, seit 1949, dem Rücktritt Marshalls, neuer Außenminister, über das Auslandshilfeprogramm seines Staates: "Menschen, die unseren Glauben teilen, wollen wir helfen, weiterhin so zu leben, wie sie leben wollen."

Doch wehe, wenn sie diesen Glauben nicht teilen!" Unser" Glaube muß es schon sein. Und "unser" Interesse. Und "unser" Profit.

Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentiell Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. Und ist es nicht gut angeschlagen?

Ja: "... was unsere amerikanischen Freunde in der Stunde der Not für uns taten" – das taten sie für sich, Mr. Kohl.

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert.

Am 20. Januar 1949 erweiterte dann Truman im vierten Teil seiner Antrittsrede die in Europa bereits so bewährte technische und finanzielle Hilfe auch auf die "unterentwickelten" Gebiete der Welt (dann feiner "Entwicklungsländer" genannt: erst hatte man sie - meist "Kolonien" - aufs Äußerste geschröpft; darauf, fortschrittlicher, das große Schröpfen zeitgemäß entwickelt). Natürlich sollte die Hilfe, die Entwicklung, auch dem Entwickelnden selbst etwas zugute kommen, ihm sogar, offen gesagt, zuerst und am meisten, denn sonst könnte er sich ja gar nicht, noch dazu so groß, entwickeln.

Und flössen dabei auch Millionen um Millionen Dollar vor allem in die Taschen der Herrschenden vieler Entwicklungsländer, so war dies gewiß mit einkalkuliert. (Man braucht Verbündete - und wer herrscht viel Geld, um vor Bestechungen sicher zu sein.) Hauptsache die Rechnung im Ganzen ging auf. Ende 1959 hatten die diesbezüglichen Gesamtausgaben bereits eine Höhe von 72,5 Milliarden erklommen.

Leider konnte man nur einen Teil Deutschlands befreien. Zwar war dieser Teil zunächst größer, doch trat man dann Teile des Teils, die man schon in Händen hatte, rücksichtsvollerweise den Russen ab. So konnten sich da und im übrigen Mitteldeutschland seit dem 22. April 1946 die echten Sozialisten (SED) entfalten, darauf auch allerlei Enteignungsmaßnahmen, Bodenreformen etc. Schließlich gab es Währungsreformen hier und dort, und endlich war die Spaltung perfekt. Jede Seite hatte einen Brocken, und die Welt war sicherer. Sogar Deutschland war sicherer vor sich selbst - jedenfalls so lange, bis es sich wieder vereinigte.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründet später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt.

...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Jede einzelne Frage, die im Zusammenhang mit der Schaffung einer festen und dauerhaften Friedensordnung auftaucht, spiegelt sich in irgend einer Weise in dem unruhigen Teile Europas wider, der zwischen der Weichsel und dem Rhein liegt. Zwischen diesen beiden Strömen müssen Ost und West sich begegnen, sich die Hände reichen und sich in Freundschaft und Frieden an die Arbeit machen.

Ist das nicht der Fall, dann gibt es keinen Frieden für die Welt. Gewiß, zwischen Rhein und Weichsel kann der Frieden nicht in seiner umfassenden Ganzheit geschaffen werden, aber er kann dort so verloren werden, daß es überhaupt kein Heilmittel mehr gibt.

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an Deutschland und an seiner Zukunft nicht allein, weil Deutschland die Stelle ist, von der alle Unruhe in Europa ausging. Es ist vielmehr der Punkt, an dem der Hebel angesetzt werden muß zu einer Neuordnung und zu einer Gesundung der ganzen europäischen Wirtschaft.

Geographie, Geologie und moderne Technik haben Deutschland in dem Leben von ganz Europa eine Schlüsselstellung gegeben. Es mag uns passen oder nicht, die deutschen Ströme und die deutschen Verkehrswege sind Zugang zum Herzen des Kontinents, die deutschen Bergwerke versorgen Westeuropa mit Kohle. Das deutsche Volk stellt auch noch heute in der Niederlage die größte Zahl von Facharbeitern in Europa.

Alle diese Elemente machen zusammen aus Deutschland einen Hauptfaktor der europäischen Produktionskapazität, aber auch einen der wichtigsten Märkte für den Absatz von Waren, die in anderen Ländern hergestellt werden. ...

Kohle ist das Herz der modernen Industriewirtschaft, aber es gibt nur wenige Völker auf der Erde, die ihren Kohlenbedarf im eigenen Lande decken können. Abgesehen von Rußland sind alle europäischen Völker auf Kohlenlieferungen aus den 3 Kohlenüberschußgebieten angewiesen.

Diese 3 Überschußgebiete waren Großbritannien, das deutsche Ruhrgebiet und Oberschlesien. Zwei von diesen Kohlengebieten fallen im Augenblick aus oder können nicht in sichere Rechnung gestellt werden.

Großbritannien, das früher 78 Millionen Tonnen im Jahre exportierte, hat heute Schwierigkeiten, den eigenen Bedarf aus der eigenen Produktion zu decken. Oberschlesien, das während des Krieges für die Nazis angeblich 100 Millionen Tonnen pro Jahr förderte, steht jetzt unter polnischer Herrschaft, und die oberschlesische Förderung wird aller Wahrscheinlichkeit nach und nach Rußland oder nach solchen Ländern gehen, die an die russische Wirtschaft angeschlossen sind. Diese Tatsache wird dadurch nicht verschleiert werden können, daß oberschlesische Kohle auch gelegentlich nach anderen Ländern verkauft werden mag.

So bleibt für ganz Westeuropa als Kohlenbasis mit exportfähigem Überschuß nur das deut-

sche Ruhrgebiet übrig. Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

28.09.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärt am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

01.10.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay erklärt am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden müsse (x111/373).

16.10.1947

WBZ: Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläutern am 16. Oktober 1947 die am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>... Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßt 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollen (x111/379).

Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergeben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken ist und beträchtlich unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht liegt. Die Tuberkuloseerkrankungen haben gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).

23.10.1947

USA: In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisieren am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<

02.11.1947

WBZ: Nach den heftigen Protesten gegen die noch geplanten Demontagen erklären am 2. November 1947 die Vorsitzenden des Alliierten Kontrollrates für die Bizone (x111/385): >>... Im Demontageplan für die Bizone sind 302 Werkeinheiten, die ausgesprochen der Kriegsindustrie angehören, zur Abmontierung vorgesehen. Sie stellen 44 % der geplanten Demontage dar. ...

Von den 380 Betrieben, die abmontiert werden sollen, die noch nicht ausschließlich der Kriegsproduktion gedient haben, entfallen 92 auf die Eisen- und Stahlindustrie und 224 auf den Maschinenbau.<<

06.11.1947

WBZ: Die französische Demontageliste wird am 6. November 1947 veröffentlicht. Diese Liste umfaßt 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke (davon sind 37 Werke der Rüstungsindustrie) in der französischen Zone (x111/386).

10.11.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 10. November bis zum 7. Dezember 1947 täglich nur 1.426 Kalorien zugeteilt.

17.11.1947

Frankreich: Die französische Regierung rechtfertigt am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellt fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.

Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<

20.11.1947

WBZ: Im Saarland wird am 20. November 1947 die französische Währung als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt und damit der wirtschaftliche Anschluß des Saarlandes an Frankreich vollzogen (x111/391).

SBZ/WBZ: Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtet, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hat. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfallen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfallen rd. 41 Milliarden RM.

23.05.1948

WBZ: Die westlichen Militärregierungen einigen sich am 23. Mai 1948 über eine gleichzeitige Durchführung der Währungsreform in den Westzonen.

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schreibt damals über die geplante Währungsreform in den Westzonen (x112/517): >>Die Währungsreform hebt sich immer dunkler am Horizont ab wie eine schwarze aufsteigende Gewitterwand.

Die Schlaunen haben sich hinter Sachwerten gesichert, die Fleißigen hoffen auf gerechte Entlohnung, auch wenn sie noch die letzten Vermögensreste verlieren sollten. Die Armen und Arbeitsunfähigen können ohne Gruseln gar nicht daran denken, daß sie radikal vor dem Nichts stehen sollen. ...<<

18.06.1948

WBZ: Die westlichen Militärregierungen verkünden am 18. Juni 1948 im Rundfunk, daß am 21. Juni die DM-Währung in den drei Westzonen eingeführt werden soll.

Jack Bennett (oberster Finanzberater der US-Regierung) informiert über die bevorstehende Währungsreform (x112/529): >>Die neue Währung heißt "Deutsche Mark". ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 18. Juni 1948 über die schon am Vortag angekündigte Rundfunkmeldung zur Währungsreform (x112/529): >>Wir kleben am Radio. Auf der Straße rennen Menschen. Fast kein Geschäft ist mehr geöffnet. Fünfzehn Minuten, zehn Minuten ... Stille! Nach dem Sturm – oder vor dem Sturm. – Wer weiß! Jetzt kommt es!

Der Ansager räuspert sich. Wir hören ihn atmen und ein Konzeptpapier knistern.

Das erste Gesetz zur Reform der deutschen Währung, das von den Militärregierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs erlassen wurde, tritt am 20. Juni in Kraft.

Abwertung 10:1.

Die neue Währung heißt Deutsche Mark.

Das alte Geld wird am 21. Juni aus dem Verkehr gezogen. Münzen und Noten mit einem Nennwert von höchstens einer Mark sowie Briefmarken bleiben zum Zehntel ihres Nennwertes vorläufig gültig.<<

20.06.1948

WBZ: In den Westzonen wird am 20. Juni 1948 die Währungsreform durchgeführt. Jeder Westdeutsche erhält ein "Kopfgeld" von 40 DM, das einen Monat später um 20 DM erhöht wird. Sämtliche Forderungen werden auf 10 % ihres Nennwertes abgewertet. Die Reichsmark-Geldkonten tauscht man im Verhältnis 100:6,5 in Deutsche Mark um (x069/214).

Diese Währungsreform trifft besonders die kleineren und mittleren Einkommensbezieher außerordentlich schwer. Die Besitzer von Sachwerten (Unternehmer, Kaufleute, Landwirte und andere) werden durch die Währungsreform nachweislich bevorzugt und erhalten beträchtliche finanzielle Vorteile. Ihr Sachkapital wird nicht reduziert und sie werden gleichzeitig von 90 % ihrer Verbindlichkeiten befreit. Die Währungsreform der Alliierten ist für die große Mehrheit der Deutschen hart und ungerecht, aber sie schafft trotz alledem eine solide Grundlage für den deutschen Wiederaufbau und das spätere deutsche "Wirtschaftswunder".

21.06.1948

WBZ: In den drei Westzonen wird die Deutsche Mark (DM) am 21. Juni 1948 gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Unternehmen werden am 21. Juni 1948 zur Erstellung einer DM-Eröffnungsbilanz verpflichtet.

Großbritannien: Die englische Zeitung "News Chronicle" berichtet am 21. Juni 1948 über die deutsche Währungsreform (x112/533): >>An diesem Wochenende ist die stabilste Währung in Europa zerstört worden. Es ist die Währung der Zigarette. ...<<

Der Kalte Krieg

05.01.1946

WBZ: Die US-Militärregierung kündigt am 5. Januar 1946 an, von den 616.000 nordamerikanischen Soldaten, die sich zur Zeit noch in Europa aufhalten, bis zum Juli 1946 rund 316.000 Mann abzuziehen (x043/79).

USA: US-Präsident Truman erklärt am 5. Januar 1946 während einer Unterhaltung mit Außenminister Byrnes (x156/31-32): >>... In Potsdam sahen wir uns fertigen Tatsachen gegenüber und waren durch die Umstände geradezu gezwungen, die Besetzung Ostpolens durch die Russen und die Besetzung Schlesiens östlich der Oder durch Polen gutzuheißen. Es war ein glatter Gewaltakt.

Damals lag uns noch an der russischen Kriegsbeteiligung gegen Japan. Erst nachher stellten wir fest, daß wir Rußland gar nicht gebraucht hätten, und seither haben uns die Russen dort nichts als Kopfschmerzen bereitet.

In Moskau hast Du Dich hinsichtlich Irans wiederum einer fertigen Tatsache gegenüber gesehen. Iran war im Krieg mit uns verbündet. Es war mit Rußland verbündet. Es hat uns gestattet,

Waffen, Kriegsmaterial, Lebensmittel usw. im Gewicht von vielen Millionen Tonnen über iranisches Gebiet vom Persischen Golf zum Kaspischen Meer zu transportieren.

Ohne diese materielle Hilfe wäre Rußland schmachlich geschlagen worden. Trotzdem unterhält es dort Truppen und zettelt im Gebiet des befreundeten und verbündeten Iran einen Aufstand an.

Ich zweifle keinen Augenblick, daß Rußland in die Türkei einmarschieren will, um sich der Meerengen zum Mittelmeer zu bemächtigen.

Wenn man ihm nicht die eiserne Faust zeigt und die stärkste Sprache spricht, werden wir einen neuen Krieg erleben. Es gibt nur eine Sprache, die die Russen verstehen, nämlich: Wie viele Divisionen habt ihr?

Ich glaube, wir sollten uns jetzt auf keine Kompromisse einlassen. ... Ich habe es satt, die Sowjets in Watte zu packen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Verschärfung des "Kalten Krieges" (x068/269-271): >>...1946 versteifte sich die Haltung der USA gegenüber der Sowjetunion weiter. Man unterstellte ihr das Betreiben eines Dritten Weltkriegs und wollte ihr, so Truman am 5. Januar 1946, "eine eiserne Faust" zeigen. Die USA beendeten ab sofort ihre inoffiziellen Zusammenkünfte mit russischen Diplomaten, und bald darauf auch die in Potsdam beschlossenen Reparationsleistungen aus westdeutschen Demontagen.

Kein Wunder, daß der Kreml im Gegenzug die Sowjetisierung Osteuropas immer rücksichtsloser betrieb. Hatten zunächst nur Albanien, Jugoslawien und Bulgarien kommunistische Regierungen, so dann auch Rumänien, Polen, Ungarn und zuletzt die Tschechoslowakei.

Washington aber ging es nun bloß noch darum, Amerika umzustimmen, das heißt, das gleiche Geschäft zu besorgen wie schon im Ersten und im Zweiten Weltkrieg: die Nation mußte wieder kriegswillig gemacht und vor allem auch Westeuropa gegen Sowjetrußland mobilisiert werden.

Das amerikanische Volk aber, das nur mit Hilfe der Russen den großen Krieg gerade gewonnen, war 1945 keinesfalls bereit, die bisherigen Verbündeten plötzlich zu bekämpfen. Noch jetzt sprachen sich, laut einer Gallup-Umfrage, 55 % der Bevölkerung für ein weiteres Zusammengehen mit Rußland aus, darunter fast zwei Drittel aller gebildeten Amerikaner. (1918 hatten nur 2 % die Anerkennung des Sowjet-Staates befürwortet.) Inzwischen war die Mehrzahl prorussisch gesinnt. Dies jedoch mußte rückgängig gemacht werden. So wurde Moskau fortwährend gereizt. Es sollte immer der Nein-Sager, immer in Opposition sein zu den edlen Zielen und Taten der USA, sollte immer unbeliebter werden.

In diesen Zusammenhang gehören: der Abwurf der Atombombe zwei Tage vor dem vereinbarten Einmarsch der Russen in die Mandschurei; die Ernennung eines US- Oberkommandierenden für Japan, ohne die Russen überhaupt zu fragen; die Deklaration von Potsdam, die man publizierte, bevor die Russen ihr Einverständnis gegeben hatten; die Einfügung der Artikel 51 und 52 in die am 26. Juni 1945 in San Francisco verabschiedete Charta der Vereinten Nationen, die man damals - im Opernhaus! - aus der Taufe hob. Und noch am selben Tag bliesen ihnen, wie der Präsident der Konferenz, Edward R. Stettinius, gleich klar erkannte, die Artikel 51 und 52 das Lebenslicht aus (kick the daylight out of the world organization).

Die Einfügung war das juristische Meisterstück von John Foster Dulles, der nicht von ungefähr den Ruf genoß, der beste Rechtsanwalt der USA zu sein; assistiert hatte ihm Senator Arthur H. Vandenberg (offiziell war Dulles der juristische Beirat). Der Text beider Artikel - voller Fußangeln, nur von Experten sofort zu verstehen - hob die restlichen 109 Artikel der Charta auf und bezweckte nichts anderes als die Isolierung der Sowjetunion und eine entscheidende Verschärfung der Spaltung zwischen den beiden Machtblöcken.

L. L. Matthias nennt in seinem kaum genug zu empfehlenden Buch "Die Kehrseite der USA"

das Werk von Vandenberg und Dulles den "coup d'état von San Francisco". Legten die beiden Artikel doch den juristischen Grundstein für die "Vereinten Nationen", die Spaltung der Welt in zwei Teile.

Das aber genügte noch nicht zur "Umerziehung" des amerikanischen Volkes, dem man vor dem beigebracht, sich "Uncle Joe" zu denken wie zumindest frühere christliche Generationen den lieben Gott sich gedacht, weise, gütig und mit großem Schnurrbart. Um eine breite anti-russische Mehrheit zu erzeugen, bedurfte es einer besonders Aufsehen erregenden Aktion, wobei man sich des alten und eigentlichen Gegenspielers von Stalin bediente, der populären britischen Kriegsfurie Churchill, so konservativ im Übrigen, daß er wohl am liebsten die ganze Welt mit Kaisern und Königen bevölkert hätte.

Noch im Oktober 1944 zwar hatte Churchill in Moskau einen Toast auf "Marschall Stalin" ausgebracht, ihn "Stalin den Großen" genannt - freilich bald auch in einem Telegramm (das seine Memoiren nicht erwähnen) Marschall Montgomery angewiesen, die Deutschen zu bewaffnen, sollten die Russen die Elbe überschreiten. Bat er ja auch dringend den US-Präsidenten, keinen fußbreit besetzten Gebietes der UdSSR zu überlassen, obwohl doch die Begegnung der amerikanischen und sowjetischen Truppen an der Elbe, somit weit östlich von der in London vereinbarten Linie stattfand. ...<<

13.03.1946

UdSSR: Stalin protestiert am 13. März 1946 in der Prawda gegen Churchills antisowjetische Politik und Churchills Rede vom 5. März 1946 in Fulton (x068/272): >>Es sei doch eigentlich nur ein geringer Unterschied, ob man, wie Hitler, die Hegemonie der Welt für die "arische" Rasse beanspruche oder für die "englischsprechenden" Völker. ...<<

Stalin vergleicht Churchill nicht nur mit Hitler, sondern er bezeichnet ihn außerdem als "Hetzer des 3. Weltkrieges" (x111/145).

10.07.1946

Frankreich: Außenminister Bidault erklärt am 10. Juli 1946 während der Pariser Konferenz (x039/230): >>... Die Konferenz von Potsdam hat in Bezug auf Ostdeutschland prinzipiell zwar provisorisch, sachlich jedoch grundlegende Abmachungen getroffen, welche die französische Regierung nicht strittig gemacht hat.<<

Der sowjetische Außenminister Molotow kündigt am 10. Juli 1946 in Paris den Abschluß eines Friedensvertrages mit dem Deutschen Reich an (x111/190): >>Die Zeit ist gekommen, da wir die Frage der Geschicke Deutschlands und den Friedensvertrag mit ihm erörtern müssen. Die Sowjetregierung war stets der Meinung, daß Rachegefühl kein guter Ratgeber in solchen Angelegenheiten sei.

Es ist nicht richtig, Hitler-Deutschland mit dem deutschen Volk zu identifizieren, obwohl das deutsche Volk die Verantwortung für die Aggression Deutschlands und für deren außerordentlich schwere Folgen nicht von sich abschütteln kann. ...

Ich gehe davon aus, daß es im Interesse der Weltwirtschaft und der Ruhe in Europa nicht richtig wäre, den Standpunkt der Vernichtung Deutschlands als Staat oder seine Umwandlung in einen Agrarstaat unter Zerstörung seiner hauptsächlichsten Industriekräfte einzunehmen.

Eine solche Einstellung würde zur Untergrabung der Wirtschaft Europas, zur Zerrüttung der Weltwirtschaft und zur chronischen politischen Krise in Deutschland führen, deren Auswirkungen eine Bedrohung des Friedens schaffen würden. ...

Wir sind natürlich im Prinzip für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, doch muß vor Abschluß eines solchen Vertrages eine einheitliche deutsche Regierung geschaffen werden, die demokratisch genug ist, um alle Überreste des Faschismus in Deutschland auszumerzen, und die genügend Verantwortung besitzt, um alle Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten zu erfüllen und insbesondere hinsichtlich der Reparationsleistungen an die Verbündeten. ...<<

16.07.1946

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.

Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...

Keine der Mächte hat der Notwendigkeit einer deutschen zentralen Regierung widersprochen. Molotow fordert aber nicht nur eine Zentralregierung, sondern eine zentralistische Regierung, während die drei Westmächte eine föderative Gliederung eines neuen deutschen Staates im Auge haben.

Die Forderung nach dem Föderalismus ist die Antwort auf die Überzentralisierung des Dritten Reiches, die eine Entmündigung und politische Entmachtung der demokratischen Kräfte von unten her brachte.<<

27.02.1947

Berlin: Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärt am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

12.03.1947

USA: US-Präsident Truman verkündet am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

Truman erklärt am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drole de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

12.09.1947

USA: Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßt am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtet später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

30.09.1947

UdSSR: Das sowjetische Politmitglied Shdanow erläutert am 30. September 1947 die Gründe des "Kalten Krieges" (x073/227): >>... Solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären Kreise Englands und der USA nicht, die Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit

offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewußt waren, daß die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren.

Aber bereits in den letzten, dem Kriegsende vorangehenden Monaten begann die Situation sich zu ändern. Bereits im Laufe der Besprechungen auf der Berliner Konferenz der 3 Mächte im Juli 1945 zeigten die anglo-amerikanischen Imperialisten, daß sie nicht gewillt waren, die legitimen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder zu berücksichtigen.<<

September 1947

UdSSR: Georgij Malenkov, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, berichtet im September 1947 über die Politik der Sowjetunion und der USA (x067/166-167): >>... In den durch die Ausschaltung der Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan, und durch die Schwächung Englands und Frankreichs entstandenen Verhältnissen sind die USA zu einer neuen unverhüllten Expansionspolitik übergegangen, die auf die Herstellung der Weltherrschaft gerichtet ist.

Unter diesen neuen Nachkriegsverhältnissen vollzieht sich eine Wandlung in den Beziehungen zwischen den Kriegverbündeten von gestern, die gemeinsam gegen das faschistische Deutschland und das imperialistische Japan gekämpft haben. Es bildeten sich zwei entgegengesetzte Richtungen in der internationalen Politik heraus.

Die eine Politik wird von der Sowjetunion und den Ländern der neuen Demokratie (spätere Warschauer Pakt-Staaten) verfolgt. Die Außenpolitik der Sowjetunion und der demokratischen Länder ist auf die Untergrabung des Imperialismus, auf die Sicherstellung eines festen demokratischen Friedens zwischen den Völkern und auf den größtmöglichen Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit der friedliebenden Völker gerichtet. ...

In der anderen Richtung der internationalen Politik ist die herrschende Clique der amerikanischen Imperialisten führend. In dem Bestreben die Position zu festigen, die das amerikanische Monopolkapital während des Krieges in Europa und Asien erobert hat, hat diese Clique nun den Weg der offenen Expansion betreten, den Weg der Versklavung der geschwächten kapitalistischen Länder Europas, der Versklavung der kolonialen und abhängigen Länder, den Weg der Vorbereitung neuer Kriegspläne gegen die UdSSR und Länder der neuen Demokratie, wobei sie sich des Vorwandes eines Kampfes gegen die "kommunistische Gefahr" bedient.

Den klarsten und konkretesten Ausdruck fand diese Politik des amerikanischen Kapitals in den Plänen von Truman und Marshall ...<<

01.10.1947

UdSSR: Andrei A. Shdanow (1896-1948, enger Mitarbeiter Stalins) erklärt am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/380-382): >>Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Krieg haben das ganze politische Weltbild verändert.

Es ist zu einer Neuauftellung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird, der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich zwei Grundtendenzen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager entsprechen:

In das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA.

Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. Das imperialistische Lager unterstützen auch die Kolonialstaaten, wie Belgien und Holland, Länder mit reaktionären antidemokratischen Regimes, wie die Türkei und Griechenland, die politisch und wirtschaftlich von den USA abhängen, wie die Staaten des Nahen Ostens, Südamerika und China.

Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorberei-

tung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allerorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen profaschistischen Regimes und Bewegungen.

Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie.

Zu ihnen gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänen, Ungarn und Finnland. An das antiimperialistische Lager schließen sich Indonesien und Vietnam an. Indien, Ägypten und Syrien sympathisieren mit ihm.

Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung in allen Ländern, auf die kommunistischen Bruderparteien, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen und unabhängigen Ländern, auf die Unterstützung der in jedem Land vorhandenen progressiven demokratischen Kräfte.

Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und der imperialistischen Expansion, die Befestigung der Demokratie und die Ausrottung der Überreste des Faschismus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat alle freiheitsliebenden Völker die überaus wichtige Aufgabe der Gewährleistung eines stabilen demokratischen Friedens gestellt, der den Sieg über den Faschismus festigt. Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe fällt die führende Rolle der UdSSR und ihrer Außenpolitik zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des Sowjetstaates, der jeglichen aggressiven, ausbeuterischen Gelüsten zutiefst fremd ist und an der Schaffung der günstigsten Bedingungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft interessiert ist. Eine dieser Bedingungen ist der äußere Friede. ...

Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß die beiden Systeme, das des Kapitalismus und das des Sozialismus, auch eine lange Periode gemeinsam bestehen werden. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

Eine ganz entgegengesetzte Politik betreiben England und Amerika in der UNO. Sie machen alles, um sich von den früher übernommenen Verpflichtungen loszusagen und sich die Hände freizumachen für eine neue Politik, die nicht auf die Zusammenarbeit der Völker berechnet ist, sondern darauf, sie gegeneinander aufzuhetzen.

Die Sowjetpolitik hält sich an den Kurs der Aufrechterhaltung loyaler gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Staaten, die den Wunsch nach Zusammenarbeit bekunden. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens lehnt die sowjetische Außenpolitik den Grundsatz der Rache gegenüber den Völkern ab.

Wie bekannt ist, ist die UdSSR für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demilitarisierten, demokratischen Deutschlands. Genosse Stalin wies darauf hin, als er die Sowjetpolitik in bezug auf Deutschland formulierte, daß die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage auf die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands hinausläuft. Dies ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Errichtung eines stabilen, langen Friedens.

Doch diese Politik der UdSSR in bezug auf Deutschland stößt auf den Widerstand der USA und England. Die Tagung des Rates der Außenminister im März und April 1947 in Moskau zeigte, daß die USA, England und Frankreich nicht nur bereit sind, auf die Sprengung der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands einzugehen, sondern sogar auf die Liquidierung Deutschlands als einheitlicher Staat, auf seine Zergliederung und auf eine Separat-lösung der Frage des Friedens. Diese Politik wird unter den neuen Verhältnissen betrieben, da Amerika mit dem alten Kurs von Roosevelt gebrochen hat und zu einer neuen Politik übergeht - zur Politik der Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer ...

Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunutzen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.

In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...

Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marshall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...

Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.

Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marshall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.

Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen. Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...

Auf den Schultern der kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und anderer Länder liegt eine besondere Aufgabe. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder in ihre Hände nehmen.

Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen festen Frieden und eine Volksdemokratie stehen werden, auf der Wacht der nationalen Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder, wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

27.11.1947

Großbritannien: Der sowjetische Außenminister Molotow erläutert am 27. November 1947 während der 5. Außenministerkonferenz in London einen Fünf-Punkte-Plan zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland (x111/395):

>>1. Sofortige Bildung einer Deutschen Demokratischen Regierung.

2. Diese Regierung soll bei der Friedenskonferenz zu dem Vertragsentwurf Stellung nehmen.

3. Der Friedensvertrag soll durch die deutsche Regierung unterschrieben und durch ein deutsches Parlament ratifiziert werden.

4. Die Friedenskonferenz soll aus den fünf Großmächten, den Nachbarstaaten Deutschlands und den Staaten bestehen, die am gemeinsamen Kampf teilgenommen hatten.

5. Die Abkommen von Jalta und Potsdam sollen die Basis des Friedensvertrages bilden.<<

15.12.1947

Großbritannien: Bei der 5. Außenministerkonferenz in London (vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947) können sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen.

US-Außenminister Marshall lehnt weitere sowjetische Reparationsforderungen aus der laufenden Produktion Westdeutschlands ab.

19.06.1948

Berlin: Die westlichen Alliierten verkünden am 19. Juni 1948 weitere Einzelheiten zur Währungsreform (x112/531): >>... Das erste Gesetz zur Neuordnung des deutschen Geldwesens ist von den Militärregierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs verkündet worden und tritt am 20. Juni in Kraft.

Die bisher gültige deutsche Währung wird durch dieses Gesetz aus dem Verkehr gezogen.

Das neue Geld heißt "Deutsche Mark", jede Deutsche Mark hat 100 Deutsche Pfennige.

Das alte Geld, die Reichsmark, die Rentenmark und die alliierte Militärmark, ist vom 21. Juni an ungültig.<<

Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, 1946-48 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) verbietet am 19. Juni 1948 das Westgeld in Groß-Berlin sowie in der Ostzone und ordnet die völlige Schließung der Zonengrenzen für den Personenverkehr an.

23.06.1948

Berlin: In West-Berlin wird am 23. Juni 1948 die DM eingeführt.

Aufgrund der Einführung der West-DM läßt die SMAD am 23. Juni 1948 den Personen- und Güterverkehr nach Berlin stoppen sowie die Stromlieferungen aus dem Osten Berlins in die Westsektoren wegen angeblicher technischer Schwierigkeiten einstellen.

US-Militärgouverneur Clay telefoniert in der Nacht zum 24. Juni 1948 mit General Curtis Lemay (1906-1990, Chef des US-Luftwaffenkommandos in Frankfurt) wegen der sowjetischen Blockade Berlins (x112/535): >>Haben Sie Maschinen, die Kohlen transportieren können?

(Lemay:) Was transportieren?

(Clay:) Kohlen.

(Lemay:) Ich kann so schlecht verstehen. Es klingt nur, als ob Sie nach Flugzeugen fragen, die Kohlen transportieren können.

(Clay:) Genau, das meine ich.

(Lemay:) Die Luftwaffe transportiert alles. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) notiert am 23. Juni 1948 in ihrem Tagebuch (x112/534-535): >>Es ist also soweit.

Statt einer neuen Währung haben wir zwei. Und zu dem Eisernen Vorhang an der Elbe gesellt sich ab übermorgen der Eiserne Vorhang quer durch Berlin.

Gefährlich brodelt es in allen Kesseln. ...<<

24.06.1948

Berlin: Sowjetische Truppen blockieren am 24. Juni 1948 sämtliche Land- und Wasserwege nach den Berliner Westsektoren und unterbrechen die Energieversorgung sowie Lebensmittellieferungen aus der SBZ, um die West-Berliner Bevölkerung auszuhungern. Berlin kann infolgedessen nur noch auf dem Luftweg versorgt werden.

General Lucius Clay (1897-1978, von 1947-49 Militärgouverneur der US-Besatzungszone) erklärt am 24. Juni 1948 nach Rücksprache mit dem US-Präsidenten, daß man die Nordamerikaner nur durch einen Krieg aus Berlin vertreiben könnte (x116/235).

26.06.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 26. Juni 1948 den Befehl, eine

Luftbrücke nach West-Berlin einzurichten ("Operation Vittels").

Im Verlauf der Aktion "Luftbrücke" flogen die Nordamerikaner und Briten bis zum Ende der Berliner Blockade (12. Mai 1949) in annähernd 200.000 Flügen rund 1,44 Millionen t Güter nach West-Berlin (x058/152).

Der deutsche Historiker Michael Stürmer berichtet später über die Berlin-Blockade (x073/-232): >>Die Blockade traf die USA fast ohne Panzertruppen und Infanterie in Europa. General Lucius D. Clay hat zwar für kurze Zeit erwogen, eine gepanzerte Kolonne von Hannover in Richtung Osten über die Autobahn rollen zu lassen und die russische Entschlossenheit hart zu testen.

Die USA besaßen damals das Atomwaffenmonopol, und daß ihre Luftwaffe auch mit konventionellen Waffen Städte auszuradiieren vermochte, hatte der Zweite Weltkrieg erwiesen. Aber die Vereinigten Stabschefs in Washington winkten ab, zu hoch war das Kriegsrisiko, zu schwach die amerikanische Landmacht.

Es gab damals militärische Studien der Amerikaner, wonach bei einem tatsächlichen bewaffneten Vordringen der Russen nichts bleiben würde als ein langer Rückzug auf die Pyrenäen. So kam es zur Luftbrücke, auf deren Höhepunkt alle 48 Sekunden ein "Rosinenbomber" auf den Berliner Flugfeldern landete. ...<<

Großbritannien: Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) erklärt am 26. Juni 1948 vor der Presse, daß nur eine feste und entschiedene Haltung gegenüber der Sowjetunion einen dritten Weltkrieg vermeiden könnte (x112/536).

28.06.1948

Berlin: Die britische Royal Air Force beteiligt sich am 28. Juni 1948 an der Berliner Luftbrücke.

USA: US-Präsident Truman ordnet am 28. Juni 1948 die Verlegung von Flugzeugen des Typs B-29 nach Deutschland an.

Das Kommando der US-Luftstreitkräfte gibt am 28. Juni 1948 bekannt (x112/537): >>Die Luftbrücke nach Berlin wird bald so weit verstärkt sein, daß genügend Lebensmittel zur Versorgung der gesamten Bevölkerung der Westsektoren transportiert werden können. ...<<

30.06.1948

Berlin: Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) erklärt am 30. Juni 1948 im US-Radiosender "RIAS" zur Berliner Blockade (x112/-539): >>... Die Entschlossenheit, mit der wir, gewitzigt durch die Erfahrungen unter dem Hitler-Regime, uns einer neuen Diktatur entgegenstemmen, diese Entschlossenheit findet ihre Parallele in der Entschlossenheit der Welt draußen, die jetzt gezeigt hat, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten helfen will. ...

Diese Tage sind nicht nur für Berlin entscheidend. Sie sind von der größten Bedeutung für ganz Deutschland.<<

01.07.1948

Berlin: Die SMAD erklärt am 1. Juli 1948 in Berlin (x112/541): >>... Die Alliierte Kommandantur hat ihre Tätigkeit faktisch eingestellt, nachdem der amerikanische Kommandant, Oberst Howley, sich auf der Sitzung am 16.6. weigerte, den Sowjetantrag über die Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im Verkehrswesen Berlins zu erörtern. ...

Dieses herausfordernde Verhalten des amerikanischen Kommandanten hat zur Einstellung der Tätigkeit der alliierten Kommandantur Berlins geführt.<<

25.09.1948

UdSSR: Die sowjetische Regierung erklärt am 25. September 1948 (x112/596): >>... Die Sowjetregierung besteht darauf, daß die durch die separaten Maßnahmen der Westmächte geschaffene Lage bedeutet, daß sich die drei Regierungen nicht auf die souveräne Verwaltung

der Westzonen Deutschlands beschränken, sondern gleichzeitig wünschen, auch an der Verwaltung von Währungs- und Finanzangelegenheiten in der sowjetischen Besatzungszone teilzunehmen, und zwar durch die Einführung ihrer separaten Währung in Berlin, das mitten in der Sowjetzone liegt, um dadurch die Wirtschaft der Ostzone Deutschlands in Unordnung zu bringen und letzten Endes die UdSSR zur Räumung ihrer Zone zu zwingen.<<

26.09.1948

Frankreich: Die drei westlichen Siegermächte beschließen am 26. September 1948 in Paris, das Berlin-Problem vor die UNO zu bringen und informieren die Sowjetunion über diese Maßnahme (x112/596): >>... Um eine weitere Gefährdung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu verhindern, sehen sich die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs gezwungen, die Handlungsweise der sowjetischen Regierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu unterbreiten, während sie sich gleichzeitig alle Rechte vorbehalten, die unter diesen Umständen notwendig erscheinenden Maßnahmen zur Aufrechterhaltung ihrer Position in Berlin zu treffen.<<

29.09.1948

USA: Die westlichen Siegermächte wenden sich am 29. September 1948 wegen der Berliner Blockade an den Sicherheitsrat der UNO.

In dieser Note an den Sicherheitsrat der UNO heißt es (x112/597-598): >>... Die Sowjetregierung hat durch ihre Handlungen klar gezeigt, daß sie illegale und Zwangsmaßnahmen, in Mißachtung ihrer Verpflichtungen versucht, politische Ziele zu erreichen, zu deren Erleichterung sie nicht berechtigt ist und die sie durch friedliche Mittel nicht erreichen könnte.

Sie ist zu Blockademaßnahmen geschritten; sie hat die Berliner Bevölkerung mit Aushungerung, Krankheit und wirtschaftlichem Ruin bedroht; sie hat Unruhen geduldet und versucht, die rechtmäßig gewählte Stadtverwaltung zu stürzen.

Die Haltung und das Vorgehen der Sowjetregierung lassen klar erkennen, daß sie beabsichtigt, ihre illegale und zwangsweise Blockade und ihre ungesetzlichen Maßnahmen fortzusetzen, um die absolute Autorität über das wirtschaftliche, politische und soziale Leben des Berliner Volkes zu erhalten und der Sowjetzone einzuverleiben ...

Die Lage stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar.<<

09.10.1948

Großbritannien: Winston Churchill spricht am 9. Oktober 1948 auf dem Parteitag der britischen Konservativen über strategische Fehler der westlichen Alliierten (x112/604): >>... Die Staaten der westlichen Welt hätten mit ihren großen Rückzügen in Deutschland warten sollen, bis die Armeen von West und Ost auf einer Linie quer durch Deutschland zusammengetroffen wären. Es wäre auch klüger und vorsichtiger gewesen, wenn man es den britischen Truppen gestattet hätte, in Berlin einzuziehen, was durchaus möglich gewesen wäre, und wenn die amerikanischen Panzerdivisionen Prag besetzt hätten, zumal dies nur Sache einiger weniger Stunden gewesen wäre.

Ich und meine Kollegen aller Parteien sahen zu jener Zeit voraus, daß die Armeen der Demokratie im Sonnenglanz des Sieges dahinschmelzen würden, während die Streitkräfte des totalitären Despotismus in gewaltigem Ausmaß und für unbestimmte Zeit unter den Waffen gehalten werden konnten.<<

09.05.1949

Berlin: Marschall Wassili Tschuikow (1900-1982, 1949-52, Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) ordnet am 9. Mai 1949 für den 12. Mai, 00.01 Uhr, die Aufhebung der Berliner Blockade sowie die Öffnung der Verkehrswege von und nach Berlin an (x112/695).

12.05.1949

Berlin: Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird am 12. Mai 1949 beendet.

Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde

April 1946

WBZ: Konrad Adenauer erklärt im April 1946 (x243/218): >>Ich verstehe das Verlangen Frankreichs und der übrigen westlichen Welt nach Sicherheit. Ich bin auch für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. ...

(Eine) konstruktive Lösung erblicke ich allein in der Gründung der Vereinigten Staaten Europas unter Führung von England und Frankreich. (Dazu) muß auch Deutschland gehören. ...

Eine Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Englands und Deutschlands (ist) notwendig.<<

Der deutsche Historiker Hans-Peter Schwarz schreibt später über Adenauers außenpolitische Konzeption (x128/204): >>... Auch für manche Mitglieder des engeren Gründerkreises der CDU überraschend, räumte er prinzipiellen außenpolitischen Erklärungen einen relativ breiten Raum ein.

Realistisch meinte er zwar: "Außenpolitik wird Deutschland für lange Zeit nur in beschränktem Umfang treiben können", beeilte sich aber hinzuzufügen: "Sein Ziel muß sein, zu gegebener Zeit in die Vereinigung der Nationen gleichberechtigt aufgenommen zu werden."

Das deutsche Volk habe trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden.

Nun dasselbe wurde zu dieser Zeit auch von Kurt Schumacher proklamiert. Bemerkenswert aber und für ... 1946 nicht alltäglich war es, wenn Adenauer die Hoffnung formulierte, "daß in nicht ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden und daß dann Europa, dieser von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird." ...

Bei den meisten größeren Reden während der folgenden Monate stellte Adenauer seinen Gedanken einer "organischen Lösung" des deutschen Problems durch Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen in den Mittelpunkt seiner außenpolitischen Ausführungen. ...

Die Europaidee begegnet während der Jahre bis zur Schaffung der Bundesrepublik in allen seinen Überlegungen stets als Zauberformel zur Entwirrung schwieriger Probleme. Sie sollte gleicherweise gegenüber den französischen Forderungen nach Internationalisierung des Ruhrgebietes wie gegenüber belgischen und holländischen Gebietsansprüchen helfen, sollte die Saarfrage lösen und die Einschnürung Deutschlands durch auferlegte Kontrollen überflüssig machen.

Energische Verwahrungen gegen Ansprüche der Siegermächte folgten mit steter Regelmäßigkeit der Hinweis auf kooperative Möglichkeiten im Rahmen der Vereinten Staaten von Europa.<<

15.05.1946

Frankreich: Außenminister Bidault fordert am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...

Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden.

Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.

Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten

Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<

07.06.1946

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 7. Juni 1946 über deutschlandpolitische Bekundungen des britischen Außenministers Ernest Bevin (x111/177): >>Bevin hat über Deutschland Worte gefunden, die uns freudig aufhorchen lassen.

Er hält daran fest, Deutschland als Ganzes zu behandeln, er behält das Ruhrgebiet als möglichen Föderativstaat Deutschlands im Auge, und vor allen Dingen sieht er im Ruhrgebiet nicht nur ein Potential des Krieges, sondern ein Potential des Friedens. ...

Bevin hat Worte des gesunden Menschenverstandes gesprochen, und wir können nur hoffen, daß seine Bemühungen um den Ausgleich des Westens mit dem slawischen Osten von Erfolg gekrönt sind.<<

28.07.1946

Frankreich: Ministerpräsident Charles de Gaulle schlägt am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.

Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.

Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammenarbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?

Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.

Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.

Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.

Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<

Der stellvertretende Militärgouverneur der nordamerikanischen Besatzungszone, US-General Lucius D. Clay, berichtet später über die französische Einstellung (x156/34): >>Vielleicht hätten wir ohne das französische Veto innerhalb der ersten 6 Monate zentrale Verwaltungstellen für ganz Deutschland schaffen und innerhalb oder außerhalb dieser Einrichtungen mühevoll um eine einheitliche Wirtschaftspolitik ringen können.

Bestimmt hätten sich unsere wirtschaftlichen und später unsere politischen Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetregierung auch so ergeben. Ein Deutschland, in dem zentrale

Verwaltungsstellen überall ihre Zuständigkeit ausübten, hätten sie möglicherweise weniger leicht gespalten. Ohne deutsche Verwaltungsstellen, die ihre Anweisungen ausführten, konnte die Viermächte-Regierung nicht zum Erfolg führen.

6 Monate nach Potsdam war das sowjetische Expansions-Programm angelaufen. Das kommunistische Machtstreben in den Satelliten-Staaten nahm an Wucht und Umfang zu. Übereinstimmung in Deutschland war da nicht mehr möglich. ...<<

19.09.1946

Schweiz: Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill (1874-1965) spricht am 19. September 1946 in Zürich über ein geeintes Europa (x067/193, x056/14-15): >>... Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.

Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...

Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.

Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...

Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<

>>... Die Atombombe bleibt vorläufig noch in den Händen eines Staates, der – wie wir wissen – nur für die Sache von Gerechtigkeit und Freiheit von ihr Gebrauch machen wird. Aber es mag möglich sein, daß dieses fürchterliche Werkzeug der Zerstörung in wenigen Jahren weit verbreitet ist. Wird (die Atombombe) dann durch mehrere kriegführende Staaten einmal verwendet, wird die daraus entstehende Katastrophe nicht nur unsere Kultur und Zivilisation vernichten, sondern möglicherweise auch den gesamten Erdball zerstören ...

Frankreich und Deutschland müssen (in Europa) gemeinsam die Führung ergreifen. Großbritannien, das Commonwealth, das mächtige Amerika und, so hoffe ich, auch Sowjetrußland ... müssen die Freunde und Förderer des neuen Europa sein.<<

11.01.1947

USA: Der französische Politiker Maurice Schumann erklärt am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/52-54): >>Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? ...

Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne - wie ihre Väter und Großväter - Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen - wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. ...

Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutsch-

land in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen.

Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebietes oder der Provinz angepaßte Verfassung haben und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.

Diese aus Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktion des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.

Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allgemeine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte, vor allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt würden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht unter dem Europa schon jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann.

Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen Ost und West wiederhergestellt und das neue föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest begründet ist, sollten die Besatzungsmächte - und nur sie allein - entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.

... Das bedeutet, daß die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Wohle der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher.

Sie wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, dessen Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördern als vor dem Krieg. ... Aber selbst vor dem Krieg, als wir nicht so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für die amerikanischen Lieferungen sind. Aber es ist gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohlen zu schicken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt?

Wenn ich dies Frage auf die moralische Ebene bringen sollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.

Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden.

Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Aber wenn Sie mir gestatten, ganz

offen zu sein, so möchte ich sagen, ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute gegen die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet sind, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hineinzuziehen. "Die Sowjets sind schon jetzt an der Oder und an der Spree", sagte einer meiner englischen Bekannten neu-lich zu mir, "warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?"...

Es ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß alles, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjetunion ebenso wie für Frankreich ist, da sie zweimal innerhalb von 25 Jahren eine Invasion erlebte, durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind.

Eine Beteiligung der Sowjetunion an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebietes wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beweisführung kann aber auch umgekehrt werden; wenn es fair ist, daß die Sowjetunion sich mit uns am Ruhrgebiet und Rheinland beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebiets teilhaben. ...<<

02.06.1948

Großbritannien: Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endet mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes und die Bildung eines westdeutschen Staates anzustreben (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.

Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...

Weiter wurde die Frage der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands von allen Delegationen beraten. Die Delegierten erkennen an, daß es bei Berücksichtigung der augenblicklichen Lage notwendig ist, dem deutschen Volk Gelegenheit zu geben, die gemeinsame Grundlage für eine freie und demokratische Regierungsform zu schaffen, um dadurch die Wiedererrichtung der deutschen Einheit zu ermöglichen, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt zerrissen ist.

Auf Grund dieser Sachlage sind die Delegationen zu dem Schluß gekommen, daß das deutsche Volk jetzt in den verschiedenen Ländern die Freiheit erhalten soll, für sich die politischen Organisationen und Institutionen zu errichten, die es ihm ermöglichen werden, eine regierungsmäßige Verantwortung soweit zu übernehmen, wie es mit den Mindestanforderungen der Besetzung und Kontrolle vereinbar ist, und die es ihm schließlich auch ermöglichen werden, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.

Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.

Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.

Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen.

Bei der Zusammenkunft mit den Militärgouverneuren sind die Ministerpräsidenten ermächtigt, die Grenzen der verschiedenen Staaten zu überprüfen, um zu entscheiden, welche Veränderungen den Militärgouverneuren vorgeschlagen werden könnten, damit ein endgültiges System geschaffen wird, das für die Bevölkerung zufriedenstellend ist. ...<<

Der nordamerikanische Historiker John Gimbel (1922-1992) schreibt später über die Hintergründe dieser "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.

Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich. Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.

Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<

10.06.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.

Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<

05.07.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77-78): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...

Ich habe mich zuerst an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei gewandt, um eine solche gemeinsame Stellung herbeizuführen; falls ein Übereinkommen mit der SPD erzielt worden wäre, sollten Verhandlungen mit den anderen Parteien folgen.

Leider waren die Herren vom sozialdemokratischen Parteivorstand, Ollenhauer, Heine, Henßler, nicht zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bewegen. Sie waren zwar in der Beurteilung der "Londoner Empfehlungen" mit mir völlig einig, erklärten aber, es handele sich um eine provisorische Regelung, und weiter, eine gesonderte Erklärung der einzelnen Parteien wäre nach ihrer Auffassung noch wirkungsvoller.

Ich habe sehr bedauert, daß dieser Anfang der Zusammenarbeit der beiden großen deutschen Parteien fehlgeschlagen ist. Es wäre ein Anfang gewesen. ...<<

10.07.1948

WBZ: Während der Zonenkonferenz in Minden kritisiert Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.

Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<

10.10.1948

WBZ: Der französische Außenminister Robert Schuman (1886-1963) bezeichnet es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).

28.12.1948

Großbritannien: Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschließen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).

Das Ruhrstatut wird später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23.07.1952 in die Montanunion integriert.

30.12.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Die politische Arbeit läßt nicht nach.

Im Parlamentarischen Rat, dessen Präsident ich ja bin, sind große Schwierigkeiten entstanden zwischen meiner Partei und der sozialdemokratischen Partei, und zwar hat die Sozialdemokratie sehr heftige Angriffe gegen mich gerichtet. Zugrunde liegen aber parteitaktische Manöver. Es ist sehr schade, daß infolge solcher parteitaktischen Schwierigkeiten die sachliche Arbeit leidet. ... Ob und wie sie sich überbrücken lassen werden, weiß ich noch nicht.

Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundesregierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.

... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewinnen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<

01.01.1949

WBZ: Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisiert am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...

Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutsch-

land. ...<<

06.01.1949

WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**

Eigentlich hatte die am 11. November in London zusammengetretene Sechsmächtekonferenz nur die Errichtung eines Kontrollamts für die Verteilung von Kohle und Stahl des Ruhrgebiets verhandeln wollen, so war es im Juni in London beschlossen worden. Aber in den sechs Monaten seit Juni 1948 hatte sich manches geändert.

Die Währungsreform der Westzonen hatte der deutschen Industrie einen starken Aufschwung gebracht, während gleichzeitig die französische Wirtschaft infolge der politischen Unruhen und Streiks einen Rückschlag erlitten hatte. Was Wunder, daß das französische Sicherheitsbedürfnis angesichts dieser Situation nicht nur Garantien gegen eine militärische Aggression, wie sie das sogenannte Militärische Sicherheitsamt bieten könnte, verlangte, sondern Garantien, die eine Kontrolle des deutschen Wirtschaftsaufschwungs ermöglichen.

Noch im Juli 1948 belief sich die französische Stahlproduktion auf 640.000 t, im September war sie bereits auf 550.000 t gesunken, während die Stahlerzeugung, der Bizone von 310.000 t zu Beginn des Jahres 1948 auf 572.000 t im September angestiegen war und damit die Leistungen der französischen Stahlindustrie erstmalig übertreffen hatte.

Als dann am Vorabend der zweiten Londoner Konferenz die anglo-amerikanischen Regierungen den Deutschen noch die Treuhänderschaft über die Kohle- und Stahlindustrie übertragen und sich bereit erklärten, die Regelung der endgültigen Eigentumsverhältnisse der künftigen deutschen Regierung zu überlassen, war die französische Geduld erschöpft. Dies die Vorgeschichte des Ruhrstatuts.

In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ... Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt.

Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört. Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.

Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.

In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.

Es wird zwar ausdrücklich verlangt, daß hierbei keine Konkurrenzinteressen mitsprechen dürfen und die Mitglieder der Kommission sich nicht als Vertreter ihrer Nationen, sondern als internationale Körperschaft fühlen sollen; aber kann man verlangen, daß der französische Vertreter unbeeinflußt von nationalen Interessen die Verteilung von Koks und Kohle bewirkt,

wenn in Frankreich neue Streiks die eigene Produktion stilllegen?

Kann man erwarten, daß der Vertreter Englands ein Werk, das vielleicht im Hinblick auf irgendwelche Spezialqualitäten den englischen Export entscheidend hemmt, in großzügiger Weise mit Kontingenten versieht? Kann man hoffen, daß das deutsche Interesse: so viele Fertigfabrikate und so wenig Rohstoffe wie möglich zu exportieren, von den übrigen Mitgliedern respektiert wird? Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?

Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen, und sie kann auch, wie ihre Befürworter es wünschen, zur Keimzelle einer neuen europäischen Wirtschaftsauffassung und Gestaltung werden.

Allerdings schrieb der "Economist" kürzlich: "Ein internationalisiertes Ruhrgebiet in einem im übrigen völlig nationalistischen Europa würde da mächtiger Unruheherd werden." Daher gäbe es "nur eine Lösung: die internationale Kontrolle auf die Industriegebiete Lothringens, Luxemburgs und Belgiens auszudehnen."

Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<

22.04.1949

WBZ: Das "Ruhrstatut" tritt am 22. April 1949 in Kraft.

Die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes wird damals einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 heißt es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

22.11.1949

BRD: Im Petersberger Abkommen vereinbaren die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragt danach den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 heißt es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...

Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.

2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiederrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...

8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der

Zusicherung der Bundesregierung

25.11.1949

BRD: Bundeskanzler Adenauer spricht am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag über das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. – ("Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.

Zuruf von links: "Unerhört so was!"

Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –

Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...)

Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.

(Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ...) –

das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?

Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der (britische) General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.

(Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...

Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. – Glocke des Präsidenten.

Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –

Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –

Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!") ...

(Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.)<<

wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.

Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:

a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...

b) Stahlwerke: ...

Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<

26.11.1949

Schweiz: Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.

Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.

Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...

Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<

Schlußbemerkungen: Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und

politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt. Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

01.07.1948

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure übergeben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragen sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.

Die übergebenen Dokumente (sog. "Frankfurter Dokumente") vom 1. Juli 1948 enthalten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x101/197-198): >>WORTLAUT DER VON DEN MILITÄRGOUVERNEUREN DEN ELF MINISTERPRÄSIDENTEN IN FRANKFURT AM MAIN ÜBERGEBENEN DOKUMENTE

a) Dokument Nr. I

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der Amerikanischen, Britischen und Französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach dem Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung wird bestimmt, indem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750.000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.

Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen,

und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentral-Instanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassungsgebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren.

Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muß künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

b) Dokument Nr. II

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. Solche Änderungen sollten den überlieferten Formen Rechnung tragen und möglichst die Schaffung von Ländern vermeiden, die im Vergleich mit anderen Ländern zu groß oder zu klein sind.

Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht mißbilligt werden, sollten sie zur Aufnahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt werden.

Bevor die Verfassungsgebende Versammlung ihre Arbeiten beendet, werden die Ministerpräsidenten die notwendigen Schritte für die Wahl der Landtage derjenigen Länder unternehmen, deren Grenzen geändert worden sind, so daß diese Landtage sowie die Landtage der Länder, deren Grenzen nicht geändert worden sind, in der Lage sind, die Wahlverfahren und Bestimmungen für die Ratifizierung der Verfassung festzusetzen.

c) Dokument Nr. III

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig.

Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:

A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.

b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und daß die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden.

c) Vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie zum Beispiel in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben.

d) Das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten.

e) Die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassungen zu sichern.

B. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder auf-

nehmen, falls ein Notstand für die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.

C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:

- a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
- b) Auf den in Absätzen a) und e) zu Paragraph A oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.
- c) Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorhergehenden Paragraphen b), treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.

Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.

Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassunggebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen.

Wenn die Militärgouverneure Ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.

Beilage zu Dokument Nr. III

Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-280): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.

Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können.

Finanzminister Henry Morgenthau und sein Unterstaatssekretär Harry Dexter White hatten deshalb einen vorzüglichen Plan ausgearbeitet, der nicht von ihnen, sondern von zwei rasse-reinen Deutschen stammte, aber dann der "Morgenthau-Plan" hieß. Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden - die Russen gaben wenigstens einen Arbeiter- und Bauernstaat vor -, und die Deutschen sollten, so Präsident Roosevelt, immerhin aus "Suppenküchen" ernährt werden. Menschenfreundlicher ging's kaum noch.

Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. So milderte man, stets zum eigenen Vorteil, versteht sich, den Morgenthau-Plan so lange, bis von allerlei Plänen, einer Art "Roosevelt-Plan", einem "Churchill-Plan" und anderen Eingriffen schließlich die Direktive JCS 1067 übrig blieb, die Richtlinie für Eisenhowers Besatzungspolitik: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Aufteilung in vier Zonen.

Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.

Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.

Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache.

Ein Befürworter der Demontage Deutschlands war zunächst der erste Militärgouverneur und frühere Stellvertreter General Eisenhowers, General Lucius D. Clay. Aber die amerikanische Geschäftswelt war anderer Auffassung und hatte ihre Leute natürlich auch in der Militärverwaltung. Ihre Wirtschaftsabteilung leitete damals General William H. Draper, vordem Unterstaatssekretär im US-Kriegsministerium.

Der General, jetzt eine Art Wirtschaftsminister für Deutschland, vertrat die Interessen der Bank Dillon, Read & Comp., deren Vizepräsident er einst gewesen, wobei er 1944 sogar in eine Anklage des Generalstaatsanwalts verstrickt war, die man jedoch für alle Zeiten niederschlug. Anders als Clay wünschte er selbstverständlich, wie die amerikanische Industrie überhaupt, die Aufrüstung Deutschlands. Clay aber wollte eher seinen Abschied nehmen, "als dem Ansinnen der Manufacturers zu entsprechen".

Doch als sich Amerika fürs Aufrüsten entschied, nahm Clay seinen Abschied nicht, sondern beugte sich dem Mammon und vollzog die Wünsche der Manufacturers. Clay war dem Druck mancher Seite ausgesetzt, auch dem eines guten Bekannten General Drapers, dem von McCloy, Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Berater mehrerer Präsidenten, schließlich selber Hochkommissar in Deutschland und ohne Zweifel der kompetente Mann, der besonders die Interessen Rockefellers wahrnahm, darüber hinaus aber enge Kontakte zu fast allen großen US-Banken hatte, wie er denn selbst, ehe er Hochkommissar wurde, Präsident der Weltbank gewesen ist.

Noch bevor Marshall seine Hilfe gestartet, waren schon die Türkei und Griechenland in einen gewissen Dollargenuß gekommen: die Türkei zu 150 Millionen, Griechenland zu 250 Millionen Dollar - und beide Staaten banden schließlich als Stützpfiler der NATO, 26 Divisionen des Warschauer Pakts.

Auf der Türkei ruhte Stalins Auge wegen der großen strategischen Bedeutung der Dardanellen für Rußland. Und in Griechenland, wo Churchill in einer dreißigtägigen Straßenschlacht in der Athener Innenstadt alle antimonarchisch eingestellten Gegner hatte niedermetzeln lassen, tobte seit 1944 der offene Bürgerkrieg, bekämpften sich rechte und linke Gruppen. Da England offensichtlich überfordert war, griff Harry Truman ein. ...<<

10.07.1948

WBZ: Während einer Konferenz in Koblenz (vom 8. bis zum 10. Juli 1948) beraten die Ministerpräsidenten der 3 westlichen Besatzungszonen über die "Frankfurter Dokumente" (x156/58-60): >>... Die Ministerpräsidenten sind davon überzeugt, daß die Notstände, unter denen Deutschland heute leidet, nur bezwungen werden können, wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, seine Angelegenheiten auf der jeweils möglichen höchsten territorialen Stufe selbst zu verwalten.

Sie begrüßen es daher, daß die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebietsteile Deutschlands zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen,

dem von der Bevölkerung selbst eine kraftvolle Organisation gegeben werden soll, die es ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu wahren, ohne die Rechte der Länder zu gefährden.

Die Ministerpräsidenten glauben jedoch, ... daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt, sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt. ...

Für den Vorschlag der Ministerpräsidenten, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, waren die gleichen Erwägungen maßgebend. Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.

Die Ministerpräsidenten möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden. Mit besonderem Ernst haben die Ministerpräsidenten die Probleme geprüft, die mit der Ordnung der Ausübung der Besatzungsherrschaft zusammenhängen.

Sie haben mit Genugtuung von der Absicht Kenntnis genommen, die Beziehungen zu den Besatzungsmächten auf eine klare Rechtsgrundlage zu stellen.

Die Ministerpräsidenten sind jedoch der Ansicht, daß der Erlaß eines Besatzungsstatutes durch die Militärgouverneure schon vor der Aufnahme der Tätigkeit der mit der Beratung des Grundgesetzes für das Gebiet der 3 Westzonen beauftragten Körperschaft eine dringende Notwendigkeit ist; nur dann wird diese eine sichere Arbeitsgrundlage haben.

Sie sind weiter der Meinung, daß in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, daß auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären. ...

Besonders bedeutsam erscheint hierbei die Notwendigkeit, den deutschen Außenhandel - unbeschadet einer wirksamen Überwachung durch die Besatzungsbehörden - von den Beschränkungen zu befreien, unter denen seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat. Sie sind übrigens der Meinung, daß über die Bestimmungen des Besatzungsstatuts hinaus bald die Möglichkeiten für Handelsvertragsverhandlungen geschaffen werden sollte, die von deutschen Stellen zu führen wären, deren Ergebnis jedoch der Ratifikation durch die Besatzungsmächte unterliegen würde. ...

Schließlich richten die Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure die Bitte, in regelmäßigen Zeitabständen zu prüfen, ob die Entwicklung der Verhältnisse nicht eine weitere Ausdehnung der deutschen Zuständigkeiten und einen weiteren Abbau der Kontrolle erlauben könnte. Die Ministerpräsidenten sprechen endlich den Wunsch und die Erwartung aus, daß durch einen Beschluß der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten der Kriegszustand aufgehoben werden möge.<<

14.07.1948

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) reagiert am 14. Juli 1948 enttäuscht, weil die Ministerpräsidenten der US-Zone die sog. "Frankfurter Dokumente" ablehnen (x112/550):

>>... Wenn wir im Westen nicht hier wären, wären Sie längst russisch. ...

Jedenfalls haben sie eine goldene Chance verpaßt.

Persönlich bin ich über die Haltung der deutschen Ministerpräsidenten sehr enttäuscht, und zwar deshalb, weil sie meine Erwartungen nicht erfüllt haben. Ich habe in London wochenlang mit den Franzosen und Engländern um die Anerkennung der deutschen Souveränität im Rahmen eines Weststaates gekämpft. Ich habe immer damit operiert, daß die Deutschen die Verantwortung, die mit der Übergabe neuer Vollmachten verbunden ist, gerne übernehmen würden.

Die Franzosen sagten damals, daß sie sehr daran zweifelten, und daß sich meine Erwartungen

nicht erfüllen würden. Sie haben leider Recht behalten.<<

22.07.1948

WBZ: Während einer Konferenz in Rüdesheim einigen sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.

Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<

26.07.1948

WBZ: Die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Militärgouverneure einigen sich am 26. Juli 1948 in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente.

Die Militärgouverneure erlauben danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.

01.09.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 1. September 1948 während seiner Antrittsrede als Präsident des Parlamentarischen Rates (x156/61): >>... Und nun lassen Sie mich einige Worte über Wirken und Aufgabe des Parlamentarischen Rates sagen.

Er ist ins Leben gerufen durch einen Akt der Militär-Gouverneure der 3 Westzonen, durch einen Akt, wie er in dem Dokument niedergelegt ist, das den Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli dieses Jahres übergeben wurde. ...

Der Parlamentarische Rat beginnt seine Tätigkeit – wir haben es heute morgen bei der Feier im Museum König gehört, und wir wissen es ja alle - in einer Zeit der völligen Ungewißheit über Deutschlands Zukunft.

Ja, auch die Zukunft Europas und der Welt ist dunkel und unsicher, und Deutschland selbst ist politisch ohnmächtig. Es ist in zwei Teile geteilt.

Wir Vertreter des Parlamentarischen Rates hier in diesem Saale ... vertreten 46 Millionen Deutsche.

Meine Damen und Herren!

Das Dasein des Parlamentarischen Rates selbst ist, wie ich eingangs sagte, zurückzuführen auf einen Entschluß eines Teiles der Siegermächte.

Für jeden von uns war es eine schwere Entscheidung, ob er sich bei dem heutigen Zustand Deutschlands, bei der mangelnden Souveränität auch dieses Teiles Deutschlands zur Mitarbeit zur Verfügung stellen dürfe und solle. ...

Wir gehen an unsere Arbeit in der festen und unerschütterlichen Absicht, auf diesem Wege wieder zur Einheit von ganz Deutschland, der Einheit, die unser Ziel ist und unser Ziel bleibt, zu gelangen.

Welche Ergebnisse unsere Arbeit für ganz Deutschland haben wird, das hängt von Faktoren ab, auf die wir nicht einwirken können.

Trotzdem wollen wir die historische Aufgabe, die uns gestellt ist – und es ist in Wahrheit nach diesem Zusammenbruch des Jahres 1945 eine historische Stunde und eine historische Aufgabe -, unter Gottes Schutz und dem ganzen Ernst und mit dem ganzen Pflichtgefühl zu lösen versuchen, die die Größe dieser Aufgabe von uns verlangt. <<

Ein Sozialdemokrat berichtet damals über Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates (x112/582): >>Den Adenauer haben wir zum Präsidenten gemacht, um diesen unbequemen alten Nörgler auf einem Ehrenplatz kaltzustellen. ...<<

Der SPD-Politiker Carlo Schmid (1896-1979) schreibt später über die Eröffnung des Parlamentarischen Rates im Alexander-König-Museum in Bonn (x112/582): >>... Wohl kaum hat je ein Staatsakt, der eine neue Phase der Geschichte eines großen Volkes einleiten sollte, in so

skurriler Umgebung stattgefunden.

In der Halle dieses in mächtigen Quadern hochgeführten Gebäudes standen wir unter den Länderfahnen – rings umgeben von ausgestopftem Getier aus aller Welt. Unter den Bären, Schimpansen, Gorillas u.a. Exemplaren exotischer Tierwelt kamen wir uns ein wenig verloren vor.

Die bizarre Umgebung ließ trotz der Beethovenschen Musik, mit der die Feier eröffnet und beschlossen wurde, keine rechte Feierlichkeit aufkommen; gleichgültig jedoch war keinem von uns zumute.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im September 1948 täglich 1.846 Kalorien zugeteilt.

08.09.1948

WBZ: Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, Prof. für Völkerrecht, 1949-66 und 1969-72 Bundestagsvizepräsident) erklärt am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x919/...): >>... Meine Damen und Herren!

Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: Parlamentarischer Rat? Was heißt denn: Grundgesetz? Wenn in einem souveränen Staat das Volk eine verfassungsgebende Nationalversammlung einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung zu schaffen.

Was heißt aber Verfassung? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt zu werden, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren.

Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: worum handelt es sich denn eigentlich? nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. ...

Man muß wissen, was man will, wenn man von Staat spricht, ob den bloßen Herrschaftsapparat, der auch einem fremden Gebieter zur Verfügung stehen kann, oder eine lebendige Volkswirklichkeit, eine aus eigenem Willen in sich selber gefügte Demokratie. Ich glaube, daß man in einem demokratischen Zeitalter von einem Staat im legitimen Sinne des Wortes nur sprechen sollte, wo es sich um das Produkt eines frei erfolgten konstitutiven Gesamtaktes eines souveränen Volkes handelt.

Wo das nicht der Fall ist, wo ein Volk sich unter Fremdherrschaft und unter deren Anerkennung zu organisieren hat, konstituiert es sich nicht - es sei denn gegen die Fremdherrschaft selbst -, sondern es organisiert sich lediglich, vielleicht sehr staatsähnlich, aber nicht als Staat im demokratischen Sinn. Es ist, wenn Sie mir ein Bild aus dem römischen Recht gestatten wollen, so: wie man dort den Freien und den Sklaven und den Freigelassenen kannte, wäre ein in dieser Weise organisiertes Gemeinwesen nicht ein Staat, sondern stünde dem Staat im selben Verhältnis gegenüber wie der Freigelassene dem Freien.

Diese Organisation als staatsähnliches Wesen kann freilich sehr weit gehen. Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimer Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimer Gewalt voraus. **Nur wo der Wille des**

Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.

Wo das nicht der Fall ist, **wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert**, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, **entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges.**

Dieser Organismus mag alle normalen, ich möchte sagen, inneren Staatsfunktionen haben; **wenn ihm die Möglichkeit genommen ist**, sich die Formen seiner Wirksamkeit und die Grenzen seiner Entscheidungsgewalt selber zu bestimmen, **fehlt ihm, was den Staat ausmacht**, nämlich die Kompetenz der Kompetenzen im tieferen Sinne des Wortes, das heißt **die letzte Hoheit über sich selbst und damit die Möglichkeit zu letzter Verantwortung.** Das alles hindert nicht, daß dieser Organismus nach innen in höchst wirksamer Weise obrigkeitliche Gewalt auszuüben vermag.

Was ist nun die Lage Deutschlands heute? Am 8. Mai 1945 hat die deutsche Wehrmacht bedingungslos kapituliert. An diesen Akt werden von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Wirkungen geknüpft. Wie steht es damit? Die bedingungslose Kapitulation hatte Rechtswirkungen ausschließlich auf militärischem Gebiet.

Die Kapitulationsurkunde, die damals unterzeichnet wurde, hat nicht etwa bedeutet, daß damit das deutsche Volk durch legitimierte Vertreter zum Ausdruck bringen wollte, daß es als Staat nicht mehr existiert, sondern hatte lediglich die Bedeutung, daß den Alliierten das Recht nicht bestritten werden sollte, mit der deutschen Wehrmacht nach Gutdünken zu verfahren. Das ist der Sinn der bedingungslosen Kapitulation und kein anderer.

Manche haben daran andere Rechtsfolgen geknüpft. Sie haben gesagt, auf Grund dieser bedingungslosen Kapitulation sei Deutschland als staatliches Gebilde untergegangen. Sie argumentieren dabei mit dem völkerrechtlichen Begriff der *debellatio*, der kriegerischen Niederwerfung eines Gegners. Diese Ansicht ist schlechterdings falsch.

Nach Völkerrecht wird ein Staat nicht vernichtet, wenn seine Streitkräfte und er selbst militärisch niedergeworfen sind. Die *debellatio* vernichtet für sich allein die Staatlichkeit nicht, sie gibt lediglich dem Sieger einen Rechtstitel auf Vernichtung der Staatlichkeit des Niedergeworfenen durch nachträgliche Akte.

Der Sieger muß also von dem Zustand der *debellatio* Gebrauch machen, wenn die Staatlichkeit des Besiegten vernichtet werden soll. Hier gibt es nach Völkerrecht nur zwei praktische Möglichkeiten. Die eine ist die **Annexion. Der Sieger muß das Gebiet des Besiegten anneklieren**, seinem Gebiet einstückeln. Geschieht dies, dann allerdings ist die Staatlichkeit vernichtet. **Oder er muß zur sogenannten Subjugation schreiten**, der Verknechtung des besiegten Volkes. **Aber die Sieger haben nichts von dem getan.** Sie haben in Potsdam ausdrücklich erklärt, erstens, daß kein deutsches Gebiet im Wege der Annexion weggenommen werden soll, und zweitens, daß das deutsche Volk nicht versklavt werden soll.

Daraus ergibt sich, daß zum mindesten aus den Ereignissen von 1945 nicht der Schluß gezogen werden kann, daß Deutschland als staatliches Gebilde zu existieren aufgehört hat. Aber es ist ja 1945 etwas geschehen, was ganz wesentlich in unsere staatlichen und politischen Verhältnisse eingegriffen hat. Es ist etwas geschehen, aber eben nicht die Vernichtung der deutschen Staatlichkeit.

Aber was ist denn nun geschehen? Erstens: Der Machtapparat der Diktatur wurde zerschlagen. Da dieser Machtapparat der Diktatur durch die Identität von Partei und Staat mit dem Staatsapparat identisch gewesen ist, ist der deutsche Staat durch die Zerschlagung dieses Herrschaftsapparats desorganisiert worden. Desorganisation des Staatsapparats ist aber nicht die Vernichtung des Staates der Substanz nach. ...

Diese Auffassung, daß die Existenz Deutschlands als Staat nicht vernichtet und daß es als Rechtssubjekt erhalten worden ist, ist heute weitgehend Gemeingut der Rechtswissenschaft, auch im Ausland. Deutschland existiert als staatliches Gebilde weiter. Es ist rechtsfähig, es ist aber nicht mehr geschäftsfähig, noch nicht geschäftsfähig. Die Gesamtstaatsgewalt wird zum mindesten auf bestimmten Sachgebieten durch die Besatzungsmächte, durch den Kontrollrat im ganzen und durch die Militärbefehlshaber in den einzelnen Zonen ausgeübt. Durch diese Treuhänderschaft von oben wird der Zusammenhang aufrechterhalten.

Die Hoheitsgewalt in Deutschland ist also nicht untergegangen; sie hat lediglich den Träger gewechselt, indem sie in Treuhänderschaft übergegangen ist. Das Gebiet Deutschlands ist zwar weitgehend versehrt, aber der Substanz nach ist es erhalten geblieben, und auch das deutsche Volk ist - und zwar als Staatsvolk - erhalten geblieben. ...

Damit, daß die drei Staatselemente erhalten geblieben sind, ist Deutschland als staatliche Wirklichkeit erhalten geblieben. Deutschland braucht nicht neu geschaffen zu werden. Es muß aber neu organisiert werden. Diese Feststellung ist von einer rechtlichen Betrachtung aus unausweichlich ...

Der Rechtszustand, in dem Deutschland sich befindet, wird aber noch durch folgendes charakterisiert: Die Alliierten halten Deutschland nicht nur auf Grund der Haager Landkriegsordnung besetzt. Darüber hinaus trägt die Besetzung Deutschlands interventionistischen Charakter. Was heißt denn Intervention? Es bedeutet, daß fremde Mächte innerdeutsche Verhältnisse, um die sich zu kümmern ihnen das Völkerrecht eigentlich verwehrt, auf deutschem Boden nach ihrem Willen gestalten wollen. ...

Zu den interventionistischen Maßnahmen, die die Besatzungsmächte in Deutschland vorgenommen haben, gehört unter anderem, daß sie die Ausübung der deutschen Volkssouveränität blockiert haben. An und für sich ist die Volkssouveränität, in einem demokratischen Zeitalter zum mindesten, der Substanz nach unvermeidbar und unverzichtbar. ...

Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?

Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible - die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als daß die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist.

Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.

Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja! ...

Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. ...

Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe

von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.

Dazu möchte ich sagen: **Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!**

Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.

Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.

Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.

Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.

Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:

Um einen Staat im Vollsinn zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. **Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden.** Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.

Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern **was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.**

Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.

Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. Wenn man einen solchen Zustand nicht will, dann muß man dagegen handeln wollen. Aber das wäre dann Sache des deutschen Volkes selbst und nicht Sache staatlicher Organe, die ihre Akte jeweils vorher genehmigen lassen müssen.

Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu

beraten und zu beschließen.

Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.

Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.

Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...

Erstens: **Das Grundgesetz für das Staatsfragment muß gerade aus diesem seinen inneren Wesen heraus seine zeitliche Begrenzung in sich tragen.** Die künftige Vollverfassung Deutschlands darf nicht durch Abänderung des Grundgesetzes dieses Staatsfragments entstehen müssen, sondern muß originär entstehen können.

Aber das setzt voraus, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthält, wonach es automatisch außer Kraft tritt, wenn ein bestimmtes Ereignis eintreten wird. Nun, ich glaube, über diesen Zeitpunkt kann kein Zweifel bestehen: an dem Tage, an dem eine vom deutschen Volke in freier Selbstbestimmung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.

Zweitens: Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts hineinragen und nichts über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist räumliches Offensein möglich. Das wird sich in unserer Arbeit in einem doppelten Sinne niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen.

Dieses Grundgesetz muß eine Bestimmung enthalten, auf Grund derer jeder Teil deutschen Staatsgebietes, der die Aufnahme wünscht, auch aufgenommen werden muß; wobei die Frage noch zu klären sein wird, wie dies geschehen soll und ob Bedingungen aufgestellt werden sollen. Ich glaube, man sollte die Aufnahme so wenig als möglich erschweren. ...

Das Dritte, in dem das Fragmentarische zum Ausdruck kommen muß, ist die innere Begrenzung der Organe auf die durch äußeren Zwang heute noch eingeschränkten Möglichkeiten. ...

All das sind Fragen, die sich von dieser grundsätzlichen Betrachtung aus stellen müssen. Aber wenn auch die Ordnung, die wir gestalten sollen, nur die Ordnung eines Staatsfragmentes ist, so kann und sollte sie unserer Meinung nach doch so ausgestaltet werden, daß bei Ausweitung der heute gewährten Freiheitssphäre die geschaffene Organisation fähig ist, sie voll auszufüllen. ...

Deutschland ist, das glaube ich bewiesen zu haben, als staatliches Gebilde nicht untergegangen. Damit, daß Deutschland weiter besteht, gibt es auch heute noch ein deutsches Staatsvolk. Es ist also auf dem Gebiet, das heute durch die drei Westzonen umschrieben wird, ein Gesamtakt dieses deutschen Staatsvolkes noch möglich. Ein solcher Gesamtakt kann auch durch Länderverfassungen nicht verboten werden.

Das deutsche Volk ist aber keine amorphe Masse; es ist in Länder gegliedert, und es ist in seiner Geschichte bisher noch immer in dieser Gliederung in Länder politisch aufgetreten. Das deutsche Volk handelt auch, wenn es als das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Hessen usw. auftritt, als deutsches Gesamtvolk. Darum ist es sicher, daß das Grundgesetz unseres Staatsfragments nicht auf Grund einer Vereinbarung der deutschen Länder zu entstehen braucht, weil die Quelle der Hoheitsgewalt nicht bei den Ländern liegt, sondern beim deutschen Volk. ...

Schließlich - und das scheint mir jeden Zweifel auszuschließen - weise ich auf die Bestimmung hin, daß das Grundgesetz für das ganze Gebiet der elf Länder auch dann gelten wird, wenn nur zwei Drittel der Länder zustimmen. ...

Noch eine weitere Frage: Soll das Gebilde, dessen Organisation wir hier zu schaffen haben,

einen Namen erhalten oder nicht? Die Frage ist von höchster Bedeutung. ... Namen bringen zum Ausdruck, was denn eigentlich entsteht oder entstehen soll.

Nun ist die Frage die, ob sich ein Name überhaupt mit einem Provisorium verträgt, ob hier nicht statt eines Namens eine bloße Bezeichnung das Bessere wäre. Es wird hier von diesem Hohen Hause eine sehr politische Entscheidung getroffen werden müssen. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, von irgendeiner Seite her den Beweis zu führen, daß diese oder daß jene Antwort auf die gestellte Frage die richtige ist.

Man muß sich da eben entscheiden. Aber welcher Name auch immer gegeben werden mag und ob ein Name gegeben wird oder nicht: in dem Gebiet, für das das Grundgesetz gilt, wird nicht eine separate westdeutsche Gebietshoheit ausgeübt, sondern gesamtdeutsche Hoheitsgewalt in Westdeutschland. Das sollte bei der Bezeichnung der Organe zum Ausdruck kommen. Denn was hier geschieht, ist zwar räumlich auf einen Teil Deutschlands beschränkt, aber wir sollten nie vergessen, daß es sich ableitet aus dem Rechte des gesamten deutschen Volkes! Wir werden uns überlegen müssen, ob wir dieses Grundgesetz mit einer Präambel einleiten sollen.

Ich für meinen Teil halte es für notwendig; denn die Präambel charakterisiert das Wesen des Grundgesetzes. Sie sagt aus, was sein soll, und sie wird insbesondere aussagen müssen, was das Grundgesetz nicht sein soll. Die Präambel wird gewissermaßen die Tonart des Stückes angeben und sie wird darum alle konstitutiven Merkmale kennzeichnen und in sich enthalten müssen.

Weitere Frage: Soll dieses Staatsfragment Symbole erhalten, Farben und Flaggen; sollen es allgemeine Symbole sein, die dem ganzen Volke eigen sind, oder soll man sich mit Zwecksymbolen begnügen, etwa für die Schifffahrt, für Auslandsvertretungen usw.; oder soll man in das Grundgesetz überhaupt nichts über Symbole schreiben? Soll man sich auf ein künftiges Flaggengesetz verlassen, oder wie soll man sich sonst verhalten?

Auch das wird eine politische Entscheidung erfordern. Aber eines scheint mir sicher zu sein: wenn sich dieses Hohe Haus für ein Symbol entscheiden sollte, dann kann es nur ein gemeindeutsches Symbol sein, und ich glaube, daß hierfür nichts anderes in Betracht kommen kann als die schönen Farben der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die Farben Schwarz-Rot-Gold!

Meine Damen und Herren!

Es ist uns aufgegeben worden, ein Grundgesetz zu machen, das demokratisch ist und ein Gemeinwesen des föderalistischen Typs errichtet. Was bedeutet das? Welche allgemeinen Inhalte muß danach das Grundgesetz haben, wenn diesen Auflagen Gerechtigkeit erwiesen werden soll? Was heißt denn eigentlich "demokratisch" wenn man von Verfassungen spricht? Gerade heute gefällt man sich darin, die Demokratie weiter zu entwickeln, indem man progressistische Demokratien erfindet. ...

Mir persönlich liegt es, wenn von Demokratie gesprochen wird, eher dabei an die klassische Demokratie zu denken, für die bisher die Völker Europas gekämpft haben. Wenn wir das so Erkämpfte betrachten, dann finden wir, daß offenbar einige Merkmale erfüllt sein müssen, wenn von einer demokratischen Verfassung soll gesprochen werden können.

Das Erste ist, daß das Gemeinwesen auf die allgemeine Gleichheit und Freiheit der Bürger gestellt und gegründet sein muß, was in zwei Dingen zum Ausdruck kommt. Einmal im rechtsstaatlichen Postulat, daß jedes Gebot und jedes Verbot eines Gesetzes bedarf und daß dieses Gesetz für alle gleich sein muß; und zweitens durch das volksstaatliche Postulat, das verlangt, daß jeder Bürger in gleicher Weise an dem Zustandekommen des Gesetzes teilhaben muß.

Ob das in der Form der plebiszitären unmittelbaren Demokratie erfolgt oder in der Form der repräsentativen Demokratie, wird im allgemeinen eine Zweckmäßigsfrage sein, bei der das

quantitative Element den Ausschlag wird geben müssen. Das Entscheidende ist, daß jeder Hoheitsträger mittelbar oder unmittelbar auf einen Wahlakt muß zurückgeführt werden können. Der Beamte zum Beispiel muß durch einen Minister ernannt sein, der selber durch ein allgemein gewähltes Parlament bestätigt und eingesetzt worden ist.

Nun erhebt sich die Frage: Soll diese Gleichheit und Freiheit völlig uneingeschränkt und absolut sein, soll sie auch denen eingeräumt werden, deren Streben ausschließlich darauf ausgeht, nach der Ergreifung der Macht die Freiheit selbst auszurotten? Also: Soll man sich auch künftig so verhalten, wie man sich zur Zeit der Weimarer Republik zum Beispiel den Nationalsozialisten gegenüber verhalten hat? Auch diese Frage wird in diesem Hohen Hause beraten und entschieden werden müssen.

Ich für meinen Teil bin der Meinung, daß es nicht zum Begriff der Demokratie gehört, daß sie selber die Voraussetzungen für ihre Beseitigung schafft. Ja, ich möchte weiter gehen. Ich möchte sagen: Demokratie ist nur dort mehr als ein Produkt einer bloßen Zweckmäßigkeitsentscheidung, wo man den Mut hat, an sie als etwas für die Würde des Menschen Notwendiges zu glauben. Wenn man aber diesen Mut hat, dann muß man auch den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie mißbrauchen wollen, um sie aufzuheben.

Das Zweite, was verwirklicht sein muß, wenn man von demokratischer Verfassung im klassischen Sinne des Wortes sprechen will, ist das Prinzip der Teilung der Gewalten.

Sie wissen, daß die Verfassung von 1792 den Satz enthielt, daß ein Staat, der nicht auf dem Prinzip der Teilung der Gewalten aufgebaut sei, überhaupt keine Verfassung habe.

Was bedeutet dieses Prinzip? Es bedeutet, daß die 3 Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen müßten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können. Diese Lehre hat ihren Ursprung in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organs nur vereinigt, dieses Organ die Macht mißbrauchen wird.

Freilich besteht auch die Möglichkeit, daß die einzelnen Gewalten oder daß eine von ihnen die Macht, die in ihrer Unabhängigkeit liegt, mißbrauchen. Sie wissen um die harte Kritik, die man während der Zeit der Weimarer Republik an der richterlichen Gewalt geübt hat, und, wie ich glaube, nicht immer mit Unrecht.

Vielleicht wird es mit zu unseren Aufgaben gehören müssen, in dem Grundgesetz Vorsorge dafür zu treffen, daß die notwendige richterliche Unabhängigkeit nicht gegen die Demokratie mißbraucht werden kann.

Heute ist es wieder nötig, von diesen alten Dingen zu sprechen, denn gerade die Demokratie, die sich als besonders progressistisch bezeichnet, will die Teilung der Gewalten aufgeben.

In dem Entwurf für eine deutsche Verfassung, den der Deutsche Volksrat ausgearbeitet hat, finden sich zum Beispiel eine Reihe von Bestimmungen, die nichts anderes sind als der Ausdruck dafür, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten zugunsten der Allmacht des Parlaments nicht mehr gelten soll. Dort ist letzten Endes die gesamte Gewalt im Parlament konzentriert. Das Parlament soll letzten Endes nicht nur Gesetze erlassen und die Regierung politisch kontrollieren können, sondern es soll letzten Endes auch über die Rechtmäßigkeit eines Geschehens entscheiden können.

Wenn man so vorgeht, dann hat man alle Voraussetzungen für die Installierung einer Diktatur verwirklicht, und darum sollte man in dem Grundgesetz, das wir zu beschließen haben, klar zum Ausdruck bringen, daß das Prinzip der Teilung der Gewalten realisiert werden muß. Als drittes Erfordernis für das Bestehen einer demokratischen Verfassung gilt im allgemeinen die Garantie der Grundrechte.

In den modernen Verfassungen finden wir überall Kataloge von Grundrechten, in denen das Recht der Personen, der Individuen, gegen die Ansprüche der Staatsraison geschützt wird. Der

Staat soll nicht alles tun können, was ihm gerade bequem ist, wenn er nur einen willfährigen Gesetzgeber findet, sondern der Mensch soll Rechte haben, über die auch der Staat nicht soll verfügen können.

Die Grundrechte müssen das Grundgesetz regieren; sie dürfen nicht nur ein Anhängsel des Grundgesetzes sein, wie der Grundrechtskatalog von Weimar ein Anhängsel der Verfassung gewesen ist. Diese Grundrechte sollen nicht bloße Deklamationen, Deklarationen oder Direktiven sein, nicht nur Anforderungen an die Länderverfassungen, nicht nur eine Garantie der Länder-Grundrechte, sondern unmittelbar geltendes Bundesrecht, auf Grund dessen jeder einzelne Deutsche, jeder einzelne Bewohner unseres Landes vor den Gerichten soll Klage erheben können.

Nun wird die Frage sein, wieweit man den Umfang dieses Grundrechtskatalogs ziehen will. Sollen lediglich die sogenannten "echten" Grundrechte aufgenommen werden, also die Rechte der Individualperson, oder auch die Rechtsbestimmungen über die sogenannten Lebensordnungen, die so zahlreich über unsere neuen Länderverfassungen hin verstreut sind: Wirtschaft, Kultur, Familie usw.?

Vielleicht wird es sich bei einem Provisorium empfehlen, keine endgültige Gestaltung der Lebensordnungen zu versuchen und sich statt dessen zu begnügen, einen recht klaren und wirksamen Katalog von Individual-Grundrechten aufzustellen, so wie in den klassischen Bills of Rights der angelsächsischen Länder verfahren worden ist. Aber auf der anderen Seite sollte das Grundgesetz die Länder nicht daran hindern, von ihren weitergehenden Grundrechten und Ordnungsbestimmungen Gebrauch zu machen.

Die Frage wird auch sein, ob diese Grundrechte betrachtet werden als Rechte, die der Staat verliehen hat, oder als vorstaatliche Rechte, als Rechte, die der Staat schon antrifft, wenn er entsteht, und die er lediglich zu gewährleisten und zu beachten hat. Auch das ist nicht nur von theoretischer, sondern von eminent praktischer Bedeutung, insbesondere für die Entscheidung der Frage, ob diese Grundrechte auch sollen auf Schranken stoßen können: Sollen sie schlechthin absolut unberührbar sein?

Ich glaube, daß man bei den Grundrechten eine immanente Schranke wird anerkennen müssen: es soll sich jener nicht auf die Grundrechte berufen dürfen, der von ihnen Gebrauch machen will zum Kampf gegen die Demokratie und die freiheitliche Grundordnung. Wir wollen nicht mehr, daß man sich auf das Grundrecht der Pressefreiheit berufen kann nur zu dem einen Zweck, eine Republik zu beseitigen, um an ihre Stelle eine Diktatur zu setzen, die keine Pressefreiheit mehr kennen wird!

Wir wollen auch nicht haben, daß man diese Grundrechte mit einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt versieht, wie das etwa in den Verfassungsrichtlinien des Volksrats und in einigen Verfassungen der Länder der Ostzone der Fall ist. Wenn ich jedes Grundrecht durch Gesetz einschränken kann, dann ist es sinnlos, es durch die Verfassung zu garantieren, dann ist es eine bloße Deklamation und keine effektive Wirklichkeit. Der allgemeine Gesetzesvorbehalt entwertet das Grundrecht, reduziert es auf Null.

Man wird aber bei einigen Grundrechten ohne einen beschränkten Gesetzesvorbehalt nicht auskommen können. Ich erinnere nur an alles, was sich aus der Notwendigkeit zum Beispiel der Wohnungsbewirtschaftung ergibt, der Einquartierungen und anderem mehr. Aber man sollte von diesen beschränkten Vorbehalten nur einen äußerst sparsamen Gebrauch machen, und keinesfalls sollen die Möglichkeiten des Gesetzgebers so weit gehen, daß er das Grundrecht in seiner Substanz kränken kann.

Und nun das Entscheidende: soll der Staat den Grundrechten gegenüber vom Staatsnotstandsrecht Gebrauch machen können, so daß er, wenn er mit den ordentlichen Mitteln nicht fertig werden kann, die Grundrechte aufhebt, um Ruhe und Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen?

Man wird sich diese Frage sehr genau überlegen müssen. Man wird sich fragen müssen, ob die Tatsache der Unberührbarkeit der Grundrechte in sich selber nicht ein so hohes Gut ist, daß der Staat auch in Zeiten des Notstands vor ihnen soll zurücktreten müssen. Vielleicht kann eine Untersuchung der möglichen Tatbestände zeigen, daß bei Notständen, wie sie bei uns denkbar sind, der Staat im allgemeinen mit den gewöhnlichen polizeilichen Mitteln wird fertig werden können.

Vielleicht aber wird man auch zur Erkenntnis kommen, daß diese Mittel nicht genügen könnten und daß dann das Individuum vor dem Notstand des Staates zurückstehen muß. Sollte man zu dieser Überzeugung kommen, wird man aber darauf bedacht sein müssen, daß auch im Fall des Notstands nur bestimmte Grundrechte sollen suspendiert werden dürfen und auch dann nur für Zeit und nur unter der Kontrolle demokratischer Institutionen.

Meine Damen und Herren!

Jede Verfassungswirklichkeit hängt letzten Endes von dem Wahlrecht ab, das in einem bestimmten Bereiche gilt. Ich glaube, daß man sich auch in diesem Hause mit dieser Frage des Wahlrechts wird beschäftigen müssen, und sei es nur, um sich darüber schlüssig zu werden, ob Bestimmungen über die Modalitäten eines Wahlgesetzes in dieses Grundgesetz aufgenommen werden sollen oder nicht.

Notabene: bis heute scheint mir noch keine Klarheit darüber zu bestehen, wer das Wahlgesetz zur Wahl der ersten parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes erlassen soll, ob es von den Militärbefehlshabern erlassen werden soll oder von den Ministerpräsidenten. Bisher scheint mir nur das eine festzustehen, daß es nicht der Parlamentarische Rat sein soll, der dieses Wahlgesetz erläßt.

Die Frage ist nun, ob nicht durch uns allgemeine Bestimmungen für ein solches Wahlgesetz in das Grundgesetz aufgenommen werden sollten. Ich für meinen Teil würde darin einen Nachteil sehen. Man soll Wahlgesetze nicht allzu sehr unter Verfassungsschutz stellen. Man sollte Wahlgesetze beweglich lassen, damit sich hier bestimmte Erfahrungen auswirken können und damit sich auch etwas wie ein Stilwandel im politischen Leben auswirken kann.

Aber ich glaube, daß etwas anderes in den Kreis unserer Erwägungen mit einbezogen werden sollte, nämlich das Phänomen der politischen Partei. Ich habe es immer seltsam gefunden, daß auch die modernsten Verfassungen bis auf wenige unter ihnen von der Existenz politischer Parteien keine Notiz nehmen.

Freilich ist es sicher: die politischen Parteien sind keine Staatsorgane; sie sind aber entscheidende Faktoren unseres staatlichen Lebens, und je nachdem, ob sie so oder anders organisiert sind, haben unsere Staatsorgane diesen oder einen anderen Sinn. Nun scheint es mir richtig zu sein, daß man sehr bald ein Parteiengesetz erläßt, und mir scheint weiter richtig zu sein, daß man in dieses Grundgesetz Mindestbestimmungen für ein solches Parteiengesetz aufnimmt, Bestimmungen, die für die politischen Parteien einen gewissen demokratischen Mindeststandard vorsehen.

Ich denke dabei nicht an Lizenzzwang. Ich halte es für eine schlechte Sache, politische Parteien unter Lizenzzwang zu stellen. Aber ich denke, man könnte vielleicht vorsehen, daß die politischen Parteien über die Mittel, die ihnen zufließen, periodisch Rechnung legen müssen oder daß sie ihre Kandidaten in Urwahlen aufstellen müssen oder daß sie einmal im Jahr in Mitgliederversammlungen über ihr Tun Rechnung legen müssen, und Ähnliches.

Ich könnte mir vorstellen, daß sich auf diese Weise bei uns einiges zum Nutzen einer echten Demokratie ändern könnte! Vielleicht könnte man sogar daran denken, ob nicht in diesem Grundgesetz eine Bestimmung vorgesehen werden soll, die, wie ich glaube, voreilig in die Länderverfassungen aufgenommene Bestimmungen über das jeweilige Wahlsystem gegenstandslos macht. Aber das ist nur ein Gedanke, den ich hier zur Erwägung geben möchte.

Meine Damen und Herren!

Zur Demokratie gehört weiter die Anerkennung des Satzes, daß Recht vor Macht geht, und ich glaube und möchte behaupten, daß ein Staat sich heute nur dann als volldemokratisch bezeichnen kann, wenn er diesem Prinzip im Verhältnis zu den anderen Staaten Ausdruck gibt. Ich brauche hier nicht an die großartigen Gedanken Immanuel Kants zu erinnern, dort in seiner Schrift Vom Ewigen Frieden, wo er sagt, daß der Staat selber den Menschen nur dann ins Recht einzubetten vermöge, wenn er selber im Verhältnis zu den anderen Staaten in das Recht eingebettet sei.

Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die besagt, daß die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes unmittelbar geltendes Recht in diesem Lande sind, daß also das Völkerrecht von uns nicht ausschließlich als eine Rechtsordnung, die sich an die Staaten wendet, betrachtet wird, sondern auch als eine Rechtsordnung, die unmittelbar für das Individuum Rechte und Pflichten begründet.

Weiter sollte man eine Bestimmung vorsehen, die es erlaubt, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich glaube, daß dieses Grundgesetz durch eine solche Bestimmung lebendig zum Ausdruck bringen würde, daß das deutsche Volk zum mindesten entschlossen ist, aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten.

Wenn wir eine solche Bestimmung nicht aufnehmen, dann wird in jedem einzelnen Falle ein verfassungsänderndes Gesetz erforderlich sein, und was das bedeutet, brauche ich hier wohl nicht zu sagen. Wir sollten uns statt dessen selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Wir wollen uns doch nichts vormachen: in dieser Zeit gibt es kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte. So wie die Ursache aller unserer Nöte eine übernationale Grundlage hat, so können wir auch die Mittel, dieser Nöte Herr zu werden, nur auf übernationaler Grundlage finden.

Freilich sollen die Internationalisierungen, die geschehen, echte Internationalisierungen werden und nicht Hypotheken einseitig zu Lasten des deutschen Volkes.

Und dann stellt sich ein weiteres Problem, das Problem der Sicherheit dieses Gebietes. Wir werden keine Wehrmacht mehr haben. Ich für meinen Teil begrüße es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen scheint und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Das setzt aber voraus, daß sich die Staaten in einem System kollektiver Sicherheit zusammenschießen, wo die Sicherheit nicht mehr ausschließlich durch das nationale militärische und industrielle Machtpotential garantiert wird, sondern wo die Sicherheit des Einzelnen garantiert wird durch alle Anderen.

Ich glaube darum, daß das Grundgesetz eine Bestimmung enthalten sollte, die es möglich macht, auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit beizutreten.

Manche meinen, es genüge, daß sich ein Staat durch seine Verfassung neutralisiert. Dieser Wunsch ist verständlich. Jeder blickt gern nach der Schweiz hinüber. Aber so einfach geht es nicht. Es gibt kein Institut der Neutralisierung, die man einseitig erklärt, es gibt nur Gebiete, die durch eine Reihe internationale Verträge neutralisiert sind.

Und wenn ich einer Reihe von Nachbarstaaten die Pflicht auferlege, die Neutralität dieses Gebietes zu garantieren, dann muß ich ihnen auch das Recht geben, sich um die Politik dieses Gebietes zu kümmern; denn wenn hier falsche Politik gemacht wird, engagiert das ja ihre Verpflichtungen. Man kann niemandem zumuten, Verpflichtungen zu übernehmen, ohne korrespondierende Rechte zu übertragen.

Aus diesem Grunde sollte man nicht so leichtfertig nach Neutralisierung rufen! Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, die jeden unter Strafe stellt, der das friedliche Zusammenleben der Völker stört und Handlungen in der Absicht vornimmt, die Führung eines Krieges vorzubereiten. Ich denke dabei nicht nur an die Fabrikation und den

Handel mit Waffen, sondern auch an den Turnverein, in dem in Wirklichkeit Wehrsport getrieben wird. Wohin diese Dinge uns geführt haben, wissen wir jetzt, und wir bezahlen heute die Rechnung für einen Unfug, den wir einmal leichtfertig duldeten.

Ich glaube, daß das Grundgesetz weiter eine Bestimmung enthalten sollte, daß wir die Abtretung deutschen Gebietes ohne die Zustimmung der auf diesem Gebiet wohnenden Bevölkerung nicht anerkennen. Vielleicht können wir gezwungen werden, zu erleiden und zu ertragen, was uns bisher hier angetan worden ist. Aber man wird uns niemals zwingen können, das als Recht anzuerkennen! Weder im Westen noch im Osten! Das gehört zur Ehre eines Volkes und damit auch zur Demokratie. Eine Tyrannis kann es sich leisten, Menschen preiszugeben, eine Demokratie aber nicht!

Wir lesen gegenwärtig wieder in den Zeitungen viel von Gebietsforderungen, die man auch im Westen an uns stellt. Wir müssen anerkennen, daß es überall an den Grenzen Probleme gibt, die gelöst werden müssen. Wir glauben aber nicht, daß man heute in der Mitte des 20. Jahrhunderts solche Probleme unbedingt mit Methoden lösen muß, die 1814 vielleicht modern gewesen sind.

Diese Probleme können nur auf internationaler Grundlage richtig gelöst werden. Man kann sich von Staat zu Staat über die Lösung der Schwierigkeiten einigen, die da und dort durch den Lauf der Grenzen begründet sein mögen, und braucht da nicht gleich Gebietsforderungen zu erheben. Wenn man entschlossen ist, sich in seinem eigenen Lande nationalistischen Regungen entgegenzustellen, dann ist man auch verpflichtet, ein nationalistisches Verhalten auch dann Nationalismus zu heißen, wenn es anderswo geschieht.

Wir müssen dieses Grundgesetz so gestalten, daß ein Gebilde föderalistischen Typs entsteht. Man hat uns das offensichtlich im Rahmen der Sicherheitspolitik auferlegt. Während überall sonst in der Welt Föderalismus Vereinigung von Getrenntem bedeutet, will man ihn bei uns offenbar einführen, um schon Geeintes wieder zu dissoziieren (trennen)!

Also genau den umgekehrten Prozeß, den man im eigenen Lande gewählt hat. Ich glaube, es lohnt sich, darüber einige Worte zu verlieren. Glaubt man denn wirklich im Ernst, daß die Sicherheit unserer Nachbarn durch verfassungstechnische Kunststücke garantiert werden kann? Ich glaube nicht, daß die Föderalisierung Deutschlands als solche eine Sicherheitsgarantie für unsere Nachbarn ist.

Ich glaube aber, daß Demokratisierung Deutschlands eine Sicherheit für unsere Nachbarn abgeben könnte. Hätten wir 1914 eine unter parlamentarischer Kontrolle stehende Regierung gehabt, dann wäre der Friede gesicherter gewesen, als er es in dem damaligen sehr föderalistisch aufgebauten Deutschland von damals gewesen ist. Der föderalistische Bundesrat hat den Krieg nicht verhindert, ein mächtiges Zentralparlament aber hätte ihn wahrscheinlich verhindert.

Was zur Frage des Föderalismus zu sagen ist, darüber nur einige Worte. Was heißt denn föderalistische Ordnung? Ich glaube, daß sich darauf so viele Antworten geben lassen wie auf die Frage: Was heißt Demokratie?

Es gibt eine Reihe von historischen Verfassungsmodellen, die man übereingekommen ist, föderalistisch zu nennen. Sie differieren außerordentlich untereinander. Ich glaube aber doch, daß einige Charakteristika festzustellen sind, die realisiert sein müssen, wenn irgendwo einer Verfassung das Prädikat föderalistisch gegeben werden soll.

Das erste scheint mir zu sein, daß das Staatsgebiet in einer Reihe differenzierter Gebietskörperschaften eigener Ordnung gegliedert sein muß: zweitens, daß eine Bundesgewalt bestehen muß, die innerhalb ihrer Zuständigkeit der Gewalt der Glieder vorgeht; drittens, daß auf bestimmten Sachgebieten eine eigenständige ausschließliche oder konkurrierende Zuständigkeit der Glieder bestehen muß; viertens, daß die Glieder an den Organen zu beteiligen sind, die den gesetzgeberischen Willen des Bundes bilden; und schließlich fünftens, daß ein qualifizier-

ter Schutz gegen Änderungen der föderalistischen Struktur der Verfassung vorhanden ist. Es ist für uns kein Zweifel, daß die deutschen Länder die Grundlage des Gebietes sein müssen, das wir jetzt organisieren, und daß sie eigene Verfassungshoheit und Organisationshoheit haben müssen, eigene Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung und eine vom Bunde getrennte Finanzwirtschaft - alles dies im Rahmen der Bestimmungen des Grundgesetzes. Weiter ist es für uns kein Zweifel, daß eine Bundesgewalt geschaffen werden muß, die nicht die Summe der Ländergewalten ist, sondern eine eigenständige Gewalt, die im Rahmen des Grundgesetzes den Vorrang vor den Ländergewalten haben muß. Bundesrecht soll Landesrecht brechen.

Schwieriger wird es sein, das Verhältnis zu bestimmen, in dem auf beiden Stufen die ausführenden Gewalten zueinander stehen sollen. Ich will hier aber nichts vorwegnehmen, was morgen aus berufenerem Munde dazu ausgeführt werden soll. Lassen Sie mich hier nur noch einiges Grundsätzliche andeuten. Es wird nötig sein, daß wir die Gesetzgebungskompetenz nach Sachgebieten abgrenzen.

Die Frage ist, wie wir dabei verfahren sollen. Ich würde es bedauern, wenn man dabei auf Grund irgendwelcher formalistischer Standpunkte - auf Grund eines formalistischen Föderalismus oder eines formalistischen Unitarismus - verfahren würde. Wir sollten überhaupt bei diesen Dingen nicht deduktiv, sondern induktiv verfahren, d.h. nach dem Prinzip der sachlichen Zweckmäßigkeit.

Ich glaube, daß es dafür zwei Grundsätze gibt, über die wir uns sollten einigen können.

Der erste ist: Die Lebensinteressen des Ganzen dürfen nicht durch partikuläre Egoismen gefährdet werden.

Der zweite Satz lautet: Was das Land ohne Schädigung des Ganzen tun kann, das soll es auch allein tun; denn es hat den Vorteil der Sachnähe. Aufbau von unten, aber Planung von oben! Nur wenn dieser zweite Satz auch mit ausgesprochen wird, ist der erste richtig. Zu der Frage, wie die Länder an der Bildung des Bundes zu beteiligen sind, wird wohl morgen referiert werden, wenn über den Aufbau der Organe gesprochen werden wird.

Ich will hier nur noch über einen Sonderfall sprechen: die Frage der territorialen Gliederung des Bundesgebietes. Soll die Gliederung des Bundesgebietes unverrückbar so bleiben, wie sie heute ist? Soll das geschichtlich Gewordene als letztes Kriterium gelten, oder sollen rationelle Gesichtspunkte bei der Entscheidung dieser Frage walten? Ich bin der Meinung - und mit mir meine Freunde -, daß ein gesunder Föderalismus nur möglich ist, wenn gegeneinander vernünftig ausgewogene Länder vorhanden sind und nicht pure Zufallsgebilde, die großenteils nicht älter sind als drei Jahre und ihre Entstehung dem Zufall der Demarkationslinie zwischen zwei Infanteriedivisionen verdanken.

Jetzt sollen die Herren Ministerpräsidenten dieses Problem regeln. Sie sollen, bevor unsere Arbeiten abgeschlossen sind, die Neugliederung Deutschlands im Wege einer Änderung der Ländergrenzen vorgenommen haben. Werden sie Erfolg haben oder nicht? Wir können es nur ahnen, aber nicht wissen. Nehmen wir an, es würde ihnen nicht gelingen, sollen wir uns dann endgültig mit dem Zustand begnügen, mit dem die Ministerpräsidenten nicht fertig werden konnten?

Wir werden uns schlüssig werden müssen: Soll das Grundgesetz die Möglichkeit vorsehen, eine Neugliederung des Bundesgebietes vom Bunde her zu schaffen? Soll diese Neugliederung durch die Länder selbst vorgenommen werden, etwa im Wege gegenseitiger Verträge und Vereinbarungen? Bei den bisher mit diesem System gemachten Erfahrungen werden, glaube ich, alle am bisherigen Zustand Interessierten ihren Schlaf weiter in Ruhe genießen können. Soll, wenn die Neugliederung durch Bundesgesetz vorgenommen werden soll, der Wille der beteiligten Bevölkerungen mit in Betracht gezogen werden? So oder anders?

Alles das werden Fragen sein, um die man sich hier wird bemühen müssen. Ich glaube jeden-

falls nicht, daß wir um diese Fragen herumkommen werden. Aber eines möchte ich sagen: Sollte es je einmal gelingen, die Gliederung Deutschlands nach vernünftigen Gesichtspunkten durchzuführen, dann sollte man es bei dem geschaffenen Zustand sein Bewenden haben lassen. Dann sollte man ruhig konservativ verfahren.

Meine Damen und Herren!

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Sie sind Ihnen vielleicht gelegentlich ein wenig theoretisch vorgekommen. Aber glauben Sie mir, es ist mir nicht um Spekulationen gegangen! Ich habe versucht, eine klare Definition der Wirklichkeit zu geben und sonst nichts. Denn nur auf einer klar definierten Wirklichkeit kann man eine Politik aufbauen, die ihren Namen verdient.

Mit Illusionen und mit Fiktionen kann man sich etwas vormachen, eine Zeitlang vielleicht auch anderen. Man kann sich ihrer vielleicht eine Zeitlang sogar als Instrumente einer Politik bedienen, aber man kann Fiktionen nicht zu Fundamenten einer Politik machen, nicht einmal zu Ansatzpunkten für den Hebel einzelner politischer Aktionen.

Mein Anliegen ist gewesen, klare Einsicht zu vermitteln und dabei nüchtern zu verfahren. Klare Einsicht und Nüchternheit und leidenschaftliche Liebe zum deutschen Volke und brennende Sorge um den Frieden werden die Sozialdemokratische Partei bei ihrer Arbeit im Parlamentarischen Rat leiten. Einsicht und Nüchternheit gebieten, die Begrenzungen zu erkennen, denen unsere Möglichkeiten unterworfen sind. Je mehr wir bei voller Ausschöpfung dieser Möglichkeit dieser Realität Rechnung tragen, desto wirksamer wird das Instrument sein, das wir zu schmieden haben.

Wofür schmieden wir dieses Instrument? Schmieden wir es, um Deutschland zu spalten? Wir schmieden es, weil wir es brauchen, um die erste Etappe auf dem Wege zur staatlichen Einigung aller Deutschen zurückzulegen! Noch liegen die weiteren Etappen außerhalb unseres Vermögens. Möchten die Besatzungsmächte sich der Verantwortung bewußt sein, die sie übernommen haben, als sie sich zu Herren unseres Schicksals aufwarfen.

Diese Verantwortung schließt die Pflicht ein, um des Friedens Europas willen Deutschland endlich den Frieden zurückzugeben und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, von seinem unverzichtbaren Recht auf eigene Gestaltung der Formen und Inhalte seiner politischen Existenz Gebrauch zu machen. Ein geeintes demokratisches Deutschland, das seinen Sitz im Rat der Völker hat, wird ein besserer Garant des Friedens und der Wohlfahrt Europas sein als ein Deutschland, das man angeschmiedet hält wie einen bissigen Kettenhund! (Beifall)<<

08.10.1948

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 8. Oktober 1948 (x095/82-83): >>... Wie Sie wissen, tagt in Bonn der Parlamentarische Rat der drei Westzonen. Er hat u.a. die Aufgabe, den Entwurf einer Verfassung für die drei Westzonen fertigzustellen. Er wird sich daher mit der Frage beschäftigen, welche Stadt Sitz des Bundesparlaments und der Bundesregierung sowie evtl. auch des Bundespräsidenten werden soll. Frankfurt bewirbt sich sehr intensiv darum. Auf der anderen Seite wünschen das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Bonn, daß Bonn Sitz werde.

Ich persönlich bin der Auffassung, daß, auch vom Standpunkt der Westmächte aus gesehen, Bonn Frankfurt vorzuziehen ist, weil die alten traditionellen Verbindungen zwischen dem rheinischen Westen und den westlichen Nachbarn Deutschlands stärker sind als die Beziehungen zwischen Frankfurt und den westlichen Nachbarn.

Ich bin ferner der Auffassung, daß es für die Arbeit des künftigen Bundesparlaments und der Bundesregierung besser ist, wenn sie in einer verhältnismäßig kleinen Stadt, wie Bonn es ist, ihren Sitz haben, statt in dem lärmenden Frankfurt.

Die Freunde des Planes, Bonn zum Sitz zu machen, befürchten nun, daß durch Dispositionen

der belgischen Besatzungstruppen, von denen man spricht, die aber noch nicht endgültig getroffen sind, größere Bauten in Bonn, die für das Bundesparlament und die Bundesregierung, für Gesandtschaften usw. gebraucht würden, beschlagnahmt würden. ...<<

03.11.1948

WBZ: Der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates entscheidet sich am 3. November 1948 für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.

25.04.1949

WBZ: US-Militärgouverneur General Clay gibt am 25. April 1949 bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.

08.05.1949

Berlin: Im Treptower Park wird am 8. Mai 1949 nach 3jähriger Bauzeit ein riesiges Ehren-
denkmal für die Gefallenen der Roten Armee eingeweiht.

WBZ: Der Parlamentarische Rat stimmt am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu (53 Abgeordnete stimmen mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmen).

Konrad Adenauer (Präsident des Parlamentarischen Rates) erklärt nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.

Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...

Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

20.05.1949

WBZ: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101:64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthalten sich der Stimmabgabe(x112/701).

23.05.1949

BRD: Der Parlamentarische Rat stellt am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgt damals nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft tritt.



Abb. 78 (x090/309): Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch das von den Länderparlamenten ratifizierte Grundgesetz in Bonn am 23. Mai 1949.

Schlußbemerkungen: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique" wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt

hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Enttäuschung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte

08.04.1949

WBZ: Die französische Zone schließt sich am 8. April 1949 mit der Bizone zur Trizone zusammen.

USA: Die Außenminister Acheson (USA), Bevin (England) und Schuman (Frankreich) beschließen am 8. April 1949 während einer Konferenz in Washington (vom 5. bis zum 8. April 1949) ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Im Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland heißt es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Besetzung noch fort dauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besetzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

- a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,
- b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung

rung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,

- c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,
- d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,
- e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,
- f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,
- g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,
- h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,
- i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist.

Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<<

>>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...

IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<

Das "neue Besatzungsstatut" tritt am 21. September 1949 in Kraft. Dieses Besatzungsstatut reduziert zwar die geplanten Demontagen, aber die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wird durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte bis zum 4. Mai 1955 erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die Ruhrkontrolle ändert sich damals jedenfalls noch nicht.

12.05.1949

Berlin: Die Berliner Blockade (Beginn: 24. Juni 1948) wird am 12. Mai 1949 beendet.

Für rund 277.000 Flüge mußten die Nordamerikaner ca. 1,5 Milliarden DM, die Briten ca. 200 Millionen DM und die Deutschen ca. 150 Millionen DM aufwenden (x063/631).

WBZ: Die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), genehmigen am 12. Mai 1949 das Grundgesetz und verkünden gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):

>>Herrn Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.

2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144 (1) genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.

In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.

3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91 (2) enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...

9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

21.09.1949

BRD: Das Besatzungsstatut der Alliierten tritt am 21. September 1949 in Kraft. Es schränkt die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 5. Mai 1955 empfindlich ein. Das Besatzungsstatut wird schließlich 1955 durch die Pariser Verträge (Deutschlandvertrag) aufgehoben.

Schlußbemerkungen: Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.12.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x025/79) = Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Bödcker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: Chronik des Zweiten Weltkrieges. Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.

x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3.</u> Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x062	Mann, Golo u.a.: Unser Jahrhundert im Bild. Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4.</u> Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV.</u> Um Volksstaat und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945-1955. 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): <u>So viel Anfang war nie.</u> Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder.</u> Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn.</u> Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x129	Klett, Ernst (Hg.): Politische Weltkunde II. Nationalsozialismus und Faschismus. E. Klett Verlag, Stuttgart 1987.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod.</u> Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x133	Tolstoy, Nikolai: <u>Die Verratenen von Jalta.</u> Englands Schuld vor der Geschichte. 3. Auflage. München/Wien 1985.

x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten.</u> Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4.</u> In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x306	Schrenck-Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust.</u> Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag.</u> Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x358	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verbrechen an Deutschen.</u> Vertreibung, Bombenterror, Massenvergewaltigungen. COMPACT-Geschichte Nr. 8. Werder (Havel) 2019.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x919	http://artikel20gg.de/Texte/Carlo-Schmid-Grundsatzrede-zum-Grundgesetz.htm#2u - April 2019